

Er scheint täglich außer Montags.
Preis prämienfrei: Viertel-
jährlich 2.50 Mark, monatlich
1.10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei
in's Haus. Einzelne Nummer
5 Pf. Sonntags-Nummer mit
Wochenschrift 10 Pf. Abonnement:
3.50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuz-
band: Deutschland u. Österreich
Ungarn 2 Mk., für das übrige
Ausland 2.50 Mk. pr. Monat. Einget.
in der Post-Zeitungs-Preisliste
für 1895 unter Nr. 7128.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 1. Februar 1895.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Abonnements-Einladung.

Zu Beginn eines neuen Monats richten wir an alle Freunde und Parteigenossen die dringliche Bitte, für die Erweiterung unseres Abonnentenkreises mit aller Energie thätig zu sein. Gegen die Partei, deren Zentralorgan der „Vorwärts“ ist, haben die vereinigten Parteien der Reaktion, denen der Boden unter den Füßen wankt, jetzt alle ihre Kräfte aufgebogen; durch ein neues Knebelgesetz soll die zahlreichste Partei in Deutschland, mundtot gemacht, und für unsere Feinde und des Volkes Feinde die Ruhe des Kirchhofs hergestellt werden, damit sie ungestört ihre gemeinschaftliche und gemeingefährliche Arbeit verrichten können. Die Kämpfe, in denen wir stehen, sind von entscheidender Bedeutung; und die Verhandlungen des Reichstages über die sogenannte Umsturzvorlage, die jetzt in der Kommission sich abspielen, bald aber im Plenum stattfinden werden, sind von ganz besonderer Wichtigkeit. Unter diesen Umständen ist es doppelt notwendig, daß die Parteigenossen sich in dem Zentralorgan der Partei über alle Vorläufer auf genaueste unterrichten, und daß sie dafür sorgen, daß der „Vorwärts“ immer weiter verbreitet wird. Je größer die Verbreitung des Zentralorgans, desto größer sein Einfluß und seine Wirksamkeit, und desto größer die Macht der Partei.

Die Redaktion des „Vorwärts“ wird bemüht sein, ihre Pflicht zu thun, und das Zentralorgan der Partei würdig zu machen!

Mit dem 1. Februar eröffnen wir ein neues Abonnement auf den

„Vorwärts“

mit der illustrierten Sonntags-Beilage

„Die Neue Welt“.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expediteure, sowie unsere Expedition, Benthstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

2.20 M. für die Monate Februar u. März entgegen. (Eingetragen in die Post-Zeitungsliste für 1895 unter Nummer 7128.)

Nach Beendigung des Romans: „Im Exil“, bringen wir zunächst „Ein Blatt südamerikanischer Geschichte“, eine lebensfrische Skizze aus Südamerika, deren Verfasser aus dem Born seiner eigenen Erlebnisse und Erfahrungen schöpft und ein wahrheitsgetreues Bild der Zustände in jenen Landstrichen giebt.

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

Skizzen aus dem südamerikanischen Hinterlande.*)

Ein Blatt

südamerikanischer Geschichte.

Gegenüber der städtischen Markthalle von Asuncion, gerade im Herzen der Stadt gelegen, befand sich im Jahre 1871 die Apotheke des Herrn Francisco Guanes, der zu dieser Zeit neben seinem Geschäft als Apotheker, von dem er übrigens blutwenig verstand, das nicht uneinträglichste Amt eines Abgeordneten der paraguayischen Nation bekleidete.

Es war in den heißen Novembertagen desselben Jahres, als er eben einem brasilianischen Lieutenant der Befehlungsarmee, die Paraguay noch einige Jahre lang nach dem großen Kriege okkupiert hielt, eine Unze Bittersalz für den billigen Preis eines Pfundes englisch Gold verkaufte, als ein Herr brauner Gesichtsfärbung, in den mittleren Jahren stehend, nur bekleidet mit einem paar schneeweißen Unterhosen, einem Hemde und einem Zylinderhute durch die immer geöffnete Thür in die Apotheke trat und sich ätzend auf den nächsten Stuhl fallen ließ. Der gute Herr war barfuß, trug aber ein paar nagelneuer und höchst eleganter Lackstiefel in seiner Hand. Ihm folgte ein gelbbrauner, großer, harter Mann in einer lächerlichen mehrfach zerrissenen

Dann folgt eine Erzählung aus dem Leben: „Zu Tode geht“, von Franz Held. Diese Erzählung beruht durchweg auf gerichtlichen Akten, die von uns dem Verfasser zur Verfügung gestellt worden sind, und sie zeigt, wie heute der, welcher von seinem Rechte nicht weicht, „in Form Rechts“ zu Grunde gerichtet werden kann.

Nach Schluß von: Zu Tode geht! beabsichtigen wir den früher angekündigten Roman, die Berliner Märzereignisse des Jahres 1843 behandelnd, zu veröffentlichen.

Indem wir so bestrebt sind, unsere Leser zufrieden zu stellen, dürfen wir uns auch der Hoffnung hingeben, daß dieser Aufruf an die Freunde und Genossen seinen Zweck nicht verfehlen wird.

Berlin, Januar 1895.

Redaktion und Expedition des „Vorwärts“.

Das neue Tabaksteuer-Gesetz.

Schon durch seine Benennung unterscheidet sich der eben dem Reichstage zugegangene Gesetzentwurf von seinem Vorgänger, der im verflossenen Jahre Parlament, Presse und öffentliche Meinung so stark beschäftigt hatte. Im vorigen Jahre hieß das Wort der Steuerminister Tabak-Tabaksteuer, heute heißt es Tabaksteuer. Dieser Unterschied ist aber im wesentlichen ein äußerlicher, in der Gesamtwirkung und insbesondere in den Folgen, den der neue Gesetzentwurf für die Konsumenten und die in der Tabakindustrie beschäftigte Arbeiterbevölkerung haben wird, unterscheidet er sich leider fast gar nicht von dem alten Gesetzentwurf. Ihm gegenüber sind wir somit als Vertreter der großen Masse der Konsumenten, wie vor allem als Verfechter der Interessen der Arbeiter, denen auch aus der neuen Vorlage das fürchterliche Gespenst dauernder Arbeitslosigkeit entgegentritt, zur entschiedensten Opposition verpflichtet. Bevor wir auf den neuen Gesetzentwurf eingehen, müssen drei Vorfragen erledigt werden:

1. Ist die Finanzlage des Reiches eine so trostlose, daß ein Gesetz angenommen werden muß, das große Theile des arbeitenden Volkes noch weiterer Verelendung unterwirft?

2. Ist die Steuer auf Tabak wirklich eine Luxussteuer, wie Herr Miquel unlängst betont hat?

Und endlich 3. Gibt es keine passenderen Steuerobjekte?

Was die Finanzlage des Reiches anlangt, so läßt sich mit derselben die Nothwendigkeit der Tabaksteuer-Vorlage nicht begründen. Die Begründung sucht man deshalb im Stande der Finanzen der einzelnen Bundesstaaten. Obwohl die allgemeine Geschäftslage und somit die Einkommen- wie Konsumverhältnisse der Bevölkerung im verflossenen und im laufenden Jahre höchst ungünstige sind, lassen die Steuererträge nach den Wünschen der einzelstaatlichen Finanzminister nichts zu wünschen

übrig. Mit süßsaurer Miene haben die Finanzminister Preussens, Bayerns u. s. w. bis zu den Reichslanden herab, den guten Stand der Finanzen konstatiert, wobei sie aber, wie auf Verabredung, betont haben, daß die günstigen Steuererträge bloß auf ausnahmsweise Verhältnisse, auf Zufälle u. dergl. zurückzuführen seien. Diese eigentümliche Uebereinstimmung hat bloß den Zweck, den Gegnern der Tabaksteuer-Vorlage ihre schärfste Waffe zu rauben. Aber diesen allgemeinen Redensarten fehlt jede Beweiskraft, so oft es auch gesagt wurde, daß die guten Staatseinnahmen in den einzelstaatlichen Budgets auf zufällige Ursachen zurückzuführen sind, so wenig erfolgreich waren die Versuche, diese Behauptungen zu erweisen. Dies ist auch unmöglich, ist doch das gerade Gegenstück das Wahrscheinliche. Sind zur Zeit der starken ökonomischen Depressionen die Staatseinnahmen über alle Erwartung gut und reichlich so müssen sie in normalen und ökonomisch günstigen Jahren desto reichlicher den Staatskassen zufließen.

Hier liegt also nicht der Grund für die Nothwendigkeit der Tabaksteuer-Vorlage. Er liegt auf einem ganz anderen Gebiete. Nach den großen Heeresvermehrungen will man nun dem Wunsche des Kaisers entsprechen und an Stelle unserer mächtigen Vertheibigungsflotte eine Angriffsflotte bauen, um mit den Flotten Englands, Frankreichs und Russlands zu konkurrieren. Dazu ist aber massenhaft Geld nothwendig; für diese Zwecke fehlt es, für diese soll es herbeigeschafft werden und dazu bedarf man neuer Steuerquellen. Damit neue unproduktive Ausgaben gemacht werden, müßten zehntausende produktivthätiger Personen durch die Tabaksteuer-Vorlage außer Erwerb gesetzt werden. Diese Zweckbestimmung ist für uns ein weiterer Grund, die Tabaksteuer-Vorlage aufs energischste zu bekämpfen.

Wenn Herr Miquel und seine bezahlten wie freiwilligen Nachbeter und Bewunderer sagen, neue Reichseinnahmen seien unbedingt erforderlich, und wir nehmen diese dort, wo sie keine unbedingten Lebensbedürfnisse des Volkes belasten, wo sie lediglich ein Luxusbedürfnis des Volkes treffen, so ist dies Spiegel-secherei. Der Tabakkonsum ist heute kein Luxus mehr. Er ist für Hunderttausende zum unbedingten Lebensbedürfnis geworden, was ja selbst von den Verwaltungen unserer Gefängnisse anerkannt wird, die den Sträflingen vielfach das Tabakrauchen gestatten. Ein Genuß, der so allgemein ist, wie der des Tabaks, kann unmöglich als Luxus bezeichnet werden, denn Luxus ist doch nur ein Aufwand, der über das gewöhnliche Bedürfnis hinausgeht. Ganze Rode und ungeflachte Schuhe zu tragen, ist heute in Deutschland viel eher als Luxus zu bezeichnen, als der Konsum von Tabak. Vor Jahrhunderten war der Tabakkonsum ein Luxus, heute ist er es nicht mehr. Wie falsch die Anwendung des Begriffes Luxussteuer auf die Tabaksteuer ist, geht daraus hervor, was man sonst als Luxussteuer zu bezeichnen pflegt. Wir nennen bloß die Besteuerung von Schaumweinen, Austern, Spizen und Seidenstoffen, die Dienst-

tadelhaftem, neumodischem Schuhzeug erscheinen müssen, hat er Euch doch dafür Eure bequemen Unterhosen gelassen der Hitze wegen, und ich für meine Person finde das sehr vernünftig. Was sollten auch die Fremden sagen, wenn sie uns so umherlaufen sähen, wie wir aus unserer Winter-Leibe gekommen.“

„Ja“, fiel Herr Flecha noch gereizter ein, „das ist es, weil er die Fremden nachsehen will, darum muß es sein. Hat immer sein ganzes Leben hindurch die da unten,“ und er beschrieb mit seinen Stiefeln einen weiten Kreis, mit dem er Buenos Aires und Europa bezeichnen wollte, „vorgezogen und mehr von ihnen gehalten als von seinen Landsleuten. Wenn ich mich bedenke, daß ich ihm vor einem Jahre meine Stimme gegeben, könnte ich mir selber geradeweg ins Gesicht spucken.“

„Dab's auch nur gethan, weil Ihr glaubtet, er würde Euch zum Minister machen... konntet aber weder schreiben noch lesen, mein bester Gevatter; lernt's darum, dann werdet Ihr es“, sagte der Apotheker grinsend.

„Ja, auf sein Schreibwesen bildet er sich verdammt viel ein, unser Herr Präsident, und sieht drum muß, die wir es nicht verstehen, über die Nase an; ich glaube aber, im Kriege haben wir es verstanden, die Feder zu führen, wenn es auch die aus dem Gänsekiel geschnittene nicht gewesen ist.“

„Wo habt Ihr denn den Säbel geführt, geschätzter Freund?“ fragte ihn der Oberst Meza, „ich habe ein schlechtes Gedächtnis.“

„Wo... wo...“ schrie entsetzt der Senator, indem er zornroth aufsprang und seine Stiefel in eine Ecke warf, „das ist eine Beleidigung, Oberst... ich... ich, der ich bei den Lomas Valentinas eine ganze Kompanie dieser brasilianischen Affen aufhielt.“

* In früheren Jahrgängen des „Vorwärts“ erschienen schon einige dieser Skizzen, und erregten durch die Exakte und Lebenswahrheit der Schilderung Aufsehen in weiten Kreisen.

loten, Villard, Wagen- und Biersteuern. Ein Blick auf diese Musterkarte von Zugusssteuern beweist auch Leuten, die weit weniger praktische und theoretische Kenntnisse von Finanzwissenschaft und Finanzpolitik besitzen wie Herr Miquel, daß eine Tabaksteuer, wie die vorgeschlagene, alles eher als eine Zugusssteuer ist. Eine Steuer auf importierte Havannazigarren könnte den Namen Zugusssteuer verdienen. Aber auf eine solche kommt es den Steuerkünstlern nicht an, wissen sie doch, daß diese besten Falles Hunderttausende eintragen würde; was sie aber wollen, sind hundert Millionen, die auf dem beliebigen Wege der Besteuerung des Konsums, durch eine neue, drückende Belastung eines notwendigen, fast unentbehrlichen Massenbedarfsartikels gewonnen werden sollen.

Bei dem energischen Bestehen unserer zahlreichen Finanzminister auf neue Reichseinnahmen erscheint die Frage auch am Platze, ob denn die Wahl des Tabaks als Steuerobjekt vom Standpunkte der Finanz- und Sozialpolitik die glücklichste ist. Wir halten sie für die denkbar unglücklichste. Es kann freilich nicht unsere Aufgabe sein, dies im einzelnen nachzuweisen, denn wir, die wir die Nothwendigkeit neuer Steuern unbedingt anerkennen, haben keine Veranlassung, mit Steuerprojekten aufzuwarten. Aber die eine Frage, die wir im vorigen Jahre schon zur Erörterung gebracht haben, die Frage nämlich, ob, wenn schon die Reichseinnahmen gesteigert werden sollen, man sich nicht an die Reichen, sondern an die Reichsten wenden sollte. Daß man dann nicht die Leute zu neuen Leistungen für das Reich und die Einzelstaaten, für Vermehrung des Heeres, der Marine und der Geheimpolizei, deren „Luzus“ allein im Rahmen einer Fünfpfennig-Zigarre besteht, heranziehen soll, sondern diejenigen Personen, die Heer und Polizei bewundern und brauchen, die die Reichsten im Lande sind. Wir wissen, daß diese Vorschläge nutzlos sind, leben wir doch in einem Klassenstaate, der die Wahrung der Interessen der Reichen und Reichsten als seine Hauptaufgabe betrachtet, in dem die Pleß und Radziwill, die Hohenlohe und Thurn und Taxis, die Rothschild und Bleichröder, die Krupp und Stumm, Stüben und Hauptintendanten der Ordnung sind. Es hieße den Klassencharakter unserer Staats- und Gesellschaftsordnung verkennen, sollte man annehmen, daß der Vorschlag einer progressiven Reichs-Einkommensteuer Aussicht auf Verwirklichung haben könnte. Daß er aber keine hat, ist für das Zeitalter der „Umsturz-berämpfung“ fast ebenso charakteristisch, wie diese selber. Man sucht die Stumm und Bleichröder in ihrem politischen und wirtschaftlichen Bestehen unbedingt zu schützen und scheut nicht vor der Rechtlosmachung der größten politischen Partei Deutschlands durch die Umsturzvorlage, nicht vor der Verelendung der Arbeiter eines großen Industriezweiges durch die Tabaksteuer-Vorlage zurück.

Die Tabaksteuer-Vorlage ist charakteristisch für unsere Gesetzgebung, für den Geist, der bei unseren leitenden Personen herrscht, für das phrasenhafte ihrer sozialpolitischen Behauptungen. Sie bedarf einer eingehenden Kritik, die in weiteren Artikeln folgen soll.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 31. Januar.

Aus dem Reichstag. Die ganze heutige Sitzung wurde noch mit der Debatte über die Diktatur in den Reichslanden ausgefüllt. Als erster Redner betrat heute der Vertreter für Colmar (Elsass), Preiß, die Tribüne, der in schärfster Form gegen die Diktatur-Ausnahmegesetzgebung polemisierte. Unseres Wissens ist in so scharfer und pointierter Weise bisher noch von keinem bürgerlichen Vertreter der Reichslande im Reichstag gesprochen worden.

Herrn Preiß suchte der Herr Minister von Köller entgegen zu treten, aber selbst die allzeit hurrah-bereite Rechte schien unter dem Eindruck zu stehen, daß Herr von Köller den rechten Ton nicht traf. Wir schließen dies aus dem dünnen Weisfall, den der Minister von rechts fand. Die Linke und das Zentrum dagegen begleiteten die Redeblüthen des Herrn Ministers, wie z. B. der, daß er allezeit die Bureaucratie todgeschlagen habe, mit theilweise stürmischer Heiterkeit.

Ich war auch bei den Lomas Valentinas, meinte höchlichst belustigt der Oberst, weiß aber nur dies ganz genau, daß Ihr Euren jungfräulichen Säbel den Brasilianern als Geschenk überreicht. Ich glaube, Ihr wart lange Zeit bei ihnen in der Gefangenschaft. Klar, weil ich endlich der Uebermacht unterlag, nachdem ich den Boden unseres Vaterlandes mit meinem Blute gedüngt hatte.

Ich wüßte nicht, daß Ihr eine einzige Narbe aufzuweisen hättet, entgegensteht kaldbüttig sein Gegner.

Ist das nichts? Ich schreie Flecha, der vor Zorn beinahe barst, seine Brust entblühend.

Ich lächerlich, Senator, das ist nichts weiter als eine Erinnerung an die schöne Carmen vom letzten Nahkampf in der Vorstadt. Ihr wollt Eure Niederlichkeit mit Patriotismus beschönigen. Liebeswunden und nichts weiter. Konsultiert Euren Freund Rivarola. Ihr wißt, er hat im Kriege den Doktor gemacht. Und der Oberst strich sich vergnügt seinen dunkeln Schnurrbart.

Wer weiß, wozu der erzürnte Senator noch fähig gewesen wäre; er faßte eben nach seinem Messer, das er wie jeder Paraguayer hinten im Gürtel trug, als ihm der Apotheker in den Arm fiel:

Ihr seid ein verdammter verrückter Kerl, Gevatter; seht Ihr denn nicht ein, daß sich der Oberst nur einen kleinen Scherz mit Euch erlaubt; daß Ihr auch nie Spaß von Ernst unterscheiden könnt.

Habt's jaßt getroffen, Pancho, habe meinen guten Freund Flecha nur in die Wuth hineinreden wollen. Ich seid verträglich, Kamerad. Oder Ihr sollt zeitlebens in Euren ungerathenen Stiefeln umherlaufen.

Damit legte er seine Hände auf die Schultern des guten Senators, sodas dieser auf den Stuhl zurückank und nicht recht wußte, ob er ein gutes oder ein böses Gesicht zu der ganzen Sache machen sollte.

Eure Guitarre, Pancho, rief der Oberst.

Hier habt Ihr sie. Doch wollt Ihr nicht lieber in die Hinterstube gehen, es braucht nicht ein jeder zu hören, was hier unter uns für Schnurren gesprochen werden. Mein Geschäft würde darunter leiden.

Ich geht doch, alter Deuchler, lachte der Oberst, indem er Flecha vor sich her schob, Ihr macht noch ganz

Auch der Herr Legationsrath Fürst v. Hohenlohe, Sohn des Kanzlers, gab heute seinen Jungfernspeech zum besten. Der Sohn ist der freien Rede besser mächtig, wie der Vater, aber inhaltlich war auch diese Rede sehr schwach.

Außerdem sprachen noch Leuzmann (Frl.), unser Genosse Webel, der besonders mit Herrn v. Puttkamer gründlich abrechnete, und Simonis (Elsässer.)

Für die Nationalliberalen und Freikonservativen gaben die Abgg. v. Marquardsen und Kardorff Erklärungen ab. Diese Parteien sind natürlich für die Beibehaltung der Diktatur.

Interessant war, daß sich sogar ein hoher Beamter der Reichslande, der Kreisdirektor und Abgeordnete für Schleifstadt, sich für Aufhebung der Diktatur aussprach.

Wie man angesichts dieser einstimmigen Verurtheilung die Geißel der Diktatur noch über die Reichslande aufrecht erhalten will, bloß weil ein paar Handwürste à la Deroulede in Frankreich von der Zurückgewinnung der „geraubten Provinzen“ schwagen, ist uns unerfindlich. Die Sitzung wurde erst nach 6 Uhr geschlossen.

Im Abgeordnetenhaus wurde heute die Debatte über den Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung beim Gehalt des Ministers fortgesetzt. Der sachliche Inhalt dessen, was gesagt werden kann, ist durch die Debatten der vorhergehenden Tage so ziemlich erschöpft, so daß heute kaum noch viel Neues vorgebracht werden konnte. Der konservative Herr v. Riepenhausen machte die geistreiche Bemerkung, daß alle anderen Parteien den Nothstand der Landwirtschaft anerkennen, bloß die Sozialdemokratie nicht. Der freikonservative Abg. Arendt hielt seine bekannte Rede über die Doppelwährung, und nach ihm sprachen noch der konservative Abgeordnete Hentzebrand, der Zentrumsmann Mose und der Pole Schröder, alle im Sinne der Agrarier. Nach diesen ergriß der Landwirtschaftsminister noch einmal das Wort. Er brachte nichts besonders Neues vor, — nur daß er den Doppelwährungsleuten ein wenig Hoffnung machte, indem er erklärte, daß Deutschland in dieser Frage vielleicht die Initiative ergreifen würde. Nach einigen unwesentlichen Reden der Abg. Ring und Brömel wurde dann das Gehalt des Ministers bewilligt und die Fortsetzung der Debatte auf Freitag Vormittag vertagt.

Bundesrath. In der heutigen Sitzung des Bundesraths wurde die Vorlage betreffend den Entwurf eines Gesetzes für Elsass-Lothringen wegen Aufhebung des Gesetzes über die Ernennung und die Befolgung der Bürgermeister und Beigeordneten vom 4. Juli 1887 den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Den Ausschüssen beruht über den Entwurf eines Gesetzes betreffend die Befreiung des Elsassens von dem Elsassenshandel, über den Entwurf eines Gesetzes für Elsass-Lothringen betreffend die Gebäudesteuer, und über die Entwürfe von Bestimmungen betreffend die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter auf Steinkohlenbergwerken und die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiterinnen in Walz- und Hammerwerken wurde die Zustimmung erteilt.

Die Aktien des Antrages Rantli beginnen zu sinken. Der Landwirtschaftsminister hat bekanntlich sehr wenig Hoffnung auf Entgegenkommen der Regierung in dieser Beziehung gemacht und jetzt beginnen auch die Parteien abzubreiteln.

Die freikonservative deutsche Reichspartei des Reichstags hat über den Antrag Rantli beraten. Das Bedürfnis zu durchgreifenden Maßregeln zur Hebung der Getreidepreise wurde dabei allseitig anerkannt, eine Uebereinstimmung in der Haltung zum Antrage Rantli aber nicht erzielt. Ein namhafter Theil der Fraktion hält das Einbringen eines formulierten Antrages in diesem Augenblick angesichts der bevorstehenden Beratungen des Staatsraths für durchaus inopportun und lehnt es deshalb ab, den Antrag Rantli, obwohl er für denselben im Plenum stimmen wird, durch Unterschrift zu unterstützen. Ein anderer Theil der Fraktion ist bereit, den Antrag Rantli schon jetzt zu unterschreiben. Andere Mitglieder endlich erklärten, für den Antrag in seiner vorliegenden Gestalt überhaupt nicht stimmen zu können.

Steuer und Wirtschaftsreformer. Die 20. Generalversammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer wird in diesem Jahre am 19. und 20. Februar zu Berlin im Architektenhause abgehalten werden. Auf der Tagesordnung stehen ausschließlich agrarische Angelegenheiten.

Die erfolgreiche Konkurrenz welche der „Vorwärts“ dem „Reichs-Anzeiger“ als Publikationsorgan der Regierung macht, ist unseren Patrioten und Juntpolitikern

andere Geschäfte, als die mit englischem Salz. Wenn die anderen kommen, schießt sie sofort hinein; meine Hände jucken und die Karten trage ich schon bei mir.

Damit verschwand er in der Hinterstube, und man hörte nur noch, wie er zur Guitarre in der paraguayischen Indianersprache sang:

Die Beschäftigten ohne jeden Zweifel Schiden wir dereinst zum Teufel.

Es ist nöthig zur Erläuterung des eben Erzählten einen kleinen historischen Rückblick auf die Geschichte Paraguays zu werfen. — Es ist bekannt, daß der furchtbare sechsjährige Krieg, den der Tyrann Francisco Solano Lopez gegen Brasilien, die argentinische Republik und die Banda Oriental zu gleicher Zeit führte, mit seinem Tode in dem unwirthlichen Plateau Cerro Cora, im höchsten Norden der paraguayischen Republik, am ersten März 1870 sein Ende fand. Der geachtete Diktator starb durch einen Büchsenkugelschuss eines brasilianischen Mulatten, nachdem es ihm gelungen war, sein Volk, das sich wie eine Herde Dammel hatte hinstrecken lassen, beinahe gänzlich theils dem Kriege, theils der Föhrer und den Fäulnissen, die an der Tagesordnung gewesen, seitdem er sah, daß seine Sache böß auslief, geopfert hatte. Das Land war eine Einöde geworden. Die wenigen Bewohner, meist Frauen und Kinder, ernährten sich in abgelegenen Waldthälern nackt wie Thiere von bitteren Apfelsinen und Palmlernen. Es gab erst eine neue kleine Bevölkerung, als die brasilianischen Sieger ihre paraguayischen Gefangenen nach ihrem Vaterlande entließen; und das war insofern dringend nöthig, weil es sonst niemand gegeben hätte, der mit den Siegern hätte Frieden schließen können. Das brasilianische Heer besetzte also bis auf weiteres die Hauptstadt Muncion, quartierte sich in die dortige alte Kaserne ein, und unter seinen Augen und seiner Aufsicht vollzog sich die Neubildung eines paraguayischen Staatskörpers und der Regierung. Die Ueberreste der Paraguayer wählten am 22. Juli 1870 aus ihrer Mitte ein provisorisches Triumvirat, bestehend aus Cirilo Antonio Rivarola, Carlos Bojaga und José Diaz Weboga. Der erste unter diesen dreien hatte ein großes Ansehen unter seinen Landsleuten. Er war aus alter und guter Familie, ein Mann von untadelhaftem Charakter und größter Gewissenhaftigkeit. Er hatte den Krieg als eine

ein Dorn im Auge. Sie wollen uns das Handwerk gewaltsam legen, und jedem Blatt, das nicht von der hohen Obrigkeit das Privileg der Veröffentlichung erhält, die Veröffentlichung von Regierungs-Aktenstücken bei schwerer Strafe verbieten. Nun, die Regierung wird sicherlich zu „national“ sein, um durch eine solche Maßregel die ausländische Industrie auf Kosten der heimischen zu schädigen. Denn statt ihre Neugierde aus einer heimischen Zeitung, wie dem „Vorwärts“, zu befriedigen, müßten die deutschen Reichsbürger die deutschen Regierungs-Akte dann vielleicht in ausländischen Zeitungen lesen. Und das wäre denn doch auch für unser Nationalgefühl gar beschämend!

Die lex „Vorwärts“, welche in vorstehender Notiz besprochen ist, soll in der Umsturzgesetz-Kommission beraten werden. Dort haben nämlich die Abgeordneten Graf v. Noen, Frhr. v. Hammerstein, Hüpeden, v. Buchla und v. Salisch (kons.) beantragt, im § 353a des Strafgesetzbuches, welcher die Verletzung der Amtsverschwiegenheit von Beamten im Dienste des Auswärtigen Amtes des Deutschen Reiches mit Gefängnis oder mit Geldstrafe bis zu 5000 M. bedroht, die gesprochene gedruckten Worte zu streichen, so daß also die Strafbestimmung auf alle Beamten Anwendung finden soll. Ferner beantragen die Herren, dem genannten Paragraphen folgenden Absatz anzufügen: „Dieselbe Strafe trifft denjenigen, welcher es unternimmt, einen Beamten zu einer der im Absatz 1 bezeichneten strafbaren Handlungen zu verleiten, oder welcher ein Schriftstück oder eine Anweisung eines Vorgesetzten oder deren Inhalt, von denen er durch die Verletzung der Amtsverschwiegenheit von Seiten eines Beamten Kenntniserlangt hat, veröffentlicht, oder welcher auf die im § 111a bezeichnete Weise eine nach Absatz 1 strafbare Handlung anpreist oder als erlaubt darstellt.“

Das Duell und das Gesetz. Gestern veröffentlichten wir eine Notiz, dahin gehend, daß der Erste Staatsanwalt am Kammergericht beim Justizminister angefragt habe, ob er gegen Freiherrn von Stumm Anklage erheben solle. In dieser Gestalt kann die Nachricht nicht richtig sein. Die Staatsanwaltschaft ist verpflichtet, Anklage zu erheben, wenn eine Gesetzesverletzung vorliegt. Und das ist hier der Fall. Durch seine Herausforderung zum Duell hat Freiherr von Stumm ohne allen und jeglichen Zweifel das Gesetz verletzt und die Staatsanwaltschaft ist verpflichtet, die Anklage gegen ihn zu erheben und dafür zu sorgen, daß der Hauptkämpfer für Religion, Ordnung und Sitte als frevelnder Gesetzesbrecher der verdienten Strafe nicht entgeht. Die Strafe muß um so strenger bemessen werden, als Freiherr von Stumm ein „Rückfälliger“ ist und sich desselben Vergehens schon mehrmals schuldig gemacht hat.

Das Rentner-Parlament, wie der Elsass-Lothringische Landesausschuß genannt wird, besteht aus 58 Mitgliedern. Dem Haupt- und Nebenberuf nach sind hiervon, wie wir der „Frankfurter Zeitung“ entnehmen: 2 Unterstaatssekretäre, 1 Landgerichtsdirektor a. D., 1 Landgerichtsrath, 6 Staatsräthe, 1 Kreisdirektor, 1 Kreisaffessor, 1 Pfarrer, 28 Bürgermeister, 6 Notare, 1 Bankier, 1 Apotheker, 1 Bierbrauer, 8 Fabrikanten, 8 Rentner, 3 Aerzte und 16 Gutsbesitzer. Handwerker, Kleinbauern, selbst das mittlere Gewerbe sind nicht im Rentner-Parlament vertreten. Hinsichtlich seiner Zusammensetzung dürfte der Landesausschuß unter den Volksvertretungen einzig dastehen. Anders wird es erst werden, wenn einmal das direkte allgemeine Wahlrecht eingeführt wird.

Für Religion, Ordnung und Sitte. Reulich brannte in Berlin einer der „Besten“ mit einer amerikanischen Tänzerin oder Sängerin durch — und es hieß, beide seien nach England gereist, um sich dort trauen zu lassen, d. h. den „heiligen Bund der Ehe“ zu schließen, den das Umsturzgesetz unter seinen besonderen Schutz genommen hat.

Graf Willy Bernstorff hat, wie wir ja auch gestern schon berichtet haben, die Ehe mit Pauline Sophie Barrillon aufgegeben. Wie aus London gemeldet wird, hat sich dort die zur Ertheilung der Erlaubnis

Art von Arzt mitgemacht und war ohne Familie. Am 24. November fiel die endgiltige Wahl zum Präsidenten auf ihn, und er ging sofort daran, nach besten Kräften dem verwöhnten Lande aufzuhelfen. Nirgends im Lande gab es Mais oder Bohnen; nirgends beinahe ein Stück Vieh mehr. Alles, was zum Leben gebraucht wurde, mußte von außen durch Spekulant, die wie Heuschrecken herbeiströmten, eingeführt werden, und wurde mit Gold aufgewogen. Die Scheidemünze war ein Pfund englisch Gold. Gold genug gab es im Lande; denn die brasilianische Besatzungsarmee wurde von ihrer Regierung prompt bezahlt und stets in vollwertigen Pfunden. Müht ja noch heute die große brasilianische Schuld von ihren Ausgaben in dem damaligen Kriege her. Es konnte sich nur bei diesen abnormen Verhältnissen ereignen, daß, wenn man beim Krämer für zwei oder drei Pfund einen Sack Reis gekauft hatte, man ebenso viel dem Lohnknecht bezahlen mußte, wenn er den Sack bis an die nächste Gasse transportierte. Die wenigen Lohnarbeiter, die es gab, und die morgens zur Arbeit gingen, ließen sich durch irgend ein altes Weib oder einen kleinen Jungen ihr Werkzeug zur Arbeit nachtragen, sie selber waren zu bequem dazu und bezahlten lieber für diesen kleinen Dienst die obligate Scheidemünze. Es war für diese Leute ein lustiges Leben. Allerdings zerrann ihnen meist ihr ungeheurer Verdienst sofort unter den Händen; denn keiner dieser Abenteurer dachte, wie es ja meist in jenen Ländern geschieht, an ein Morgen. Daß diese Zustände eine Menge von Industrierittern der zweifelhaftesten Gattung herbeilodete, liegt auf der Hand. Abenteurer der bösesten Vergangenheit flutheten wie Wellen über das Land. Die meisten stammten aus den abgedankten Soldaten der drei verbündeten Nationen, die zum Theil aus dem Auswurf aller Völker Europas zusammengekehrt gewesen waren, und man konnte deshalb an ihrem jetzigen Vereinigungspunkt Paraguay eine Vielsprachigkeit hören, wie bei dem Bau des Thurmes von Babel. Die reichen Fremden, die heute in Paraguay leben, sind fast alle aus dem Heer dieser Glücksritter hervorgegangen. Ihre Vergangenheit ist meist dunkel und sie reden nicht gern von ihr.

(Fortsetzung folgt.)

für Eheschließungen eingefetzte Behörde geweigert, die Ehe zu vollziehen, ohne daß ihr in die Papiere über die erste Ehe des Grafen Bernstorff Einsicht gewährt wurde. Das geschah auf Veranlassung der deutschen Botschaft in London. Am Sonnabend war der Bruder des Grafen Bernstorff, der Landrath Percy Bernstorff, in London eingetroffen, um seinen Einfluß zur Hintertreibung der Ehe auszubieten. Nach anfänglich hartnäckiger Weigerung gab Graf Willy dem Drängen der Familie nach und entschloß sich, Fräulein Warrion unter bestimmten Bedingungen nicht zu heirathen. Eine Hauptbedingung ist die Zahlung einer Entschädigungssumme an Fräulein Warrion. Zu diesem End kam der Rechtsvertreter der Familie Bernstorff nach London und erzielte eine gütliche Uebereinkunft über die Höhe der Geldsumme, die sofort ausgezahlt wurde. Graf Willy Bernstorff und Fräulein Warrion befinden sich allerdings noch immer gemeinsam in London und wohnen auch noch im gleichen Hotel.

Man lese das genau! Es ist eine köstliche Sitten-schilderung. Die ganze Moral unserer „oberen Klassen“: der Kämpfer für Religion, Ordnung und Sitte ist da mit Händen zu greifen. Ein Edelstein will eine gemeine Bürgerliche heirathen — das paßt aber den anderen Edelstein nicht. Das „Verhältniß“ mag bleiben, das heißt, ein Edelstein darf eine gemeine Bürgerliche zur Maitresse haben — das paßt in den Moralcode der edelsten Vorkämpfer für „Religion, Ordnung und Sitte“; aber daß das „Verhältniß“ durch „das Sacrament der Ehe“ geweiht werde — das paßt nicht in den Moralcode der Vorkämpfer für „Religion, Ordnung und Sitte“.

Wie sagt doch die Bibel, die wohl nächstens auch auf Grund des Umsturzes verboten wird?

An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!

Ueber diese Bernstorff-Geschichte fällt uns eine andere ein. Die Leser erinnern sich vielleicht, daß der vorige Großherzog von Hessen mit einer bürgerlichen Dame ein „Verhältniß“ hatte. Er fühlte Gewissenstrennen, nahm Religion, Sitte und Ordnung ernst, und heirathete die Dame, das war brav — nach der gemeinen bürgerlichen Moral. Allein nach der Moral der Edelsten und Alleredelsten war es ein arger Verstoß gegen die — Sitte in jenen Kreisen. Die fürstliche Verwandtschaft steckte die Köpfe zusammen, und die Presse der Edelsten und Alleredelsten eröffnete ein erbarmungsloses Feuer gegen den Fürsten, der so tief gesunken war, die Ehe als eine fittliche Pflicht gegen seine Geliebte zu betrachten. Die Ehe mußte aufgelöst werden. Zwei Menschen wurden unglücklich gemacht. Aber die Moral der höchsten Vorkämpfer für „Religion, Ordnung und Sitte“ war gerettet.

Wie sagt doch weiter — die Bibel?

„Nach ihren Werken sollt ihr sie richten, nicht nach ihren Worten!“

O diese umstürzlerische Bibel!

Anarchisten-Ausweisungen aus der Schweiz.

Unser Züricher Korrespondent schreibt:

Sie werden bereits telegraphisch die Meldung von der Ausweisung von zwölf Anarchisten, elf italienischen und einem spanischen, aus Lugano im Kanton Tessin erhalten haben. Man arbeitet in solchen Angelegenheiten ungemein rasch in der Schweiz. Am Sonnabend wurde gemeldet, daß im Kanton Tessin anarcho-synagoga verbrannt wurden, am Sonntag kam die Nachricht, daß die italienische Regierung beim Bundesrath in Bern wegen der anarcho-synagoga in Tessin reklamiert habe, am Montag erfuhr man, daß die Untersuchung schon im Gange und u. a. auch der Anarchist Adolfs Horn verhaftet worden ist und am Mittwoch, wurde schon die Ausweisung von 12 Personen gemeldet. Diese verblüffend rasche Aufeinanderfolge der Handlungen läßt die Sache doch etwas gemacht erscheinen und die nähere Aufklärung vorliegt, muß man annehmen, daß die Flugblätter und ihre Verbreitung, welche den Ausgangspunkt der ganzen Aktion bilden, von der italienischen Polizei resp. ihren Locapitalen besorgt wurden. Diese Annahme ist um so begründeter, als in der schweizerischen kapitalistischen Presse nie eine Klage über anarcho-synagoga in Tessin erhoben wurde, was aber gewiß geschehen wäre, wenn wirklich solche Umtriebe stattgefunden hätten. Erwinnert sei auch daran, daß vor mehreren Wochen infolge der Nacht auf den Advokaten Sorio unter sehr verdächtigen Umständen mehrere Schüsse abgefeuert wurden, über die seitens der Behörden nichts zur Aufklärung mitgetheilt wurde.

Die Bundesanwaltschaft in Bern stellt offenbar an das Material zur Rechtfertigung einer Ausweisung sehr beschiedene Ansprüche und der durch die Propaganda der That gegen die Anarchisten erzeugte Haß verhindert eine sachliche Kritik der Ausweisungen durch die Presse. Unter diesen Umständen reklamiert anständiger Regierungen mit Erfolg in Bern und die Bundesanwaltschaft kann immer aufs neue die Nothwendigkeit ihrer Existenz darthun.

Das Gesundheitsgesetz in der Schweiz. Am Sonntag, den 3. Februar, giebt es wieder eine eidgenössische Volksabstimmung. Die eidgenössische Referendumsvorlage ist das Gesundheitsgesetz, über das wir bereits früher berichtet. Die Volksabstimmung über dieses Gesetz verlangte die katholische Volkspartei, die in ihrem Begehren von der sozialdemokratischen und theilweise auch von der demokratischen Partei unterstützt wurde. Die kritische Bestimmung dieses Gesetzes lautet: „Die Errichtung und Aufhebung ständiger diplomatischer Vertretungen erfolgt durch die Bundesversammlung im Wege der Budgetverhandlung und nach Vorlage von Spezialbotschaften des Bundesrathes.“ Bisher konnte das Schweizervolk in letzter Instanz über die Kredite für die Gesandtschaften entscheiden, hat aber von diesem Rechte einen sehr bescheidenen Gebrauch gemacht, woraus natürlich folgt, daß es auf dasselbe verzichtete wolle. Nicht nur die Demokraten und Sozialdemokraten, schreibt Herr Curti in der „Zürcher Post“, sondern das ganze Schweizervolk werden ein Gesetz nicht nothwendig, sie werden es überflüssig und unter Umständen schädlich finden, welches ihnen ein längst erlangenes, bisher nie bestrittenes Volksrecht mit einem Male unverlethet entzieht.“ Das Gesundheitsgesetz wird voraussichtlich mit großer Mehrheit verworfen.

Für Religion, Ordnung und Sitte. Durch die Zeitungen geht folgende Nachricht:

Lemberg. Ein Offizier erschoss einen Privatmann, der ihn wegen eines Liebesverhältnisses mit seiner schönen Frau gequälte, im Wiskol-buell. Als die Frau dies hörte, erschoss sie sich selbst.

Wenn der bedrohliche Offizier das Duell verweigert, also es abgelehnt hätte, dem Gebrauch auch noch die Blutschuld hinzuzufügen, so würde er von dem russischen Kriegsminister seinen Abschied erhalten haben, als unwürdig der Arme anzugehören, die, wie uns bei jeder Gelegenheit von den höchsten Autoritäten unseres „christlichen“ Staates gesagt wird, die Hauptstütze der „Religion, Ordnung und Sitte“ ist. O, heiliger „Umsturz“!

Das Kabinet Ribot und die Amnestie. Man schreibt uns aus Paris, 20. Januar. Das beste, was das Kabinet Ribot gebracht hat, ist die Amnestie. Es ist aber auch das wenigste, was es bringen konnte. Nach den jüngsten Ereignissen,

die Dupuy zum Sturz und Perier zur Flucht brachten, war kein Ministerium möglich, dessen Antrittskart nicht die Amnestie gewesen wäre. Wie das Kabinet Bourgeois sie gebracht hätte, mußte auch das Kabinet Ribot sie bringen. Es wäre darum auch verfehlt, dem Kabinet Ribot für etwas zu danken, was zu thun ihm von den Verhältnissen aufgegeben war, oder die Amnestie gar als einen Akt besonderer Milde zu preisen. Die Wunden, die sich die Soldaten der Freiheit und Gleichheit im Kampfe gegen Perier, Dupuy und deren Schergen geholt, sind Ehrenwunden, auf die sie mit Stolz blicken können; und es ist darum nicht an jenen, die ihnen diese Wunden beibrachten oder beibringen halfen, Milde und Vergessenheit zu üben, sondern an denen, die sie erhielten. Die Amnestie ist darum nichts anderes als ein Akt, der das an ihnen begangene Unrecht so gut als möglich wieder auszuwischen sucht. Das hat die Kammer so gut begriffen, daß sie, die noch kurz vor dem Sturze Dupuy's die sozialistischerseits eingebrachte Amnestie mit großer Mehrheit zurückgewiesen, dieselbe gestern nicht nur fast einstimmig votirt hat, sondern in ihrem Bedacht, all' ihr Unrecht so weit als möglich wieder gut zu machen, auch den zeitweiligen Ausschluß, von dem unsere Genossen Jaurès und Rouanet betroffen wurden, wieder ausbot. Bestenfalls mag sich also Herr Ribot glücklich preisen, daß es gerade ihm gegönnt war, die Amnestie einzubringen. Dieser Akt genügt aber keineswegs, um Schlüsse auf sein künftiges Wirken zu ziehen. Da jedes andere Kabinet denselben Akt vollführt hätte, kann dafür nur die Art maßgebend sein, wie es sich zu den Forderungen der Arbeiterklasse stellen wird. Und die Amnestie ist Trübsal allein schon verpflichtet da nichts Gutes. Allerdings sagte Herr Ribot in seiner Antwort auf die Interpellation Goblet's, daß die letzte Kreise eine Aktion enthält, deren Lehren nicht vergessen werden dürfen, und daß wir in einer Epoche der Entwicklung leben, deren friedliche Vollführung zu sichern das Ziel des neuen Kabinet's sei. Was aber unter diesen Worten steckt, das wird erst die Zukunft lehren. Natürlich soll es niemandem lieber als uns sein, wenn darunter der Angriff ernster sozialer Reformen verstanden ist und werden wir in diesem Sinne nicht die letzten sein, es mit Freuden zu verkünden. Aber erst wollen wir die Thaten sehen.

Der neue französische Kriegsminister heißt Burtin — General Jamont, der auf der ersten Ministerliste verzeichnet stand, hat vor Thorschuß noch abgelehnt — und ist ein Elfsäßer, reinster germanischer Abkunft, wie auch der Name. So haben wir jetzt das seltsame Zusammen-treffen, daß in Deutschland ein Mann französischer Abkunft und französischer Namens — Bonfart — und in Frankreich ein Mann deutscher Abkunft und deutschen Namens an der Spitze des Kriegsministeriums und der Heeresleitung steht — beiläufig eine treffliche Persiflage des sogenannten Nationalitätsprinzips. General Burtin soll ein guter Soldat sein — er diente schon unter Canrobert, dem soeben verstorbenen napoleonischen Marschall, gegen dessen Verdringung auf Staatskosten jetzt mit Recht in Frankreich Protest erhoben wird, denn Herr Canrobert half dem Präsidenten Bonaparte beim Staatsstreich des 2. Dezember und war ein eiderdächlicher Schurke.

Der italienische Kolonialkrieg kostet große Opfer. Daß dies nicht bloß Geldopfer sind, sondern vor allem auch Opfer an Leben und Gesundheit, beweist die folgende Depesche aus Rom:

Zwei Bataillone in der Stärke von 1200 Offizieren und Soldaten werden abends nach Neapel abgehen, um dort nach Massanauch eingeschifft zu werden.

Ministerkrisis in Norwegen. Aus Christiania wird unterm 31. telegraphirt: Am Schluß der heutigen Minister-rathesung reichte das Ministerium seine Entlassung ein. Die Demission soll verfassungsmäßig behandelt werden.

Der neue Zar hat endlich — wie wir gestern schon erwähnten — das erlösende Wort gesprochen — ein Wort, das zwar nicht sein unglückliches Volk erlöst — durch Fürstenmord ist noch kein Volk jemals erlöst worden — aber ein Wort, das die Welt von einem Schwindel und Irr-wahn erlöst, nämlich von dem Glauben an den „liberalen Zaren“. Ich werde alle meine Kräfte der Wohlfahrt des theueren Rußland widmen, aber auch ebenso fest und beständig wie mein Vater die Autokratie aufrechterhalten.“ Also sprach er zu den Abord-nungen der verschiedenen Stände, die ihm zu seiner Thron-besteigung „huldigten“.

Autokratie heißt Selbstherrschaft — persönliches Regiment — der Wille des Fürsten oberstes und einziges Gesetz. Der Sohn will regieren, wie der Vater regiert hat. Wie dieser regiert hat, das wissen wir und das weiß sein unglückliches Volk. Und wir wissen auch, wie er gelebt hat, und wie er gestorben ist — gestorben an der Autokratie.

Daß denn der junge Mann, der vor kurzem den Thron Rußlands bestiegen, keinen ehrlichen Berather gehabt, der ihn auf die Schwierigkeiten und Gefahren seiner Stellung aufmerksam machte, der ihn warnte vor dem Schicksal seines Vaters?

Freilich, woher sollte der ehrliche Berather kommen? Wer in die Nähe eines Selbstherrschers geht, will denselben für irgend einen eigensüchtigen Zweck mißbrauchen — Männer von Charakter geben sich zu der Rolle von Gef-lingen nicht her.

Jacoby hat ein gar wahres Wort gesprochen mit seinem: „Es ist das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören.“ Auch wenn ein Monarch, der als Autokrat regiert, die Wahrheit hören will, so be-kommt er sie nicht zu hören — denn jeder Autokrat — das liegt in seiner Stellung — ist von einer Kammer, d. h. einer Schaar ihn ausbeutender Schmeichler und Schmaroher umringt, welche die Wahrheit hermetisch von ihm abschließen. Und zwar in ihrem Lebensinteresse. Denn dränge die Wahrheit auch nur durch eine Thürspalte herein, so wäre ihre Schmaroher- und Schmeichler-Herrschaft zu Ende. Genug — der neue Zar hat gesprochen, er hat gewählt und das Schicksal wird sich erfüllen.

Der russische Unbel rollt in Bulgarien. Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Belgrad gemeldet, der dort akkreditirte Gesandte einer Großmacht habe aus Sofia Berichte erhalten, daß Prinz Ferdinand sich täglich mehr dem zunehmenden Einfluß Jankow's hingabe. Dieser sei bei dem Prinzen persona grata und wolle die Annäherung an Rußland durchführen, die, wie der Rapport wörtlich sagt, den Fürsten Tag und Nacht beschäftige. Sobald bindende Garantien geboten seien, daß Rußland einer eventuellen Neuwahl des Prinzen Ferdinand keine Schwierigkeiten in den Weg lege und die Befähigung prompt erfolgen lasse, sehe eine Ueberraschung in Aussicht, nämlich die Abdankung des Prinzen Ferdinand. In der Armee soll dagegen der Einfluß Stambow's, des früheren Ministers, stark im Zunehmen begriffen sein.

Zum japanisch-chinesischen Krieg liegen heute die folgenden Meldungen vor:

London, 31. Januar. Wie die „Times“ aus Kobe meldet, wurden die chinesischen Abgesandten von der Menge mit feind-

lichen Kundgebungen empfangen; ein großes Aufgebot der Polizei mußte zu ihrem Schutze heraneilen. Die japanischen Blätter glauben, die Friedens-Verhandlungen werden zu keinem Resultate führen, weil es unmöglich sei, daß China im gegenwärtigen Zeitpunkt den Forderungen Japans zustimme.

Yokohama, 30. Januar. Nach einer amtlichen Depesche aus Kaping ist die feindliche Macht in Newchwang durch eine vom Süden kommende 200 000 Mann starke Truppenabtheilung unter dem General Li verstärkt worden.

Parteinachrichten.

Warnung. Der Spindel-Anarchist Rieden, welcher aus der Schweiz ausgewiesen ist, als dort seine anrüchige Vergangenheit bekannt wurde, hat jetzt auch anscheinend den deutschen Staub von seinen Pantoffeln geschüttelt. Wie uns nämlich aus Jena berichtet wird, ist dort der Rieden abgereist und hat den Auftrag hinterlassen, ihm seine Sachen nach Antwerpen nachzusenden. Unsere Antwerpener Genossen werden gut thun, auf den Herrn Rieden, wenn er dort wirklich auftauchen sollte, ein wachsames Auge zu haben.

Nach einer anderen Meldung soll sich der Spindel in Spandau aufhalten.

Die Agrarkommission, welche der Parteitag in Frankfurt a. M. gewählt hat, wird ihre erste Sitzung Sonntag, den 10. Februar, nachmittags 2 Uhr, im Reichstagsgebäude zu Berlin abhalten.

„Die Umsturzvorlage“ und die Sozialdemokratie lautete das Thema, über das in fünf Volksversammlungen in Leipzig verhandelt wurde. Gegen 5000 Personen nahmen an den Versammlungen theil, um lauten Protest zu erheben gegen das geplante Knebelgesetz. Die Versammlungen verliefen ohne Zwischenfall; nur in Volkmarshaus hielt es der Ueberwachende für angebracht, die Abstimmlung über die nachstehende, für sämtliche Versammlungen einheitliche Resolution zu unterbrechen, während in den übrigen Versammlungen die Polizei die Resolution unbeanstandet ließ. Sie hatte folgenden Wortlaut: „Die am 29. Januar tagende Volksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Sie erhebt scharfen Protest gegen die mit der Umsturzvorlage versuchte Entziehung der Volksmassen. Sie erklärt, daß sie nur in die Sozialdemokratie ihr Vertrauen setzt und verpflichtet sich, rüchellos und unbetrübt durch Verfolgungen und Vergewaltigungen aller Art für die hohen Ziele der völkervereinenden Sozialdemokratie einzutreten. Das Bureau wird mit der Uebermittlung dieser Resolution an die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags beauftragt.“ Die Referate hatten die Genossen Geyer, Kagenstein, Schmitt-Magdeburg, Seifert, Jwidau und Pinkau übernommen.

In den Gemeinderath zu Königsblutter (Braun-schweig) wurde ein Sozialdemokrat gewählt. Die Aufstellung sozialistischer Kandidaten hatte zur Folge, daß sich dies Jahr aus der 3. Wählerklasse allein 172 Wähler betheiligten, währenddem früher in allen drei Klassen zusammen nur 53 Stimmen abgegeben wurden.

Das Vorbringen der Sozialdemokraten auf dem Lande will der Amtshauptmann von Chemnitz durch weitere Beschränkungen des Versammlungswesens verhindern. In einer im Amtsblatt veröffentlichten Verfügung werden eine Reihe Bestimmungen getroffen, die es allerdings wesentlich erschweren werden, auf den Dörfern Versammlungen abzuhalten. Zunächst wird da verlangt, daß der Raum nicht durch Zwischenwände getrennt ist, daß die Thüren nach außen gehen, weiter sollen 1 1/2 Meter breite Gänge freigelassen werden. Auch um jeden einzelnen Tisch soll ein 1 1/2 Meter breiter Raum bleiben. Der Wipfel ihrer Fürsorge um das Wohl der versammelten Sozialdemokraten, denn um diese handelt es sich doch nur, wird durch den § 5 erreicht, welcher bestimmt, daß zur Versammlung nicht mehr Personen zugelassen seien, als auf den Quadratmeter Bodenfläche, wenn Stühle aufgestellt sind, drei Personen, andernfalls höchstens vier Personen kommen. Für Uebertretungen dieser Bestimmungen sind die Leiter der Versammlungen mitverantwortlich; Strafen bis zu 150 M. sind angedroht. — Diese rührende amtshauptmannschaftliche Besorgnis um die Fährnagen unserer dortigen Parteigenossen mag wohl dazu beitragen, die Agitation im Augenblick etwas zu hemmen, nichtsdestoweniger werden auch diese kleinen Schwierigkeiten überwunden werden; den unvermeidlichen endlichen Sieg der Sozialdemokratie kann man durch dergleichen Liebesswürdig-leiten nicht verhindern.

Todtenliste der Partei. In Weiskasser i. M. verstarb der Parteigenosse Schuhmacher Liche. Bei seinem Begräbniß, das am Sonntag, den 27. Januar, stattfand, errignete sich, wie uns von dort mitgetheilt wird, wieder einer jener unliebsamen Zwischenfälle, deren Ueber auch hier der Vertreter der „Religion der Liebe“ war. Als nämlich der feierliche Akt vorüber, holte der Todtengräber auf Anordnung des Raths einen in die Gruft mit versenkten Kranz mit rother Schleife wieder heraus, der Weiskasser sich dieselbe ab und entfernte sich. — Unseres Erachtens trägt die so häufig gemeldete Intoleranz der Herren Geistlichen gegen verstorbenen Sozialdemokraten nicht dazu bei, deren Ansehen im Volke zu heben. Wollen die Diener Gottes gegen unsere Ideen kämpfen, so mögen sie sich mit den lebenden Genossen messen.

Zur letzten Ruhestätte wurde wiederum ein alter braver Parteigenosse gebracht, der Genosse Friedrich Deutschmann in Magdeburg ist am letzten Sonntag beerdigt worden. Deutschmann, der schon unter dem Aus-nahmegesetz äußerst thätig gewesen, war durch einen Unfall in den Grusonwerken in den letzten Jahren gezwungen gewesen, sich von der Agitationsthatigkeit zurück zu ziehen. An seiner Beerdigung nahmen gegen 1800 Personen theil. Auf dem Friedhofe wurde zur Ehre des Todten vom Arbeiter-Sängerbunde der „Grabgesang“ vorgetragen, alsdann wurde der todt Genosse in die Gruft gelassen und für immer gebettet. Seinen Grabes-hügel schmückten Kränze von der sozialdemokratischen Partei, der freien Gemeinde Budau, den Arbeitern des Grusonwerkes, der Zentralfranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter. Jetzt breitet der Winter sein weißes Leichentuch über den Todten. Ehre seinem Andenken.

Polizeiliches, Gerichtliches etc. — In der Strafsache gegen den Genossen M. Kants zu Oederberg i. M., welcher wegen Verleumdung der Einschüßungs-kommission, begangen in einer Volksversammlung vom 19. November 1893 betriebs seines Ausschusses aus der Stadtverordneten-Versammlung, von der Eberswalder Strafkammer verurtheilt wurde, hiergegen aber Revision einlegte, ist das Urtheil vom Reichsgericht nebst Feststellung aufgehoben und die Sache zur anderweitigen Verhandlung an das Landgericht I zu Berlin zurückverwiesen.

Verboten wurde eine öffentliche Versammlung in Frankenhäusen a. Kyffh., in welcher die drei sozialdemokratischen Stadtverordneten über ihre Thätigkeit im Stadtrath Bericht erhalten wollten. Der Bürgermeister berief bei seiner Staatsretterei auf § 8 des Vereinsgesetzes. Beschwerde ist eingelegt.

Prozeß wegen Vergehens wider das Vereinsgesetz. Am Freitag, den 18. Januar, fand vor dem hiesigen Schöffengericht die Verhandlung gegen den Turnhül-Chemnitz-Alchemnitz statt. Angeklagt waren 14 Personen und

zur 5. Sitzung des Vereins und 9 neu angemeldete Mitglieder, welche, da noch keine Vereinsversammlung stattgefunden hatte (der Verein wurde gleich nach seiner Anmeldung von der hiesigen Polizeibehörde verboten), noch nicht aufgenommen waren. Es wurde den Angeklagten vorgeworfen, daß sie alle dem im Juli 1894 von der Amtshauptmannschaft Chemnitz aufgelösten Turnklub „Allgemein angehört“ (weitere 5 angemeldete Mitglieder, bei denen das nicht der Fall war, waren nicht geladen) und sie somit einer Fortsetzung des alten Vereins sich schuldig gemacht hätten. Es wurde von den Angeklagten auf das entschiedenste bestritten, eine Fortsetzung des aufgelösten Vereins geplant zu haben. Jedoch, man schenkte ihnen keinen Glauben. Somit wurden die Angeklagten verurteilt und zwar insgesammt zu 170 Mark Geldstrafe und zur Tragung der Kosten.

— Eine **Monstreprozeß** scheint die Leipziger Staatsanwaltschaft ins Leben rufen zu wollen wegen der angeblichen Verleumdungen, die gegen Rath und Stadtverordnete während der letzten Stadtverordneten-Wahlkampagne begangen worden sein sollen. Nicht nur sind bereits der verantwortliche Redakteur und der Verleger der „Leipziger Volkszeitung“, sowie der Verleger des inkriminierten Flugblattes bereits in Anklagezustand versetzt worden, sondern es sind auch sämtliche Mitglieder des Wahlkomitees vor die Staatsanwaltschaft geladen worden. Das kann gut werden.

— Die Leipziger Polizei hat dem Einberufer von fünf Volksversammlungen, in denen gegen die Umsturzvorlage Stellung genommen werden soll, mitgeteilt, daß sie den als Referent mit in Aussicht genommenen Genossen Zubeil, Berlin nicht als Redner auftreten lassen werde.

— Eine **Gamburger Metallarbeiter-Versammlung** war von dem überwachenden Beamten aufgelöst worden, weil der Vorsitzende sich weigerte, einem Disziplinarordner das Wort zu entziehen. Gegen die Auflösung war Beschwerde erhoben und die Unkosten einer neuen Versammlung in der Höhe von 12 M. zurückverlangt worden. Die Beschwerde wurde als gerechtfertigt anerkannt, der Ersatz der Kosten sei unbegründet. — Im Privatleben ist jeder für den durch ihn erwachsenen Schaden verantwortlich, nur unsere Beamten haben das Verrecht, anderen Schaden zuzufügen, ohne dafür haften zu müssen.

— Dem Arbeiter-Bildungsverein in Zeitz wird das Leben recht schwer gemacht. Da dem Verein in Zeitz selbst kein Lokal zur Verfügung steht, wollte er in dem benachbarten Aue eine Versammlung abhalten. Der Ortsvorsteher in Aue, bei dem die Versammlung angemeldet war, gestattete aber die Versammlung nicht, weil der Verein in Zeitz seinen Sitz habe. Natürlich wird gegen den Ortsvorsteher der Beschwerde wegen beschritten werden.

— In Segebin (Urgarn) beschlagnahmte die Polizei gelegentlich einer Hausdurchsuchung bei einigen Parteigenossen eine Anzahl Druckschriften. Drei aus Alfeld zugewandte Sozialdemokraten wurden verhaftet.

Soziale Uebersicht.

Der Weizen der Agrarier blüht. Der Minister des Innern hat im Einverständnis mit dem Minister für Landwirtschaft bestimmt, daß Strafgefangene aus den dem Ministerium des Innern unterstehenden Strafanstalten und Gefängnissen zu landwirtschaftlichen Meliorationen, die von Behörden oder Privatpersonen unternommen werden, verwendet werden dürfen. An Arbeitslohn sind den Gefangenen 40 Pfennig für den Kopf und Arbeitstag zu zahlen. Dazu kommen noch die Mehrausgaben, welche für Aufsicht, Verpflegung, Transport, Verhalten der Arbeitsgeräte etc. erwachsen. — Um eine ungerechtfertigte Konkurrenz mit den freien Arbeitern zu vermeiden, ist bestimmt, daß Gefangene zu solchen Arbeiten nur dann verwendet werden sollen, wenn sonst die Ausführung unterbleiben würde, weil es an freien Arbeitern dafür fehlt, oder die Höhe der diesen zu zahlenden Löhne die Melioration unrentabel machen würde. — Diese Einschränkung wird die Herren Landjunker natürlich nur wenig geniren. Es wird ihnen ein leichtes sein, den Nachweis zu erbringen, daß es an freien Arbeitern fehlt — bei 40 Pf. Lohn. Die Melioration muß eben „rentabel“ sein und dieses Wort wird bei den Agrariern groß geschrieben.

Auch ein Arbeitsnachweis. Die „N. V.“ meldet von Muhlort: Die städtische Verwaltung theilte den hiesigen Großfirmen, Abhebern, sowie der Kaufmannschaft mit, daß sie für Arbeitslose die Vermittlung von Beschäftigung in Gemeinschaft mit dem Präses des katholischen Gesellenvereins und dem Vorsitzenden des evangelischen Arbeitervereins übernommen habe. Die betreffenden Arbeitgeber werden gebeten, bei Bedarf an Arbeitskräften der Bürgermeisterei oder den vorgenannten Herren davon Mittheilung zu machen. — Die Gewerkschaften scheinen für den Magistrat nicht zu existiren.

Gewerkschaftliches.

Das städtische Arbeitsamt zu Frankfurt a. M. Nachdem am Montag Abend die öffentliche Arbeiterversammlung beschloffen hat, daß die Vertreter der Arbeiter am Gewerbeamt die Wahlen zu der Kommission des städtischen Arbeitsamtes vornehmen sollen, wurden bereits am nächsten Abend vier Kommissionsmitglieder und vier Erfahrmänner gewählt.

Die Tabakarbeiter-Kommission von Bremen wird in den anliegenden Bezirken eine lebhafteste Agitation gegen die nunmehr bekannte Tabaksteuer entfalten.

Eine Ausschussung des Verbandes der Arbeiter der Glas- und Keramikwaren-Branchen Nordböhmens findet den 2. Februar d. J. in Galsa statt.

Ein neuer Diamantarbeiter-Streik, an dem etwa tausend Mann theilnehmen, wird aus Amsterdam gemeldet. Man erwartet allgemein einen großen Ausschlag der Diamantindustrie und beurtheilt daher den Augenblick sehr günstig, um Verbesserungen abzuwirken. Wenn die Prinzipale sich vereinigen, ist wieder ein Generalstreik der Diamantarbeiter zu erwarten.

Untergang des Dampfers „Elbe“.

Eine der furchtbarsten Schiffskatastrophen aller Zeiten sind hunderte von Menschenleben zum Opfer gefallen. Wie wir gestern nur in einem Theil unserer Auflage melden konnten, ist der Passagierdampfer „Elbe“, der dem Norddeutschen Lloyd gehörte und am 29. Januar die Reise nach New-York angetreten hatte, am 30. Januar früh 5 1/2 Uhr an der Nordküste Englands von einem Kohlendampfer angegriffen worden und nach 20 Minuten gesunken. Auf dem Dampfer befanden sich gegen 400 Personen, von denen bis zum Schreiben dieser Zeilen nur etwa 20 als gerettet bekannt sind. Die genaue Verlustziffer soll 374 Menschenleben betragen.

Des näheren liegen über die furchtbare Katastrophe die folgenden Meldungen vor:

Die Reise der „Elbe“ war bis um 6 Uhr gestern Morgen ohne Zwischenfall verlaufen. Dann erlosch ein furchtbarer Orkan, die Wellen gingen thurmhoch und schlugen den „Elbe“ herum wie eine Glasfugel. Der Morgen war dunkel. Ab und zu wurden die Lichter anderer Fahrzeuge sichtbar. Die „Elbe“

seuerte in kurzen Zwischenräumen Raketen ab, um andere Schiffe von ihrer Nähe zu benachrichtigen. Um punkt 6 Uhr sah der Mann im Logghaus, daß sich ein Dampfer von etwa 1500 Tonnen näherte. Es wurden weitere Signalarbeiten abgelesen, aber der Dampfer schenkte denselben keine Beobachtung und setzte seinen Kurs auf die „Elbe“ zu fort. Dann wurde ein furchtbarer Krach hörbar, durch das in die Breite des Schiffes gerissene ungeheures Loch strömte die umgeladene See, überfluthete den Maschinenraum und füllte denselben im Augenblick gänzlich. Sofort begann das unglückliche Schiff zu sinken. Die Passagiere, welche fast sämtlich schliefen, da infolge der intensiven Kälte niemand auf Deck ausfallen konnte, stürzten, von panischem Schrecken ergriffen, halb angekleidet an Deck. Vergebens versuchten die Offiziere, einige Ordnung in die ungeheure Verwirrung zu bringen.

Ein anderes Telegramm lautet: Der Zusammenstoß beider Schiffe erfolgte 47 engl. Meilen südwestlich von Daaf's Leuchtschiff. Es war sehr dunkel, aber klare Luft. An Bord war alles zu Welt. Der Stoß war furchtbar; er schlug tief mitten in den Maschinenraum; sofort überfluthete das Wasser das Hintertheil der „Elbe“. Kein einziger Passagier der ersten Kajüte und nur 5 Passagiere der zweiten Kajüte wurden gerettet. Dem Stoß folgte eine große, schreckliche Verwirrung. Alles eilte nach den Booten.

Der Dampfer, von dem der „Elbe“ das furchtbare Deck jedenfalls beigebracht wurde, ist der englische Dampfer „Crathie“. Ein Telegramm meldet darüber aus London:

Eine Depesche an Lloyd's aus Maasuis meldet, der britische Dampfer „Crathie“, von Rotterdam nach Aberdeen gehend, ist dort angekommen und berichtet, daß er am 30. Januar, früh 6 1/2 Uhr, 30 Meilen von Hoel van Holland mit einem großen Dampfer zusammengestoßen. Der „Crathie“ ist ein kleiner Kohlendampfer von 470 Tonnen; derselbe ist vorn stark beschädigt, leidet aber nicht; er begibt sich zur Reparatur nach Rotterdam.

Bis jetzt sind nur folgende Personen als gerettet bekannt: Die Kajüten-Passagiere: Karl A. Hofmann-Grand Island, Jan Severa-Böhmen, Eugen Schlegel-Fürth, Anna Boeder-Bremen. Zwischen decks-Passagiere Volhen und Twaen. Der deutsche Bootse Weisser. Der Deferloose de Harde. Der englische Bootse Robert Greenham. Der dritte Offizier Stollberg. Erster Maschinist Heussell. Zahlmeister Wefer. Zahlmeister-Assistent Schultins. Von der Mannschaft sind gerettet: Einkmeyer, Sittig, Fürst, Norbe, Wennig, Finger, Sibert, Drefow, Wattle.

Einer der Geretteten, Karl Hofmann, macht über die Vorgänge nach dem Zusammenstoß die folgenden, erschütternden Mittheilungen:

Wir verließen Bremen am Dienstag Nachmittag um 3 Uhr. Ich reiste mit Frau und Kind. Wir hatten eine Kabine zweiter Klasse dicht bei der Stelle, wo der Zusammenstoß erfolgte. Wir lagen in tiefem Schlaf, als ich um halb sechs Uhr durch ein Geräusch geweckt wurde, das wie das Gorgeschlagen für die Mahlgänge klang. Da es noch dunkel war, verließ ich mein Bett, lehnte aber gleich darauf wieder dahin zurück, da ich nichts weiter hörte, kurz darauf hörte ich Tritte und Rufen. Im Glauben, daß etwas geschehen sei, stürzte ich in meine Kleider, meine Frau und Kind zogen sich auch etwas an, und wir eilten mit anderen zusammen den Korridor entlang zum Deck. Oben angelangt wurde ich die Treppe wieder hinaufgeführt, aber es gelang mir, nicht niedergelassen zu werden. Ich gelangte bis zur Backbordseite, wo der Zusammenstoß erfolgt war und sah die große erlittene Havarie und das Wasser einströmen. Es war sehr dunkel, aber nicht neblig, die See ging hoch. Zwei Boote wurden herabgelassen. Ich ergriff meine Zungen und warf ihn in das eine Boot, viel meiner Frau zu, mit mir zu kommen, und stieg ein. In demselben Augenblick wurde gerufen: „Frauen und Kinder auf die andere Seite!“ Meine Frau gab mir ihre goldene Uhr und verließ mich, desgleichen wurde mein Junge wieder aus dem Boot herausgenommen. Während ich im Boot saß, sah ich das andere Boot vollschlagen und untergehen. Wir versuchten, die im Wasser Treibenden zu retten, aber alle verschwanden bis auf Fräulein Böder.

Unser Boot stieß ab, und wir trieben fünf und eine halbe Stunde auf dem Wasser, bevor wir gerettet wurden. Bei Tagesanbruch erblickten wir viele Fahrzeuge, aber wir konnten die Aufmerksamkeit nicht auf uns lenken. Nach dem Unglück sandte die „Elbe“ Raketen auf, aber keine Hilfe nahte. Ich halte die Rettung Anderer für ausgeschlossen, da die „Elbe“ sofort sank. Ich glaube nicht, daß die Zwischen decks-Passagiere überhaupt etwas von der Kollision erfahren haben. Der Zusammenstoß verursachte nicht viel Lärm.

Wir waren einem schweren Seegang und einem bitterkalten Wind länger als fünf Stunden ausgesetzt, dabei schöpften unser Boot fortwährend Wasser. Schließlich konnten wir uns mit Gendern und Segeln der „Wildflower“ bemerkbar machen, die uns an Bord nahm und um 1/26 Uhr abends, zwölf Stunden nach dem Zusammenstoß in Lowestoft ans Land setzte. Wir wurden an Bord der „Wildflower“ mit aller Rücksicht behandelt. Ueber die an Bord der „Elbe“ befindlichen Passagiere wird aus dem Bureau des Norddeutschen Lloyd folgendes berichtet:

Es befanden sich an Bord der „Elbe“ nur drei Berliner und zwar als Kajütenpassagiere die bereits nomadisch gemachten Herren A. Baumann, Simon Schweizer und Carl Kusbaum. Die Zahl der Zwischen decks-Passagiere dürfte etwa 200 betragen, doch befanden sich unter diesen allem Anschein nach keine Berliner. Es waren überhaupt nur wenige Deutsche an Bord der „Elbe“, im Zwischen decks befanden sich fast ausschließlich russische, galizische und ungarische Auswanderer.

Die „Elbe“ war der erste Schnelldampfer des Norddeutschen Lloyd und wurde im Jahre 1881 auf der Werft von John Elder u. Co. in Glasgow erbaut. Die Länge des Schiffes betrug 128 Meter, die Breite 13 1/4 Meter und die Tiefe 10 1/2 Meter. Die Geschwindigkeit des Dampfers belief sich auf 16 Knoten in See bei einer Maximalleistung von 3000 indizierten Pferdekraften. Das Schiff, welches 1150 Passagiere fassen konnte, war ausgerüstet mit einer dreizylindrigen Compoundmaschine. Die Besatzung bestand bei vollem Besatz aus 168 Personen, während sich der Kohlenverbrauch in 24 Stunden auf ca. 115 Tonnen belief. An Bord der „Elbe“ befand sich ein deutsch-amerikanisches See-Postamt.

Die Besatzung der „Elbe“ bestand aus 168 Mann. Davon werden die folgenden Namen bekannt gegeben: Kapitän von Gossel, Erster Offizier Glaman, Zweiter Offizier Hellmers, Dritter Offizier Stollberg, Viertes Offizier Vahr, Arzt Dr. Gehrels, Erster Maschinist Ruffel, Zweiter Maschinist Budelmann, Dritter Maschinist Siehe, Dritter Maschinist Albig, Vierter Maschinist Loh, Vierter Maschinist Ariete, Vierter Maschinist Wille, Zahlmeister Wefer, Zahlmeister-Assistent Schultins, Obersteuermann, Obersteuermann Runden, Obersteuermann G. Grapengeter, zweiter Koch J. Haase.

Das Schiff hatte an Bord folgende Kajütenpassagiere: die Herren Fritz Appel-München, Hugo Becker-Chemnitz, Regisseur A. Baumann-Berlin, Henry Galle-Honolulu, Dr. Dietrich-Domingo, Furrer-Guatemala, Frank-Amerika, Jate Frank-Buffalo, Anton Fischer-Washington, Gerlicher-Winona, Ernst Geeren-New-York, Karl A. Hofmann-Grand Island, Adolf Jelaub-New-York, Peter Komierski-Amerika, Kurt Kleinschmidt-Pelena Mont, A. E. Lodart-New-York, Ernst Maseberg-Louisiana, Karl Kusbaum-Berlin, Peter Komierski-Kanazin, Eugen Rhodes-Washington, Julius Rosenbaum-Amerika, Walter Schall-Düren, Eugen Schlegel-Fürth, Simon Schweizer-Berlin, August Sanders-Essen, Louis Schewert-Wien, J. B. Wille-St. Charles, Jan Severa-Böhmen, Charles Wig-New-York; die Frauen: Frau Andrew Brietbach-Amsterdam, Frau M. E. Conners-South Dakota, Towhy Galle-Honolulu, Frank-Amerika, Anna Hofmann

nebst Sohn-Grand Island, Hauptmannsrau Klipfel-Brandenburg, Louise Kühn-New-York, Emilie Vattier-Kraant-Amsterdam nebst Sohn, Sophie Rhodes-Washington, Hermine Sande-Baltimore, Emma Schlegel-Fürth, Klara Weingartner-Fechingen.

Für Southampton waren folgende Passagiere eingeschrieben: Frau Varendahl nebst Sohn, Fräulein Anna Böder, Frau Helene Lorenz nebst Sohn, Fräulein Franziska Bernaer. Außerdem waren 138 Zwischen decks-Passagiere an Bord.

Die bekanntgewordenen Namen der Zwischen decks-Passagiere sind folgende: Susanna Balint und Kinder, Fannie Drücker, Maria Stoez, Janos Sulacs, Ella Tranz, Hans Weislein, Otto Faust, Luise Liedl und Kinder, Max Liedl, A. Walthofer und Frau, Anna Walthofer, Paul Raempfer, Maria Wesslo und Kinder, Chas. Kuefer, Wilh. Warala, Emil Seneca, John Cermy u. Kinder, Hedley A. Laaker und Frau, Elias G. Michelson, Diebold Spradels, Rive Adelson, Diebold Brard, Anton Wanat, J. M. Brunson, Ida Brunson, Henry Hürle, Gottlieb Voleimann, Rudolf Grai, Friedrich August Reichsparr, Friedrich Buchheiser, Louise Buchheiser, Franzis Möller, Bertha Klockin, Franz Brunhauser mit Familie, Victoria Habesbreiter, Rosa Rothmayer, Adolf Groll, Helene Brard, Heinrich Wabe, Friedrich Sapper, Gabriel Berg, Anton Jeller, Henry Freinsht, David Holec, Josef Mumpst, Anton Nojef, Frank, Karl, Barbara Soofe, Frank, Cerventa, Josef Strala, Antonie Bevera, Bertha Köpfe, Heinrich Böderer, Maria Wanat, Mail Teuback, Jan Suchy, Pal Suchy, Jan Chota, Matyas Vanzos, György Antonyi, Janos Biffak, Wojciech Planowsky, Janos Vengy, Mihaly Turcsani, György Csizsmar, Janos Csizsmar, György Vlofal, Ewa Solar, György Kovacs, Michael Barth, Angel Brekup, Jan Kacza, Gustav Demle, Meri Babos und Kind, Mihaly Gaidok, Jan Komal, Martin Napierak, Jan Gogadonik, Julia Thau, Emil Regel, Jakob Dahm, Philipp Wilscher, Georg Henne, Apollonia Wojarska und Kinder, Josef Mendla, Heinrich Peters.

Aus Lowestoft, dem Ort, wo das erste Boot mit den 19 Geretteten landete, wird von heute telegraphirt:

Die hiesigen Hafenbehörden haben einen Bughrindampfer ausgesandt, um die Nordsee in der Umgebung von Hoof's Leuchtschiff zu durchsuchen. Der gerettete Offizier Stollberg erklärt, der andere Dampfer habe sich außerhalb des Kurzes befunden; er habe das grüne Licht von dessen Backbordseite gesehen. Das Rettungsboot der „Elbe“, welchem es gelang, vom Schiffe wegzukommen, sei zwanzig Fuß lang gewesen, doch glaube er nicht, daß es sich in der stürmischen See habe halten können. Der englische Bootse Greenham sagt aus, er sei sofort nach dem Zusammenstoß auf Deck gewesen und habe beim Abfeuern der Raketen geholfen. Der andere Dampfer sei entschieden schuld an dem Unglück, da er rechtwinklig am Steuerbordbug der „Elbe“ vorbeizufahren versucht habe. Die Vertreter des Norddeutschen Lloyd sind nicht gewill, ob das Kohlschiff „Crathie“ der Dampfer war, mit dem die „Elbe“ zusammenstieß.

Die neueste Darstellung des Unfalls rührt von einem auf dem Schiffe anwesenden Bootsen her. Man telegraphirt darüber aus Lowestoft vom heutigen Tage:

Der Bootse Greenham sagte über den Untergang der „Elbe“ folgendes aus: Der erste Befehl des Kapitäns nach dem Zusammenstoß war, die Boote herauszuwinden, aber nicht herabzulassen. Dann kommandierte der Kapitän: „alles an Bord und die Mannschaft auf ihre Posten.“ Hierauf erfolgte der Befehl, die Frauen und Kinder in den Steuerbord-Booten zuerst zu retten. Diese Befehle wurden vom Kapitän gegeben und von dem ersten Offizier wiederholt. Der Kapitän befand sich auf der Brücke, er glaube, er ging mit dem Schiffe unter. Der nächste Befehl war, die Boote niedergulassen. Es herrschte durchaus keine Verwirrung oder Panik. Jeder Befehl wurde mit der größten Ruhe und Schnelligkeit ausgeführt. Die See ging hoch bei starkem Wind aus Ost-Süd-Ost und bitterlicher Kälte. Die Taue der Boote waren gefroren und wurden, um Zeit zu ersparen, gelappt. Die „Elbe“ ging etwa zwei Minuten, nachdem wir sie verlassen hatten, unter. Das starke Verhältniß der geretteten Mannschaften zur Zahl der geretteten Passagiere wird durch den Umstand dadurch erklärt, daß, nachdem Befehl gegeben war, die Frauen und Kinder erst zu retten, die „Elbe“ sich nach Steuerbordseite senkte und das Wasser nach den Promenaden hinaufkam, wodurch die Steuerbordboote unbrauchbar wurden. Das Boot, welches die Geretteten fortbrachte, befand sich an Backbordseite und war das letzte, welches das Schiff verließ.

Der Bericht des Kapitäns des Dampfers „Crathie“, der die „Elbe“ angerannt hat, lautet, wie der „Kölnischen Zeitung“ aus Rotterdam gemeldet wird, folgendermaßen: Morgens zwischen 5 und 6 Uhr waren wir etwa 30 Meilen vom neuen Wasserweg entfernt. Es war sehr dunkel; plötzlich wurden am Steuerbord drei Lichter eines großen Dampfers sichtbar. Sofort wurde Backbord gesteuert, jedoch vergebens. Auch nachdem rückwärts gedampft wurde, blieb der Zusammenstoß unvermeidlich. Unser Schiff lief mit dem Vordertheil in den Dampfer. Obgleich schwer beschädigt, konnten wir dennoch blaues Licht zeigen zum Beweise, daß wir nicht in Noth gerathen waren. Binnen einer halben Stunde zeigte auch der Dampfer blaues Licht und da sofort nach dem Zusammenstoß das Schiff weiter fuhr und ansetzend seine Reise fortsetzte, glaubten wir, dasselbe sei nicht in Gefahr; doch blieben wir, da wir auch unter der Wasserlinie ein Deck hatten, das aber glücklich beseitigt wurde, noch zwei Stunden an derselben Stelle, ohne etwas von dem Dampfer weiter zu bemerken.

Depeschen.

Wolff's Telegraphen-Bureau.

Vern, 31. Januar. Alle ausgewiesenen Anarchisten sind mit Ausnahme des flüchtigen Tiroler Giesels in Haft genommen worden und werden, abgesehen von zwei, welche zur Regelung ihrer Geschäfte einen 24stündigen Aufschub erhielten, sofort an die Grenze gebracht.

Paris, 31. Januar. (Deputirtenkammer.) Der Kriegsminister General Bullen brachte eine Gesetzentwurf ein, betreffend die Bewilligung eines Kredits von 20 000 Fr. für das Beichbegabnis des Marschalls Canrobert. Hubbard (radikal) belämpfte die Vorlage und führte aus, Canrobert hätte an dem Staatsstreiche und an der Kapitulation von Metz theilgenommen. Ministerpräsident Ribot erwiderte, Marschall Canrobert hätte die Fahne Frankreichs ruhmreich aus allen Schlachtfeldern wehen lassen. (Heftige Unterbrechungen auf der äußersten Linken.) Ministerpräsident Ribot stellt hierauf die Vertrauensfrage. Die Kammer genehmigt hierauf die Dringlichkeit für die Vorlage mit 304 gegen 160 Stimmen und beschließt die sofortige Verabreichung. Im Senat brachte Justizminister Trarieux die Annahme einer Vorlage ein, für welche die Dringlichkeit beschloffen wurde. Der Senat versammelte sich sofort in den Abtheilungen, um die Kommission für die Amnestievorlage zu wählen. Alle Mitglieder dieser Kommission sind für die Vorlage.

Petersburg, 31. Januar. Fürst Lobanow wird morgen vom Zaren in Audienz empfangen. Man glaubt doch noch, daß derselbe der Nachfolger Giers' werde und den Titel eines Kanzlers erhalte.

(Telegraphen-Bureau Herold.)

Odesa, 31. Januar. Die Zensur für ausländische Zeitungen dürfte demnächst eine Milderung erfahren. Es werden wahrscheinlich diejenigen ausländischen Blätter ohne jede Zensur nach Rußland herein kommen, die von den russischen Behörden im Auslande hierzu empfohlen werden.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

27. Sitzung vom 31. Januar 1895, 2 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: v. Marschall, v. Köller, Staatssekretär für Elsaß-Lothringen v. Puttkamer und Kommissarien.

Die erste Lesung des von den Sozialdemokraten und Elsaß-Lothringern eingebrachten Gesetzentwurfs wegen Aufhebung des Diktaturparagraphen in den Reichslanden wird fortgesetzt.

Abg. Preiß (Elsaß) wendet sich gegen die gestrige Darstellung des Staatssekretärs über die Beschaffenheit des Wahlrechts in den Reichslanden. Allerdings bestimme allgemeines direktes und geheimes Wahlrecht zu den Bezirksräthen; aber der Landesausschuß komme auf Grund eines Wahlrechts von indirekten Wahlen zu Stande und dem entspreche auch seine Zusammensetzung aus Rentnern und Grundbesitzern mit einigen abhängigen Beamten. Diese Gesellschaft sei etwas oligarchisch angeordnet, finde meistens die Vorlagen der Regierung vorzüglich, sage einige Wochen, halte einige Diners ab und gebe dann wieder seelenvergnügt nach Hause. (Heiterkeit.) Es sei doch gestern ein ausdrücklicher Fall des Mißbrauchs der Diktatur erwähnt worden und ohne Antwort geblieben, daß sei die gleichzeitige Unterdrückung dreier Zeitungen ohne jede Angabe von Gründen. Ob das vor oder nach 1885 geschehen sei, bleibe gleichgültig; man verlange die Motive der Regierung zu wissen, man wolle hören, warum die Diktatur ausreicht erhalten werde. (Zwischenruf des Ministers v. Köller.) Wenn der Minister nicht antworten zu wollen erkläre, so stehe auch für den Reichstag fest, daß der § 10 angewendet werde, ohne daß die Regierung stichhaltige Gründe dafür anzugeben vermöge. Die strengen Spezialgesetze für Presse, Vereine und Versammlungen seien Ausnahmegeetze; wer das bestreite, betreibe ein Spiel mit Worten. Der Geist der Gewalt, der aus dem Diktaturparagraphen spreche, durchdringe die ganze Beamtenschaft und terrorisiere das Volk. Dieser Geist habe es fertig gebracht, daß Regierungsräthe in öffentlichen Lokalen Reuerungen thun können: Die Elsaß-Lothringer müssen behandelt werden, daß ihnen das Blut aus den Nägeln dringt; die Elsaß-Lothringer sind Schweinehunde, sind Schurke! (Verwundung.) Das sind alles notorische Vorurtheile. Nicht Personen, sondern die Institutionen treffen der Vorwurf dafür. Dieser Geist der Diktatur habe Verurtheilungen bis zu einem Jahr Gefängnis für solche Rebellthäter zur Folge, die die Maréchalise gesungen oder auch nur gepfiffen haben. Die Schwärmer von den wiedergewonnenen Brüdern sei eben nur eine Schwärmerei gewesen; das Elsaß-Lothringische Volksbewußtsein sei durch eine 200jährige Gemeinamkeit in das französische Nationalbewußtsein übergegangen. Das habe man auch in den maßgebenden Kreisen wohl gewußt, darum habe man ja dem Oberpräsidenten und später dem Statthalter diese ungeheuerlichen Diktaturvollmachten übertragen. Trotz des Wegfalls des Motivs für die Diktatur, trotz der Anerkennung der Ruhe und der Friedfertigkeit der Bevölkerung behalte man sie bei, weil es sich mit ihr gar zu leicht regieren lasse. Darum müsse immer und immer wieder darauf gedrungen werden, daß sie beseitigt werde, und in dieser Richtung könne auch der Reichstag einen Trud ausüben. Daß sie notwendig sei wegen der von Frankreich her betriebenen Agitation, sei nur ein Scheinargument. Wie solle das Land hüßen für das, was außerhalb des Landes und an der Grenze geschieht? Dagegen genügen doch die Gesetze und die staatliche Grenzpolizei, um die Reichslande gegen revolutionäre Agitation zu schützen. Dazu brauche man nichts weiter, als die gewöhnlichen Machtmittel des Staates. Herr v. Köller habe Grenz-Polizeiverordnungen erlassen, welche den französischen Agitatoren entweder den Weg ins Land völlig versperrten oder den längeren Aufenthalt durch weitgehende Aufenthaltbeschränkungen erschweren. Sei es der Regierung mit ihren Erklärungen ernst, so werden die Antragsteller in der zweiten Lesung beantragen, daß der Diktaturparagraph nur noch Ausländern gegenüber zur Anwendung gebracht werden könne. Die Assimilierung sei auch heute noch nicht weiter als 1885; was man erreicht habe, sei lediglich die politische Kirchhofruhe. In diesem Mißerfolg seien die Herren v. Puttkamer und v. Köller mit ihrem Gewalt- und Zwangsregime hauptsächlich schuld. Das Deutsche Reich habe ein Land annektirt, das ihm aus innerster Seele widerstrebe. Ein solcher Zustand sei unangenehm für das Deutsche Reich nach innen und nach außen hin, letzteres wegen der Möglichkeit europäischer Verwickelungen. Man hätte moralische Eroberungen machen sollen, aber thatsächlich habe man den Weg der Gewalt beschritten. Eine wirkliche moralische Eroberung werde man mit der Beseitigung der Diktaturvorschrift machen. Statt dessen habe man durch leidenschaftliches Vorgehen im nationalen Sinne es dahin gebracht, daß das Deutsche Reich noch auf demselben Fleck stehe wie vor 24 Jahren. Erfolge lassen sich nur erzielen durch Geduld, Milde, Klugheit und mit Hilfe der Zeit. Diese psychologischen Faktoren und namentlich die heilsame Wirkung der Zeit stellen aber die Machthaber nicht in Rechnung. Auf diesem richtigen Wege sei es Frankreich gelungen, die Sympathien des Elsaß dauernd zu gewinnen. Man predige die Ebntheit in den Kirchen, man vertreibe die französische Sprache, obwohl sie ganz allgemein die Landessprache geworden. Die Germanisierung könne höchstens der Schluß einer Jahrhunderte langen Entwicklung sein. Man stehe erst am Beginn dieser Entwicklung und es wäre Heuchelei und Lüge, zu sagen, daß die Reichslande schon assimiliert seien. Die Fortdauer des heutigen Regimes werde die Bevölkerung der Reichslande der deutschen Nation immer mehr entfremden. Der jüngeren Generation fehle bereits das Ehrgefühl, sie lasse sich knechten und wenden, wie es den Machthabern beliebt. Nach Herrn von Köller sei die Bevölkerung zufrieden bis auf kleine Kreise von Kräutlern; ja seien denn die Elsaß-Lothringischen Abgeordneten kleine Kreise? Die 8 wilden Elsaßer und die 2 Sozialdemokraten für Straßburg und Mulhausen vertreten die Bevölkerung, auch die übrigen 5 Abgeordneten verlangen ebenfalls die Aufhebung der Diktatur. Man sollte doch in der Auswahl der Beamten, die nach Elsaß geschickt werden, sehr vorsichtig sein; es könne sonst leicht vorkommen, daß auch in höhern Stellungen befindliche Beamte in 5 bis 6 Jahren nicht das richtige Urtheil gewinnen. Herr v. Köller beruhe sich auf die öffentliche Meinung. Es gebe im Elsaß gar keine öffentliche Meinung. (Lebhafte Zustimmung links.) Es gebe nur eine Privatmeinung und von der habe Herr v. Köller nichts erfahren, zumal ja auch seine persönliche Art nicht geeignet war, zu intimen Herzengergüssen anzuregen. (Heiterkeit.) Preiß, Verein, Versammlungsfreiheit sei ja gleich Null! (Beifall links.)

Preussischer Minister des Innern v. Köller: Ich bin lange genug im Reichsland gewesen, um, wenn mir auch der Vordränger jedes Verhandlung abgesprochen hat, doch ein gewisses Verständnis für die dortigen Verhältnisse gewonnen zu haben. Wären diese Verhältnisse so und wäre das Land meine Heimath, ich hätte aus gewissen Rücksichten auf diese Heimath nicht so

von ihr gesprochen. (Stürmische Unterbrechung links.) Meine Informationen sind ganz andere wie die des Abg. Preiß, so ist ja wohl sein Name, aus Kolmar. Seine Ausführungen über die Diktatur können doch nur dem oder jenem gefallen, der von den Verhältnissen keine blasse Ahnung hat. Die Elsaß-Lothringischen Finanzen sind die besten im ganzen Deutschen Reich, das Land wird also sehr gut verwaltet. Ueber allen Beamten schwebt der Geist der Diktatur, heißt es. Im ganzen ist der Paragraph drei oder viermal angewendet worden. Während meiner ganzen Amtszeit habe ich erst nach 4 1/2 Jahren Gelegenheit gehabt, ihn mit einmal durchzuführen (Große Heiterkeit), nämlich als es sich darum handelte, die schädliche demoralisirende Elsaß-Lothringische Volks-Zeitung „tödt zu schlagen. (Anruhe bei den Sozialdemokraten.) Heute, die riefen: Vive la France! Vive la République! an der Grenze kraßlos zu lassen, ist nicht unbedenklich; für die Bestrafung sollte man den Richtern dankbar sein. Unerhört ist es, daß ein Abgeordneter in solchen Ausdrücken wie Herr Preiß über das Parlament seiner Heimath spricht. Ich würde so etwas nicht sagen, selbst wenn es wahr wäre (Große Heiterkeit); aber es ist nicht wahr. Ich kenne viele Parlamente in Deutschland; keines arbeitet sachgemäßer, ruhiger und leidenschaftloser als der Landesauschuß. Als fünfjähriger Unterstaatssekretär (Stürmische Heiterkeit) halte ich mich berechtigt, das hier zu erklären. Wir haben nicht erklärt, daß der Diktaturparagraph bloß noch gegen Ausländer angewendet werden soll, es ist gesagt worden, daß der Paragraph da sein muß, um Agitationen zu verhindern. Das ist ganz etwas anderes. Die von mir erlassene Meldeordnung hat Herr Preiß entweder nicht gelesen oder nicht verstanden; von Exilarbeit ist nicht die Rede. (Lachen links.) Gegen fremdländische Offiziere und Emigranten bestehen allerdings strengere Bestimmungen und ganz mit Recht. Das Volk Elsaß-Lothringens ist keineswegs politisch gleichgültig. Das hat sogar den Vortug vor anderen deutschen Stämmen, daß sie Ständemacher, Heher, Kräfeler und Agitatoren nicht sind. Es ist mir außerordentlich schwer geworden, von meiner dortigen Stelle wegzugehen. Herr Preiß sieht manches als Mißerfolg an, was ich nicht dafür halte. Wäre der Mißerfolg so groß, wären die Verhältnisse so ungünstig, würden Sie es dann verständlich finden, daß ich selbst dort Grundbesitzer geworden bin? Herr Preiß empfiehlt den Weg der Geduld. Er meint, die Regierung ginge roh, rücksichtslos, bureaukratisch vor. (Abg. Preiß: Ja wohl!) Es ist mein ernstes Bemühen gewesen, jede vorkommende Bureaukratie sofort todzuschlagen (Heiterkeit), und aus vielen Kreisen der Bevölkerung ist mir ausgesprochen, daß der Verkehr zwischen Beamten und Regierung als guter und normaler betrachtet wird. Ich glaube, ich kenne das Land besser als Herr Preiß. Häufig werden an die Beamten Ansuchen gestellt, die sie nicht erfüllen können, ohne die Würde ihres Amtes zu verletzen. Will jemand, wie in seinem früheren Vaterland durch Hinterthüren etwas erreichen, so wird er stets unsere Beamtenchaft gegen sich haben. (Beifall rechts.) Die Leute sind glücklich, zum Theil sehr glücklich (Heiterkeit), einem Reiche anzugehören, wo es ruhiger zugeht, als in ihrem früheren Heimathlande. Die Wahlstatistik erweist gegen mich garnichts. Ist denn Herr Preiß nicht mit bloß 42 Stimmen Mehrheit gewählt? Die Schlässe aus den Wahlsiftern sind ganz unrichtig. Straßburg ist nicht sozialdemokratisch, wenn auch Herr Bebel es vertritt. Unter 10 000 Wählern sind 5000 reichstreue, nationale Stimmen, 2000 sind katholisch, die übrigen 3000 sind sozialdemokratische. (Abg. Bebel: 6000!) Herr Bebel wurde erst in der Stichwahl gewählt. Die 6000 Stimmen, die er erhielt, sind doch nicht alle von Sozialdemokraten; so viel finden Sie da nicht. Sie können die ganze Stadt auf den Kopf stellen. Seine Wähler sind die Unzufriedenen, die sich überall finden, die sich auch hier im Reichstag nicht scheuen, Unzufriedenheit zu erregen. (Große Heiterkeit.) Die Uebertreibungen nügen dem Lande nicht. Wollen Sie ernstlich die Aufhebung der Diktaturparagraphen, so halten Sie nicht solche Reden, welche die Verhältnisse ganz falsch darstellen und zu Hause in der Heimath die Leidenschaften aufregen, während die Regierung bis jetzt mit Erfolg bemüht gewesen ist, Leidenschaften zu beschwichtigen und ein besseres Verhältniß anzubahnen. (Beifall rechts.)

Abg. Prinz von Hohenlohe (Sohn des Reichskanzlers, Vertreter von Hagenau-Weissenburg): Herr Guerber hat gestern behauptet, ich hätte in der Wahlkampagne gesagt, ich halte den Paragraphen für entbehrlich. Ich habe diese Aeußerung nicht gethan, wohl aber habe ich eine Revision der alten französischen Gesetze und die Zurückführung in normale Bahnen in absehbarer Zeit für wünschenswerth erachtet. Wie und wann das geschehen wird, hängt ganz von der Entwicklung nicht so sehr in den Reichslanden wie in Frankreich ab. Aus meiner Kenntnis der Verhältnisse kann ich nur vollständig das Zeugniß bestätigen, welches der Reichskanzler und der Staatssekretär der elsaßischen Bevölkerung ausgestellt haben. Aber in Frankreich ist die Idee der Revanche noch so lebendig, daß schwerlich an eine Aenderung der Bestimmungen über die Diktatur in der allernächsten Zeit zu denken sein wird. Uebrigens möchte ich gegenüber der dramatischen Schilderung der Herren Guerber, Colbus und Lieber betonen, daß die Bevölkerung selbst sich sehr wenig über die Aufhebung des Diktaturparagraphen aufregt; viel mehr am Herzen liegt ihr das materielle Wohlergehen. Beim Tabakmonopol, bei der Erhöhung des Hopfenzolls oder ähnlichen Gesprächsgegenständen erwartet sich der elsaßische Bauer, nicht aber beim Diktaturparagraphen. Die Herren sollten doch der Regierung dankbar sein, daß sie ihnen ein so wirksames Mittel für dramatische Schilderungen überläßt. (Lachen.) Abg. Bueb meinte, mit dem Diktaturparagraphen mache man keine Deutschen, aber Sozialdemokraten. Daraus ergibt sich bloß, daß deutsch und sozialdemokratisch zwei verschiedene Begriffe sind. In der Salomonaschrift: „Der Akademiker“, Organ für sozialistische Studenten, findet sich eine Stelle, die das ebenso unverblümt ausspricht. Ich bin ja nicht orientirt, was bei den nächsten Reichstags-Wahlen passiren wird, ob ich wiedergewählt werde. Aber wenn die Wähler auch wählen werden, keinen Sozialdemokraten werden sie wählen, dafür kenne ich die Bewohner dieses schönen Landstriches viel zu gut. (Beifall.)

Abg. Lengmann (freif. Bp.): Die Frage hat als Rechtsfrage eine allgemeine Bedeutung. Die einzelnen Parteien müssen also dazu Stellung nehmen. Ich habe schon 1885 für die Aufhebung plädirt. Es ist gestern auf das Zeugniß des Herrn von Stauffenberg für den Diktaturparagraphen Bezug genommen worden. Herr von Stauffenberg hat aber ausdrücklich die Aufrechterhaltung der Ausnahmeverfassung und des Diktaturparagraphen für verwerflich erklärt. Wenn ferner Herr von Puttkamer erklärte, der Antrag Cablo sei 1885 vor der zweiten Lesung zurückgezogen worden wegen seiner Unzulässigkeit, so ist das falsch, denn gerade die Inaussichtnahme einer vollständigen Revision der Verfassungsgesetzgebung veranlaßte Herrn Cablo, den Antrag zurückzugeben; sonst wäre der Antrag durch Zentrum und Linke angenommen. Andere Argumente als 1885 sind auch gestern nicht vorgebracht worden, obwohl seitdem zehn Jahre Weltgeschichte ins Land gegangen sind. Rechtlich wird das Reichsland anders behandelt als das übrige Deutschland. Diese Rechtsanomalie sollte nur vorübergehend sein; man glaube schon in zwei oder drei Jahren zu normalen Zuständen zurückkehren zu können. Die Beweislast liegt also

denen ob, welche den gegenwärtigen Zustand aufrecht erhalten und verwenden wollen. Stichhaltiges ist für diese Haltung nicht vorgebracht. Fürst Hohenlohe verwahrt sich dagegen, ein Tyrann gewesen zu sein; ist das ein Argument? Die Anwendung des Diktaturparagraphen gegen die Ausländer wird als notwendig erklärt, aber Rechenschaft ist uns darüber nicht abgelegt, ob die vorgelegten Willkürakte erfunden oder wahr sind. Die einzelnen Fälle beweisen, daß der Diktaturparagraph von den oberen und unteren Organen gehandhabt wird. Der Frankfurter Frieden ist der Ausgang des neuen Deutschen Reiches, aber eben deshalb müssen wir jetzt Maßregeln bekämpfen, die dazu dienen können, die Errungenschaften von 1870/71 wieder zu schädigen. Der Volksstamm der Reichslande ist durch und durch germanisch und darnach soll er behandelt werden wie die anderen Stämme des Deutschen Reiches. Den Chauvinisten in Frankreich kann kein größerer Gefallen geschehen, als durch die Befassung der Reichslande in diesem Zustande der Rechtsunsicherheit, der Rechtlosigkeit. Das mich veranlaßt, nicht in Russland zu wohnen, kann auch wohl einen Elsaßer veranlassen, nicht im Elsaß zu bleiben, wo er unter einer Diktatur steht und keinen Rechtsschutz hat. Der Diktaturparagraph ist allerdings schlimmer, als das Sozialistengesetz war. Selbst der Redner der Reichspartei hat gestern erklärt, daß das Provisorium nicht mehr nöthig sei, und angesichts der Einstimmigkeit aller Vertreter des Landes sollen wir das Fortbestehen der Diktatur billigen? Die Regierung ist parteiisch in diesem Streit, sie will ihre Macht erhalten und kann dabei nicht objektiv urtheilen. Die Vertreter Elsaß-Lothringens wollen keine Macht erlangen, sie kämpfen für das, was die Wähler wünschen und fordern. Wie viel Stimmen Bebel und Bueb bekommen haben, ist für die Entscheidung dieser Frage außerordentlich gleichgültig. Reichskanzler und Staatssekretär haben gestern lediglich den Absolutismus von vor 1848 glorifizirt; die Revolution müßte erst kommen, um die Staaten von dem sie lähmenden Absolutismus zu befreien. (Der Reichskanzler erscheint am Bundesrathstisch.) Der Weg der absoluten Gewalt muß verlassen werden. Herr v. Mantouffelle wurde ja in der richtigen Erkenntniß, daß Milde regieren müsse, hinausgeschickt. Leider hat man diese Erkenntniß nicht lange gehabt.

Abg. Böhlmann (Ap. Elsaß, Kreisdirector) erklärt sich im Prinzip mit dem Abg. Böffel für die Beseitigung des Diktaturparagraphen einzutreten, obgleich ihm das durch die agitatorische Rede des Abg. Preiß sehr erschwert worden sei. Die Bevölkerung sei in Wirklichkeit zufrieden mit dem gegenwärtigen Regiment, dafür mehrten sich von Jahr zu Jahr die Anzeichen. Ferner polemisiert Redner gegen die Ausführungen des Abg. Bebel, die nur beweisen, daß er den Verhältnissen des Landes so fern wie möglich stehe. Die Elsaßer haben ein Beschwerderecht gegen Maßnahmen der Verwaltungsbehörde und machen von diesem Rechte durchaus nicht wenig Gebrauch. Einzelne Schichten der Bevölkerung wünschen allerdings die Beseitigung des Diktaturparagraphen, die Mehrheit des Volkes lasse sich aber ihre Lebensfreude durch die Existenz dieses Paragraphen nicht beeinträchtigen; der Ausfall der Weinernte z. B. liegt ihnen mehr am Herzen. Fremde Journalisten, von denen Herr Bebel sprach, haben wir nicht zu fürchten. Sie werden bei uns keinen Zündstoff finden. Die Berichterstattung über die Verhältnisse des Landes basirt, wie die Rede Bebel's beweist, vielfach nicht auf eigener, persönlicher Erfahrung, sondern auf Zwiesgesprächen in Eisenbahnwagen. Die Behauptung des Abg. Guerber, daß die Verwaltungsbeamten im Elsaß die Bevölkerung chikaniren, muß ich als unermessen zurückweisen. Ich habe die feste Ueberzeugung, daß, wenn die Verhältnisse in Elsaß-Lothringen es irgend gehalten werden, die Reichsregierung diese immerhin unangenehmen Debatten im Landesausschuß oder hier im Reichstage nicht erst abwarten, sondern aus freier Entschliebung die Aufhebung des Diktaturparagraphen herbeiführen wird. Das Fehlen dieses Paragraphen wird reichlich aufgewogen werden durch die Treue und Unabhängigkeit der elsaßischen Bevölkerung. (Beifall.)

Abg. v. Kardorff (Bp.): Es wird niemand dem Vordränger verdenken, daß er für die Anträge eintritt. Auch in den Kreisen der konservativen Partei hat man mit Freuden vernommen, daß nach der Aeußerung des Reichskanzlers in dem Verhältnisse der elsaßischen Regierung und der Bevölkerung eigentlich keine Veranlassung vorhanden ist, den Diktaturparagraphen aufrecht zu erhalten. Daraus schließen die konservativen Redner für den Antrag, daß die Elsaß-Lothringer um so schneller Deutsche werden würden, wenn das Ausnahmegezet verschwunden sein würde. Dem steht aber die Erklärung der Regierung, die wir unterstützen wollen, gegenüber, daß sie nicht die Verantwortung übernehmen kann für die Aufhebung des Gesetzes. Das ist der Grund, weshalb wir gegen die Anträge stimmen, obwohl wir unfererseits den Wunsch hegen, daß die Zeit nicht fern sein möge, wo der Diktaturparagraph verschwinden wird. (Beifall rechts.)

Abg. Varré (fr. Bp.): Wenn der Diktaturparagraph nach der Meinung des Reichskanzlers nur noch eine theoretische Bedeutung hat, eine Art Warnungstafel oder Vogelstange gegen chauvinistische Exzesse ist, so fragt es sich, ob wir überhaupt einer solchen Vogelstange gegen Leute à la Déroulède bedürfen. Es läge im Interesse der Stabilisirung der Verhältnisse in Elsaß-Lothringen durch Aufhebung des Diktaturparagraphen dem Auslande zu zeigen, daß jene Gesellschaft gar nicht in der Lage ist, irgend welchen erheblichen Einfluß auf die Reichslande auszuüben und daß wir keiner Ausnahmemaßregeln mehr bedürfen. Im Auslande herrscht nicht entfernt die Meinung, daß Deutschland daran denkt, Elsaß-Lothringen an Frankreich heranzugeben. Ich halte es deshalb für das Beste, daß wir den Diktaturparagraphen einfach über Bord werfen.

Abg. v. Margnardsen (natl.): Die Regierung erklärt, wie bei früheren Verhandlungen, daß sie die Verantwortung nicht bezug auf die Verhältnisse dem Nachbarlande gegenüber nicht tragen könne für die Aufhebung des Diktaturparagraphen. Man kann sich der Besorgniß nicht entschlagen, daß in den Grenzverhältnissen allerlei wechselvolle Vorfälle sich ereignen können, bei denen es gut ist, eine scharfe Maßregel zu treffen, welche in dem gewöhnlichen Gesetze nicht zu finden ist. Solange die Regierung nicht auf ein Kampfmittel verzichten will, können wir für die Anträge nicht stimmen.

Damit schließt die Debatte. Das Schlußwort für den sozialdemokratischen Antrag erhält

Abg. Bebel (Soz.): Aus den bisherigen Verhandlungen kann festgestellt werden, daß sämtliche Abgeordnete aus Elsaß-Lothringen ohne Rücksicht auf ihre Parteistellung sich für die Aufhebung des Diktaturparagraphen ausgesprochen haben, und daß selbst der Abg. Prinz Hohenlohe gemeint hat, daß man allmählich dahin kommen müsse, den Paragraphen aufzuheben. Ferner ist zu konstatiren, daß die gesamte Presse mit Ausnahme der offiziellen Regierungsorgane die gleiche Auffassung gehabt habe, und daß es von den 1 1/2 Millionen Einwohnern Elsaß-Lothringens nicht einen gebe, der für die Fortdauer der Diktatur sein würde, wenn er um seine Meinung gefragt würde. Weiter ist zu konstatiren, daß im Gegensatz zu

der Zeit vor 10 Jahren, wo der Abg. Windthorst im Namen des Zentrums sprach und sich eine gewisse Notwendigkeit auflegte, auch diese stärkste Partei des Hauses als positiv und ausführlich ausgesprochen hat, daß man nicht mehr in der Lage sei, die Diktatur aufrecht zu erhalten. Der Reichskanzler, der Staatssekretär für Elsaß-Lothringen, der frühere Staatssekretär Herr v. Müller, der Abgeordnete Pöhlmann haben alle ohne Ausnahme übereinstimmend erklärt, daß die Verhältnisse und die Gesinnung der elassischen Bevölkerung solche seien, daß sie nicht dazu benutzt werden könnten, um die Aufrechterhaltung der Diktatur zu rechtfertigen. Wo sind denn nun die Gründe für die Aufrechterhaltung? Es sind einige angeführt, aber diese sprechen nicht für, sondern geradezu gegen die Aufrechterhaltung. Der Reichskanzler gab selbst zu, daß der Paragraph eigentlich nur noch eine theoretische Bedeutung habe, daß er nicht gegen die innere Bevölkerung gebraucht werden solle, daß er nur eine prophylaktische Maßregel sein soll. Um landesverräterische Bestrebungen aber fern zu halten, genügen vollständig unsere heutigen allgemeinen Strafgesetze.

Der Staatssekretär hat sich auf die association générale d'Alsace-Lorraine und auf die ligue patriotique berufen. Jeder Elsaß-Lothringer, jeder Deutsche, der diesen Vereinigungen angehöre, kann schon auf Grund des Reichs-Strafgesetzbuchs wegen Hoch- und Landesverrats unter Anklage gestellt werden. Die Landesregierung kann auf Grund der allgemeinen Gesetzgebung Landstrafen, Freiheitsentzug aller Art, die die Ruhe und Sicherheit zu gefährden scheinen, verbieten, und denjenigen, der solchen Schriften Eingang zu verschaffen sucht, bestrafen. Ein Wort des Reichskanzlers hat mir besonders gefallen. Er sagt, es liegt etwas Peinliches in der Diktatur. Das glaube ich. Kein anständiger Mann wird sich in Verhältnissen wohl fühlen, die ihm eine solche Verantwortlichkeit auferlegen; jedem anständigen Mann sind solche Dinge auf die Dauer unangenehm. Man hat mir Uebertreibungen in meinen Schilderungen vorgeworfen. Das ist Unsichtssache; was dem einen harmlos und unbedeutend erscheint, findet der andere schon bedenklich. Ich verstehe es, daß Herr Pöhlmann in seiner Privatstellung ganz andere Anschauungen hat. Die Polizei in Elsaß-Lothringen bemüht sich mit den Aufenhalten dort so unangenehm wie möglich zu machen. Als wir anlässlich der Reichstagswahlen 1893 nach vielen Bemühungen draußen vor Straßburg endlich eine Scheune zur Abhaltung einer Wahlversammlung erhalten hatten, verbot die Polizei mit einem Male die Versammlung aus „baupolizeilichen Gründen“. Gleichzeitig wurden dem Inhaber der Scheune so bedenkliche Andeutungen, daß wir auch freiwillig verzichtet hätten.

Man sagt, der Paragraph sei nicht oft angewendet worden; er braucht auch gar nicht angewendet zu werden, es genügt, daß er überhaupt besteht und angewendet werden kann. Man sagt ferner, der Paragraph sei nie gemißbraucht worden. Die Diktatur kann auch gar nicht gemißbraucht werden, das ist eine contradictio in adjecto, denn er bedeutet schon die absolute Willkür. Man kann nach ihm thun, was im öffentlichen Interesse notwendig erscheint; das ist ein weitgehender und dehnbarer Begriff.

Der Staatssekretär bezeichnete meine Äußerungen als Kriminalismus. Ist es Kriminalismus, wenn man 8, 9 Zeitungen unterdrückt, wenn man die Existenz von Bürgern bedroht, wenn man grundlos Versammlungen auflöst? Die Meinung, daß das Kriminalismus sei, beweist, daß diese Zustände, ohne daß die Herren es selber empfinden, bereits auf ihr ganzes Denken und Fühlen lorrumpirend gewirkt haben. (Sehr richtig! links.) Daher hat sich der Staatssekretär auch solche Worte herausgenommen, wie er gestern sprach. Wäre er an eine kritische Volksvertretung gewöhnt, so hätte er sich diesen Ton nicht herausgenommen. (Sehr richtig! links.) Er spielte ja die Rolle des Schullehrers, der zum Schluß nach sagt: Wenn Du deinen Mund weiter so aufhust, so werde ich Dir zeigen, wie ich meine Macht gebrauchen kann. (Weißt links.) Der Staatssekretär rechtfertigt die Zustände in Elsaß-Lothringen mit den ähnlichen Bestimmungen in Württemberg und Frankreich. Wollte aber die württembergische oder französische Regierung so regieren wie unsere Regierung in Elsaß-Lothringen, so würde nur eine Stimme der Entrüstung durch das ganze Land gehen, und in Frankreich bliebe ein solches Ministerium nicht 24 Stunden im Amt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichskanzler hat sich nach meinen Darlegungen gefragt, ob er denn 9 Jahre lang Tyrann gewesen sei. Ja, in objektiverem Sinne ist er in seiner Stellung als Statthalter allerdings ein Tyrann gewesen, darüber kann kein Zweifel sein (Bewegung), und wenn er nicht mehr tyrannisiert hat, so lag das mehr an seinem guten Herzen. (Weiterkeit.)

Der „Offenburger Volksfreund“ soll schon viel zäher geworden sein, seine Artikel sollen die „reine Limonade“ gegen früher sein. Ja, weil eben die Diktatur herrscht, sagte sich der Verleger: Du mußt furchtbar vorsichtig sein, sonst erleidest du einen schweren materiellen Schaden. Da kommt denn aus der Feder des Redakteurs heraus, was als „reine Limonade“ bezeichnet wird. Ich bestreite garnicht, daß bei den Wahlen alle für uns abgegebenen Stimmen nicht rein sozialdemokratisch sind; manche Wähler sagen sich: Wir wollen lieber das kleine Uebel. In Straßburg haben sie mich für das kleinere Uebel angesehen, als den Nationalliberalen (Weiterkeit), weil diese für sämtliche reaktionäre Ausnahmengesetze u. s. w. sind. Unter der Diktatur-Verhältnissen wären die Leute ja große Thoren, wenn sie einen wählen, der ihnen noch die schöne Bescheinigung der Umsturz-Vorlage brächte. Bei der ersten Wahl 1893 bekam ich in Straßburg 6290 Stimmen (Zuruf des Ministers v. Müller) — allerdings bin ich in der Stichwahl mit Hilfe der Protestler gewählt, aber Müller-Simonis war ein eigener Kandidat der Protestler, auch meinetwegen der Katholiken — das läuft ja da mehr oder weniger durcheinander (Weiterkeit) — aber bei der ersten Wahl hatte ich die 6200 Stimmen. Der Staatssekretär meint, man könne ganz Straßburg auf den Kopf stellen — ein schöner Auklud! (Weiterkeit) — und es lämen keine 6200 Sozialdemokraten heraus. Ich will auch nicht behaupten, daß diese 6200 eigentlichen Sozialdemokraten sind. Aber bei anderen Gelegenheiten, wo es sich um die Verlängerung eines Ausnahmengesetzes, um die Begründung der Umsturzvorlage u. dergleichen, wird immer auf das Wachstum der sozialdemokratischen Stimmen hingewiesen, dann werden die für Sozialdemokraten abgegebenen Stimmen als lauter sozialdemokratische bezeichnet. Wir nehmen diese Leute alle für uns in Anspruch, und wenn es zur Auflösung des Reichstages kommen sollte, hoffe ich ohne Hilfe der Protestler schon im ersten Wahlgang gewählt zu werden.

Herr v. Müller sagte, er würde sich hüten, sein eigenes Landesparlament in ein so schlechtes Licht zu stellen, wie es der Abg. Preiß gethan. Warum nicht? In der preussischen Konfliktzeit, 1893, erschien hier eine Deputation aus Grünberg-Freistadt, welche das höchste Bedauern darüber ausdrückte, daß die große Mehrheit des preussischen Parlaments aus Männern bestehe, die auf den Umsturz alles Bestehenden hinarbeiteten und auf die Zugrunderichtung von Familie und Ehe (Große Heiterkeit links) und alles Heilige zerstörten, was ihnen als guten preussischen Patrioten theuer sei. Das waren Gesinnungs-genossen des Herrn v. Müller, und ich bin überzeugt, daß er selber in seiner bekannten drastischen Weise über ein Parlament, das ihm nicht gefiele, ebenso absprechend urtheile, wie seinerseits der Abg. Preiß.

Wenn nach Herrn v. Müller die Elässler von Agitatoren und Fegern nichts wissen wollen, warum denn die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes? Es ist charakteristisch, daß der Prinz zu Hohenlohe den Bewohnern der Reichsländer kein höheres Interesse als die Sorge um den Tabak- und Hopfenpreis einräumt. Wir Sozialdemokraten sind die letzten, die befreiten, daß die materiellen Interessen von entscheidender Be-

deutung sind und daß eine Bevölkerung, die in dieser Beziehung zufriedengestellt ist, der Regierung manches durch die Finger läßt. Aber daraus den Schluß zu ziehen, den der Prinz gezogen hat, scheint mir etwas stark zu sein und es wäre eigentlich Sache des Herrn v. Müller gewesen, diese Äußerung, welche die große Mehrheit der elassischen Bevölkerung als eine rein materialistische hinstellt, zu revidieren. Der Prinz Hohenlohe erblickte in den Schlußworten Bueb's ein schweres Vergehen gegen den Patriotismus. Bueb sagte: Deutsche in dem Sinne, wie Sie, die Herren auf jener Seite, es sich wünschen, werden wir niemals werden. Die Ausführungen des Prinzen Hohenlohe haben mich insofern überrascht, als nach meiner Kenntnis der Verhältnisse es keine Familie giebt, die einen so stark internationalen Charakter hat, wie die Familie Hohenlohe. (Sehr gut! links.) Sie besitzt Güter in Württemberg, Bayern, Sachsen-Weimar, Preußen (Zuruf: In Oesterreich!) und sie muß also neben ihrem deutschen Patriotismus auch einen speziellen württembergischen, bayerischen u. s. w. Patriotismus haben. Ein Mitglied der Familie ist römischer Kardinal, ein anderer höchster Beamter in österreichischen Diensten; die Familie hat außerdem ungeheure Besitzungen in Rußland. Eine in dieser Weise auf internationaler Basis begründete Familie dürfte kaum diesen engherzigen patriotischen Standpunkt in Wirklichkeit einnehmen, wie es nach den Ausführungen des Prinzen Hohenlohe wenigstens der Fall zu sein scheint. Er versicherte, seinen Wahlkreis Hagenau-Weisburg viel zu gut zu kennen, als daß diese Bevölkerung für einen Sozialdemokraten stimmen würde. Gewiß. Aber jedenfalls nicht dem Herrn Prinzen Hohenlohe zu Gefallen, sondern einfach aus dem Grunde, weil dieser Wahlkreis vorzugsweise ein kleinbürgerlicher und kleinbäuerlicher ist. (Weiterkeit rechts.) Ihr Vachen beweist nur einmal wieder, wie wenig Sie sich um die Sozialdemokratie kümmern. Sie mühten wissen, daß gewisse Konstruktionen unserer gesellschaftlichen Verhältnisse allerdings vorläufig noch einen gewissen Damm der Verbreitung der Sozialdemokratie entgegenstehen. (Hört, hört! rechts. Bravo!) Es freut mich, ausnahmsweise einmal den Herren rechts etwas Angenehmes sagen zu können und ich hoffe nur, daß Sie künftig objektiver über uns denken werden.

Eigentlich haben sich nur zwei Redner gegen die Anträge erklärt, die Herren von Karbors und v. Morquardsen, aber auch sie nur deshalb, weil auch die Regierung nicht ja sage. Dieser Grund dürfte bei ihren Wählern kaum durchschlagen; indessen darüber mögen sich die Herren mit ihren Wählern auseinandersetzen. Fest steht nach meiner Auffassung, daß auch nicht der Schatten eines Grundes dafür erbracht ist, daß die Diktatur aufrecht erhalten werden müßte! Darum nieder mit der Diktatur! Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Als Antragsteller für den elassischen Antrag nimmt Abg. Simonis das Wort, er dankt namentlich dem Zentrum dafür, daß es immer für die Interessen Elsaß-Lothringens eingetreten ist. Redner schildert dann, wie durch die Diktatur das Entstehen von Zeitungen von vornherein verhindert wäre und wie verschiedene Zeitungen kurzer Hand unterdrückt wurden. Man habe das Land belastet, um die Armees zu vermehren. Wenn die Armees einen Werth habe, dann brauche man zum Schutze gegen das Ausland nicht solche Diktaturbestimmungen. Die sich immer mehr ausdehnende Rede wird schließlich von lebhaften Schlußrufen der sehr unruhigen Versammlung mehrfach unterbrochen, worauf der Redner aber keine Rücksicht nimmt.

Damit schließt die erste Sitzung; eine Kommissionsberatung ist nicht beantragt, die zweite Sitzung wird später erfolgen. Schluß 6 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Fortsetzung der ersten Sitzung der Gewerbeordnungs-Anträge.)

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission nahm am Donnerstag, nachdem am Mittwoch eine Subkommission die Nachweisung über die Einführung der Dienstalterszulagen für die Post- und Telegraphenverwaltung einer sehr eingehenden Prüfung unterzogen hat, den Bericht dieser Subkommission entgegen. Der Abg. Müller beantragte vorbehaltlich einiger Veränderungen die Genehmigung der von der Regierung vorgelegten Nachweisung. Die Veränderungen beziehen sich darauf, daß die Beamten einiger Kategorien sich gegen das frühere System in ihren Bezügen verschlechtern, eine Konsequenz, welche der Reichstag mit der Einführung des Dienstalterszulagen-Systems nicht verbunden wissen will.

Die Subkommission hatte auf Anregung des Abg. Müller eine Resolution vorgeschlagen, nach welcher die Beamten der Klassen 28, 34 und 37, welche durch die Umwandlung des Zulagen-Systems geschädigt werden, durch entsprechende Gehaltserhöhung entschädigt werden sollen. Außerdem war in der Subkommission auf Anregung der Abg. Singer und Müller, Gulda beschloffen worden, um die Landbriefträger, welche früher in 12 Jahren und jetzt in 21 Jahren das Höchstgehalt von 900 M. erreichen zu entschädigen, das Höchstgehalt auf 1000 M. heraufzusetzen. An das Referat über die Vorschläge der Subkommission knüpfte sich eine längere Diskussion im Plenum der Kommission. Es wurde beantragt, die Regierung zu ersuchen, bei Eintritt besserer Finanzlage, den durch das Altersdienstaufgaben-System geschädigten Beamtenkategorien der Postverwaltung entsprechende Gehaltserhöhungen zu gewähren, das Höchstgehalt der Landbriefträger jedoch schon in dem diesmahligen Etat auf 1000 M. zu erhöhen. Gegen letzteren Vorschlag wandte sich der Vertreter des Reichshausamtes, der es als ganz ungewöhnlich bezeichnete, daß der Reichstag aus eigener Initiative Gehaltserhöhungen beschließen solle und außerdem auf die Konsequenzen hinwies, die hieraus in anderen Verwaltungen sich geltend machen würden. Namentlich kämen die Eisenbahnwärter der preussischen Verwaltung in Frage, weil diese etwa gleiche Stellung und gleiches Einkommen wie die Landbriefträger hätten. Abg. Singer betonte, daß der Reichstag gegenüber seinem Willen, keinen Beamten durch die Einführung der Dienstalterszulagen zu schädigen, nicht warten dürfe, bis eine Besserung der finanziellen Lage des Reiches eingetreten sei, sondern daß die aus Anlaß der Dienstalterszulagen notwendig werdenden Aufbesserungen unabhängig von Erwägungen der finanziellen Lage sofort eintreten müßten. Die Beamten hätten einen Rechtsanspruch darauf, nicht schlechter als früher bezahlt zu werden. Singer beantragt, die Worte „bei Eintritt besserer Finanzlage“ in der Resolution zu streichen. Die Erhöhung des Höchstgehalts der Landbriefträger betreffend, bekämpfte Redner die Ansicht des Unterstaatssekretärs Nischenborn, weil es unter keinen Umständen bewilligt werden könne, daß diese Beamten 21 Jahre auf das Höchstgehalt von 900 M. warten sollen. Ein Einkommen, welches selbst vom Staat steuerfrei gelassen, also als ein Existenzminimum betrachtet werde, dürfe nicht erst in 21 Jahren eintreten. Die Erhöhung des Höchstgehaltes auf 1000 M. ermöglicht es, daß die Landbriefträger wie bisher nach etwa 12 Jahren 900 M. beziehen und sich den Rest der Dienstzeit im Genuß der Zulage befinden. Wenn die Annahme des Antrages zu Konsequenzen bei den Eisenbahnwärtern in Preußen führe, so sei dies kein Unglück. Preußen werde nicht zu Grunde gehen, wenn es den Eisenbahnwärtern ein Höchstgehalt von 1000 M. bewillige. Hier sei man jetzt beim Reichsetat und da dürfe den am niedrigsten besoldeten Beamten, den Landbriefträgern, kein auch noch so kleiner Schaden durch die Einführung des Dienstalters-Systems, welches der Redner prinzipiell befürwortet, zugefügt werden. Diesen Ausführungen schlossen sich Müller (Gulda) und Müller (Sagan) an, während Dr. Hamacher und der Referent Müller (Dortmund) auch in bezug auf die Landbriefträger den

Weg der Aufforderung durch Resolution wünsch. Bei der Abstimmung wurde der Antrag Singer-Müller (Gulda) mit 13 Stimmen (Zentrum, Freisinn und Sozialdemokraten) gegen 12 Stimmen (Konservative und Nationalliberale) angenommen und somit das Höchstgehalt der Landbriefträger schon im vorliegenden Etat auf 1000 Mark festgesetzt. In bezug auf die übrigen Beamten der Postverwaltung wurde eine von Müller (Sagan) formulierte Resolution angenommen, durch welche der Reichskanzler ersucht wird, im nächsten Etat die Gehälter derjenigen Beamten der Postverwaltung, die durch das Dienstalters-System geschädigt werden, entsprechend zu erhöhen. Vorher war noch konstatiert worden, daß in allen Beamtenkategorien die über fünf Jahre betragende diätetische Verschärfung als etatsmäßige Dienstzeit angerechnet wird. Nach oben angeführten Beschlüssen wurde nunmehr die Nachweisung der Dienstalterszulagen in ihren einzelnen Theilen genehmigt.

Im Verlaufe der weiteren Verhandlungen wurde auf Anfrage Singer's von der Postverwaltung mitgeteilt, daß diejenige Unterbeamten, welche Ortszulagen erhalten, bis zur Erreichung des Höchstgehalts, also in 21 Jahren die Dienstzeit in den vollen Genuß sämtlicher Kompetenzen gelangen.

Bei dem Titel „Stellenzulagen“ wird von Babel die Ansicht vertreten, daß dieses System Anlaß zur Unzufriedenheit gebe. Das System der Ortszulagen sei richtiger. Direktor Fischer meint, daß bei den Stellenzulagen nur nach Maßgabe streng objektiver Grundsätze verfahren werde. Die Kommission geht zur Berathung der Nebenbauten über, muß indeß der vorgerückten Zeit wegen die Diskussion über die Erwerbung eines Bauplatzes für ein Dienstgebäude in Mey abbrechen.

Nächste Sitzung Freitag Vormittag.

In der Justizgesetzkommision wurde am Donnerstag zunächst des längeren über den Antrag des Zentrumlers Schmidt (Warburg) verhandelt. Der Antrag bezweckte, für die sämtlichen Vergehen der Beleidigung (§ 185 u. s. f.) ausnahmslos die Schöffengerichte zuständig zu erklären; namentlich in Rücksicht auf die Preßvergehen, um den Richterstand gegenüber dem Vorwurfe parteipolitischer Befangenheit zu schützen. Dem Antrage wurde von verschiedenen Seiten entgegen getreten. Unter anderem wurde von dem Nationalliberalen Pieschel bemerkt, er habe gelegentlich von Singer die Äußerung vernommen: bei Anklagen wegen Preßvergehen könne man mehr Vertrauen zu den Berufsrichtern, als zu den Schöffen haben. Genosse Vollmar erklärte, nach seiner Ansicht gehöre alles, was irgend einen politischen Anstrich habe, nicht vor den Berufsrichter. Man ersehe das an dem Verhalten der Herren Juristen im Reichstag, welche ungeachtet ihres gewiß vorhandenen guten Willens, sich nicht von der Parteilichkeit frei machen könnten. Trotzdem komme er zur Ablehnung des Antrages Schmidt (Warb.), weil er die Organisation der Schöffengerichte für zu mangelhaft halte und deshalb die Schwurgerichte für die Preßvergehen als zuständig bestimmt wissen wolle, wie es in Bayern bereits der Fall sei. Der deutsch-freisinnige Wedd beantragte, alle Beleidigungsklagen mit Ausnahme die betrefte § 196 des Straf-Gesetzbuchs (Beamtenebeleidigung) dem Schöffengericht zu unterstellen, damit für diese Anklagen dem Reichsgericht und nicht den Oberlandesgerichten die Revision zustiehe, weil ersteres das rechtlich sicherer sei. Der freisinnige Volksparteiler Benzmann erklärte sich gegen beide Anträge. Nachdem noch der Regierungsvertreter Geh. Rath Eulke wiederholt die Ansicht ausgesprochen hatte, die Regierung werde dem Vorschlage des Abgeordneten Schmidt (Warb.) nicht zustimmen, zog letztgenannter seinen Antrag zurück. Genosse Vollmar wies noch besonders darauf hin, daß durch die Zuständigkeit der Schöffengerichte die Beweisführung in Preßprozessen beschränkt würde, indem das Schöffengericht nach eigenem Ermessen die Beweisaufnahme zu bestimmen habe. In den Preßprozessen betrefte der Fuchsmäher Vorgänge habe man bekanntlich die Anklage auf Grund des groben Unfugparagrafen eingeleitet, wodurch das Schöffengericht zuständig wurde. Bei diesen Verhandlungen habe das Gericht einen Zeugen nicht vernommen, der 17 Wajonnettsche erhalten hatte. Vollmar schloß sich noch dem Wunsch des Abg. Wedd an, die Regierung möge Aufschluß geben, ob der § 6 des Einführungsgesetzes zur Gerichtsverfassung, auf Grund dessen in Bayern u. s. w. die Schwurgerichte für Preßprozesse zuständig sind, durch den vorliegenden Entwurf nicht gefährdet werde. Wie es scheint, sei kein Vertreter der bayerischen Regierung zugegen. Der Staatssekretär Nieberding erklärte dagegen, es sei allerdings ein bayerischer Regierungsvertreter zugegen; aber es könne sich für die einzelnen Vertreter nicht darum handeln, die speziellen Ansichten ihrer Regierungen in der Kommission darzulegen; sie hätten vielmehr die Vorlage der verbündeten Regierungen geschlossen zu begründen und zu verteidigen. Erst nach dem Wedd nochmals bemerkt hatte, daß die Frage, ob das betreffende Reservoir Bayerns nicht bedroht werde, noch immer nicht beantwortet sei, und Vollmar erklärte, es habe jeder Regierungsvertreter das Recht, auch die abweichende Meinung seiner Regierung zu äußern; wenn man die gestellte Frage nicht beantwortet, dann sei der Verdacht berechtigt, es handle sich hier nur um eine preussische Vorlage und ebenso sei zu befürchten, daß man das betreffende Reservoir Bayerns in der Verfertigung verschwinden lassen wolle, erst dann versicherte der Staatssekretär Nieberding, es werde diese bayerische Bestimmung nicht angefaßt durch den vorliegenden Entwurf.

Die Ziff. 4 (Beleidigung bei Privatklage), Ziff. 5 (Körperverletzung bei Antragsfällen), Ziff. 6 (Bedrohung im Falle § 241 Str.-G.-B.) werden nach der Regierungsvorlage angenommen. Desgleichen Ziff. 7 (Diebstahl § 242 des Str.-G.-B. bis zum Werth von einhundert Mark); Ziff. 8 (Unterdrückung § 248 des Str.-G.-B. bis zu einhundert Mark); Ziff. 9 (Betrug § 263 des Str.-G.-B. bis zu einhundert Mark); und Ziff. 11 (Sachbeschädigung § 303 bis einhundert Mark).

Zu Ziffer 10 (betreffend Vergehen des strafbaren Eigen-nuges) beantragte Mollenbuhr § 298 Str.-G.-B. nicht den Schöffengerichten zu unterstellen. § 298 lautet: „Ein Schiffsmann, welcher mit der Feuer entläßt, oder sich verborgen hält, um sich übernommener Dienste zu entziehen, wird ohne Unterschied, ob das Vergehen im Inlande oder im Auslande begangen worden ist, mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft.“ Der Antrag Mollenbuhr wurde mit 12 gegen 6 Stimmen abgelehnt.

Es wurde sodann die Berathung über § 75 vorgenommen, welcher die Fälle bezeichnet, die an das Schöffengericht verwiesen werden können.

Nach Ziffer 5 soll in Fällen der Fahrlässigkeit in Verursachen oder Antzpflicht § 280 Abs. 2 Str.-G.-B. die Verhandlung dem Schöffengericht überwiegen werden können. Der freisinnige Schröder und ebenso Benzmann sprachen sich entschieden gegen die Neuerung aus, da es sich häufig um Bau-Unfälle und Unfälle im Fabrikbetriebe handle, wobei die Schöffen leicht den Interessen angehören könnten; außerdem sei hier die Gefahr drohend, daß die Beweisaufnahme beschränkt werde. Ziffer 5 wurde mit 10 gegen 8 Stimmen angenommen; Ziffer 6, (betr. Mithigung § 240 des Str.-G.-B.) mit 9 gegen 6 Stimmen abgelehnt.

Zu Ziffer 12 (betreffend die Fälle des strafbaren Eigen-nuges) beantragte Genosse Mollenbuhr, die Fälle des § 289 nicht für überweisbar zu erklären. Der betreffende Strafparagraf betrifft die Entziehung eines Pfandgegenstandes oder Gegenstände, die ein Wohnungsvormiether wegen Nichtzahlung der Mithie zurückbehält. Mollenbuhr bemerkte, daß zwar in Preußen das Rückbehaltungsrecht des Vermiethers nicht mehr bestehe; aber in einzelnen Bundesstaaten beständen noch solche Bestimmungen. Es sei nicht zu empfehlen, das Urtheil den Schöffen in solchen Fällen zu überlassen, da dieselben meist Hausbesitzer seien. Die Ziffer 12 ebenso 15 wurden nach der Re-

nierungsvorlage unter Ablehnung des Antrags
Rollenbühre angenommen.

Es wurde sodann § 73, in welchem die Zuständigkeit der
Strafkammern neu bestimmt werden soll, vorgenommen.
Rundel erklärte, daß er bezüglich Verweisung der Preßprozeße
vor die Schwurgerichte einen Antrag einbringen werde. Hieraus
wurde die Weiterberatung auf nächsten Dienstag vertagt.

Die Wahlprüfungs-Kommission prüfte in ihrer letzten
Sitzung die Ergebnisse der Erhebungen über die Wahl des Ab-
geordneten Dr. Böttcher, Fürstentum Waldeck. Böttcher war
bei der letzten Wahl mit knapper Mehrheit gewählt und gegen
seine Wahl lag ein antisemitischer Protest vor, der besonders
rührte, daß nach Abschluß der Wahlen noch Wähler in die-
selben eingetragenen wurden. Diese Angabe wurde auch in zwei
Fällen durch die Erhebungen bestätigt. Herr Böttcher ist mit
zwei Stimmen Majorität gewählt; diese zwei Stimmen mußten
aber infolge der Erhebungen gestrichen werden. Es bleiben dem
Abgeordneten also genau nur so viel Stimmen, als er zur
Majorität braucht, eine Stimme weniger, und die Wahl hätte
laßig werden müssen.

Politaris-Novelle-Kommission. In der 1. Sitzung der
VII. Kommission (Politaris-Novelle) am Donnerstag, den
31. Januar, wurde Genosse Herbert zum Schriftführer ge-
wählt und zugleich in die Beratung der einzelnen Positionen
eingetreten. Die Vorlage verlangt eine Erhöhung des Polls für
Parfümerie-Mehrer; der Staatssekretär v. Posadowsky sagte zu,
daß die Rückvergütung beim Export aus Grund der Buch-
kontrolle bei den Fabrikanten statthaben würde und infolge
dessen eine Schädigung der Industrie nicht zu fürchten ist,
andererseits wird, da die Brantweinsteuer erhöht ist, die in-
ländische Industrie durch die Konkurrenz der ausländischen bei
dem niedrigen Pollsatz geschädigt. Die Vorlage wurde einstimmig
angenommen.

Bei der Beratung der Position Holz beantragte Abg.
Bundberg den bisherigen Bezug zollfreien Holzes für die
Grenzbevölkerung. Der Abg. v. Stumm meinte bei dieser Ge-
legenheit, man müsse nach dem Grundsatz „Gleiches Recht für
alle“ die bisherigen Privilegien allmählich beseitigen. Wenn sich das
Herr v. Stumm doch auch bei anderen Gelegenheiten merken
wollte! Die Abstimmung wurde bis zur nächsten Sitzung aus-
gesetzt. Bei der auf 8. März vorgeschlagenen Zollerhöhung wies
namentlich Abg. Wurm darauf hin, daß durch die
vorgeschlagene Maßregel die Lebzucht-Industrie, besonders Nürn-
bergs, sehr geschädigt werde. Der Poll für Honig in Waben
wurde mit 11 gegen 4 Stimmen angenommen, der Poll auf
anderen, auch künstlichen Honig, wurde mit 8 gegen 8 Stimmen
abgelehnt. Da fünf Mitglieder fehlten, soll noch eine zweite
Sitzung in der Kommission vorgenommen werden.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Öffentliche Sitzung vom Donnerstag, den
31. Januar 1895, nachm. 5 Uhr.

Der Vorsitzende verliest den kaiserlichen Erlaß an die Kom-
munalbehörden, durch welchen von der beabsichtigten Errichtung
von Statuen der sämtlichen markgräflichen, kurfürstlichen und
königlichen Herrscher in der Siegesallee Mitteilung gemacht
wird. In geheimer Sitzung wird die Versammlung über den
Entwurf eines Dankschreibens beider städtischen Behörden an den
Kaiser aus Anlaß dieses Erlasses beraten.

Bei der Wahl eines Bürgerdeputierten in die Schul-
deputation werden 101 Stimmzettel abgegeben. Die Wahl
fällt auf den Kaufmann Schulte, Hindersinck 2, der 57 Stim-
men erhält, Lehrer Galle erhält 31 Stimmen, 11 zerstreuten,
2 sind unbeschrieben.

Darauf wird die Wahl eines besoldeten Stadt-
raths vorgenommen. Im ersten Wahlgang werden 114 Stimm-
zettel abgegeben, 3 davon sind unbeschrieben. Von den 111
gültigen Stimmen fallen auf den Stadtrath Wilde-Bromberg
68, auf den Bürgermeister Hopp 41, Hinderburg 41, den Vize-
freund 17. Es hat eine zweite Wahlgang stattzufinden, bei
welchem nach der Städte-Ordnung alle drei Kandidaten kon-
kurrieren.

Das Ergebnis ist folgendes:

Wilde 68, Hopp 41, Freund 5 Stimmen. Der Stadt-
rath und Abgeordnete Wilde in Bromberg ist mithin zum
besoldeten Stadtrath auf zwölf Jahre gewählt.

Von dem Jahresabschluß der Stadt-Haupt-
kasse für das Etatsjahr 1893/94 nimmt die Versammlung
Kenntnis. Der Ueberschuß dieses Jahres, der in der Haupt-
sache dem Etat für 1893/94 zu gute kommen wird, beläuft sich auf
2 272 497 M., 2 Millionen weniger als der des Vorjahres. Der
Abschluß von Leuchtgas ist um 7 Millionen Kubikmeter gestiegen,
der von Gas für gewerbliche Zwecke um 1 Million Kubikmeter
gestiegen.

Die Skizze zum Neubau eines Siedenhauses auf
dem hinter dem bestehenden Siedenhaus in der Grobstraße be-
legenen freien Terrain (Kostenüberschlag 800 000 M.) wird mit
der Maßgabe genehmigt, daß das neue Gebäude statt zwei Ge-
schosse deren drei erhalten, der Mittelbau entsprechend erhöht
werden und in letzterem die Anlage von Fahrstühlen er-
folgen soll.

Zu der Uebersicht, welche der Magistrat in betreff des Ab-
und Zuges der Gemeinde-Schulkinder in der
Zeit vom 1. November 1890 bis 1. November 1894, nach Schul-
kommissions-Berichten geordnet, hat herstellen lassen, beantragt
und befürwortet Stadtr. Mattern, einen Ausschuß nieder-
zusetzen, der untersuchen soll, ob nicht Angehörige der starken Ab-
nahme der Frequenz in den Schulen von 98 Schulkommis-
sions-Bezirken — denen eine Zunahme nur in 75 Bezirken gegenüber-
steht — durch Umschulungen ein Ausgleich geschaffen werden
kann, der zugleich die Stadt von den hohen Kosten der Erbauung
neuer Schulen für die nächste Zeit befreien würde.

Stadtr. Singer: Ich werde nicht gegen den Antrag
stimmen, weil ich es für sehr zweckmäßig halte, daß ein solcher
Ausschuß niedergesetzt wird, in dem eine Reihe anderweitiger Miß-
stände zur Sprache gebracht werden können, die unser Gemein-
deschulwesen betreffen; aber ich vermahne mich ausdrücklich gegen
die Begründung, die Herr Mattern seinem Antrag gegeben hat.
Mich schreckt der Bau neuer Gemeindegemeinden durchaus nicht ab
(Zurufe); wenn nach dieser Richtung dem Bedürfnis entsprechend
vom Magistrat Vorlagen gemacht werden, wird sich in
dieser Versammlung, wie ich überzeugt bin, keine
Möglichkeit finden, die sie ablehnt. Es sind Mißstände
anderer Art, mit denen sich dieser Ausschuß beschäftigen
muß, die in weiten Kreisen schwer empfunden werden und noch
schlimmer werden würden, wenn man den Intentionen des Antrag-
stellers nachgibt. Die fortwährenden Umschulungen, die Ueber-
weisungen von Kindern aus entfernten Stadtteilen an Schulen
im Zentrum und umgekehrt, gehören dahin. Der Uebelstand,
daß man, um neue Schulen zu ersparen, bestehende Schulen für
einen weiten Umkreis der Bevölkerung einrichtet, die Eltern
zwingt, ihre Kinder ohne Rücksicht weite Wege zu schenken, würde
unstreitig noch gesteigert werden, wenn man aus Sparhamkeits-
gründen die vorhandenen Schulen vollstopfen wollte. Ich
mache ferner aufmerksam darauf, daß wir seit Jahren bemüht
sind, in der Schulerwaltung die Auffassung zum Durchbruch
zu bringen, daß Ueberfüllung der Schulen vermieden wird, daß
wir gerade aus hygienischen Rücksichten die Vermehrung
der Schulen anstreben. Weiter besteht der Mißstand der
fliegenden Klassen. Wir sind noch immer nicht so weit, daß wir
alle Kinder in eigenen städtischen Schulgebäuden unterrichten
lassen können; noch immer sind sie zum Teil in Miethe-
wohnungen untergebracht, ein sehr unerwünschter Zustand. Hätte

ich von dem Antrage vorher Kenntnis gehabt, so wäre das von
mir in dieser Beziehung zur Staatsberatung gesammelte Material
zur Stelle gewesen. Aus allen diesen Gründen, nicht aus den
Motiven des Herrn Mattern bin ich für seinen Antrag.

Die Vorlage geht an einen Ausschuß von 15 Mitgliedern.
Der Bankier James Saloschin, Thiergartenstr. 20, hat
anläßlich des Todes seiner Ehefrau der Stadt 100 000 M. zur
Begründung einer Margarethe Saloschin-Stiftung für ver-
schämte Arme überwiesen. Die Versammlung nimmt davon
Kenntnis.

Zur Kenntnismahme legt der Magistrat den Entwurf einer
Petition vor, die er in betreff der Gewerbeordnungs-Novelle
(Hausirgengerbe) an den Reichstag zu richten beabsichtigt.
Der Entwurf betrifft den § 42b, nach dessen neuer Fassung ein
Gemeindebeschuß zur Einführung einer Konzeptionspflicht für den
Hausirgengerbe der Gemeinde-Angehörigen innerhalb des Gemeinde-
bezirks nicht mehr erforderlich sein soll. Eine Debatte erhebt sich
nicht. Der Vorsitzende spricht dem Magistrat für die energische
Verhinderung der Rechte der städtischen Körperschaften den Dank der
Versammlung aus.

Schluß 7 1/4 Uhr.

Lokales.

Herr v. Köller und sein Leierkastenmann. Von dem
Vorstande des sozialdemokratischen Wahlvereins des 6. Reichs-
tags-Wahlkreises erhalten wir folgende Zuschrift:

In der zwölften Sitzung des Reichstages vom 11. Januar 95
äußerte sich der Herr Minister v. Köller folgendermaßen:
„... Hier ist neulich in Berlin ein Genosse, der sich als Dreh-
orgelspieler ernährte, veranlaßt worden, entweder von seiner
Drehorgel die beiden Lieder: „Die Nacht am Rhein“ und „Ich
bin ein Preuße“ fortzunehmen oder aus der Partei auszutreten.
Der Mann hat, glaube ich, seine Drehorgel umarbeiten lassen
müssen, um seine Genossen zu befriedigen.“ Weiter
forderte der Herr Minister dann noch alle staatsverhaltenden
Parteien auf, in anbetracht so schauerlicher Vergewaltigungen
aufzumerkamen in dem Kampf für die „heiligsten Güter“ der
Nation.

Der Thatbestand, der dieser Äußerung zu Grunde liegt, ist
nun folgender: Der von dem Herrn Minister zitierte Drehorgel-
spieler wurde aus dem Wahlverein ausgeschlossen, weil er sich
verschiedener Verhältnisse gegen Beschlüsse des Vereins hatte zu
schulden kommen lassen; deswegen gerügt, äußerte er, daß er
sich nur in den Wahlverein habe aufnehmen lassen, um bei
Festlichkeiten z. B. mit dem Mitgliedsbuche Ge-
schäfte zu machen. Daß wir einen derartigen „Genossen“
nicht unter uns dulden, wird selbst ein Gegner von uns begreifen.
Also nicht der Leierkastenmann, sondern der Charakter des Mannes
war die Ursache seines Ausschlusses.

Der Herr Minister hätte, um dies von vornherein zu wissen,
sich nur bei seinem Untergebenen, dem überwachenden Beamten
der betr. Versammlung, erkundigen sollen, er hätte dann erfahren,
daß wir uns durchaus nicht vor mordschändlichen Leierkasten-
liedern fürchten. Wenn er also die andern „heiligsten Güter“ der
Nation wirklich bedroht sieht, des Leierkastens wegen braucht er
sich nicht mehr aufzuregen, der ist gerettet und der Vorgesetzte kann
nach wie vor seine staatsverhaltenden Weisen weiter drehen. Wegen
dieser vorgeschlagenen Vergewaltigung ist das Umsturzgesetz, von dem
wir eine weitere gewaltige Stärkung des demokratischen Sozialis-
mus in unserem Vaterlande erwarten, also nicht nötig. Wird
Herr Köller bei der zweiten Beratung des Konstruktions seinen
Leierkastenmann zurückziehen?

Ueber die leidige Thatsache, daß wir von unserer Ge-
wohnheit, keine Hofnachrichten zu bringen, am letzten Sonntag
einmal eine Ausnahme gemacht haben, kann sich die gegnerische
Presse immer noch nicht beruhigen. Besonders bekümmert ist die
„Norddeutsche Allgemeine“. Sie macht sich einen durch ver-
schiedene reichstreue Blätter gegangenen Erguß zu eigen, in dem
es heißt:

„Ganz Berlin, die Redaktionen der Blätter und die sonstigen
Mitglieder der Presse mit eingeschlossen, ist am Sonntag Morgen
durch die Sonderausgabe des „Reichs-Anzeigers“, welche die
Kabinettsordre des Kaisers und die vom Monarchen verliehenen
Auszeichnungen anlässlich des Geburtstags des Kaisers enthält,
überrascht worden. Ein Blatt brauchte nicht erst den „Reichs-Anzeiger“
abzuwarten. Der sozialdemokratische „Vorwärts“, der namentlich
seine Mitarbeiter in Ministerien und Ambassaden aller Art hat, ver-
legt sich auf das interessanteste Gebiet der Hofnachrichten und so
konnte er gleichzeitig mit dem amtlichen „Reichs-Anzeiger“, also
am Sonntag Morgen, den Genossen erzählen, was „den lieben
Berlinern“ beschieden werden wird. Der „Vorwärts“ ist wirklich
gut bedient. Er weiß, was für Orden verliehen werden sollen,
daß J. v. Herr v. Köller einen bekommen wird; er weiß, daß
der Kaiser einen neuen Kunstpreis von 2000 M. stiften wird; er
weiß, daß der Kaiser den Berlinern die Standbilder sämtlicher
hochangesehener Fürsten schenken will, daß die Standbilder in
der Siegesallee aufgestellt werden sollen, daß der Kaiser dies
Geschenk aus seiner Privatschatulle stiften will, kurz, er weiß
alles.“

Ueber die Wirkung solcher Veröffentlichungen lassen sich die
gleichfalls jüdischen „Leipziger Nachrichten“ wie folgt aus:

„Das bedenkliche, das in diesen Vorgängen liegt, wird
schwerlich jemandem entgehen. In der großen Masse erhöhen sie
die Furcht und die Bewunderung vor der großen Macht der
Sozialdemokratie, vor ihrem Einfluß und ihren Verbindungen,
andererseits lockt die immer wieder geübte, ungestrafte Verleumdung
des Antisemitismus solche, die etwa mit ihren Vorgesetzten un-
zufrieden sind, zur Nachahmung. Der Verrat wird zur Sache,
wie in manchen Zeiten die Denunziationswuth eine Sache war.
Was aber besonders peinlich berührt, das ist die nicht zu
leugnende Thatsache, daß diese Indiskretionen vielfach nicht
etwa auf Subalterne, sondern auf hochstehende Leute zurück-
zuführen sind.“ ... Solche Vorgänge können natürlich nicht
gerade beruhigend wirken, zumal es bisher noch nicht ein einziges
Mal bekannt geworden ist, daß die Nachforschungen der Behörden
ein positives Resultat ergeben haben, als in dem berühmten Fall
Röge, der übrigens selbst durch einige Schüsse nicht aus der Welt
geschafft wird.“

Wofür ist, was die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“
als offizielles Organ in dieser fatalen Situation selber schreibt:
„Wenn übrigens auf die Möglichkeit hingewiesen wird,
daß diesmal die Indiskretion von einem Seher der
Druckerei des „Reichs-Anzeigers“ ausgegangen sein könnte,
so ist für jeden Kundigen von vornherein klar, daß
ein einzelner Seher, der nur geringe und zusammenhangs-
lose Bruchstücke des Manuskripts in die Hände bekommt, gar
nicht in der Lage ist, dem „Vorwärts“ derartige Mit-
theilungen zu liefern. Ueberdies weiß das betreffende Seher-
personal ganz genau, daß sie, alle zusammen genommen wie
jeder einzelne, ein sehr ernstes Interesse daran haben, das Ver-
trauensbrüche aus ihrer Mitte nicht vorkommen. Endlich kann
der Jubas der sonstigen in der Sonntagsausgabe des „Vorwärts“
veröffentlichten Indiskretionen ihm sehr wohl zugleich auch die im
„Reichs-Anzeiger“ publizierten Mittheilungen zugetragen
haben, nicht aber eine in der Druckerei des „Reichs-Anzeigers“
beschäftigte Person zugleich auch der Schuldige an diesen
anderen Vertrauensbrüchen sein. Die Schlussfolgerung liegt auf
der Hand.“

Herr Köller hat in den „Preussischen Jahrbüchern“ eine
geschichtlich-kritische Darstellung des nimmere beendeten Hier-
bottotts veröffentlicht, in der er gegenüber der in reaktionären
Blättern angeführten Heulerei den abgeschlossenen Vergleich
als für die Brauereien günstig hinstellt. Herr Köller wäre thö-
richt, wenn er die Sache anders darstellte. Verständigerweise
unterläßt er nicht, darauf hinzuweisen, daß er gegen die von

besonders festen Staatsbürgern empfohlenen Antibott-Paragrafen
stimmen werde, die er als „zweifelhafte Waffen, die von Hei-
spornen empfohlen seien“, kennzeichnet. Des weiteren ertheilt Herr
Köller in seiner Abhandlung den staatsverhaltenden Elementen
ein paar klatschende Ohrfeigen, weil sie während des Kampfes
zwar den Mund weit aufgerissen, in der That aber sozusagen
nichts geleistet haben. Die vielerörterte Solidarität der bürger-
lichen Klassen sei bei dieser Gelegenheit gründlich zu schanden
geworden. Die Beiträge zum Beispiel, die aus den Kreisen der
nichtsozialdemokratischen Bevölkerung zur Unterstützung der ge-
mäßregelten Gastwirthe beigetragen worden seien, hätten
in gar keinem Verhältnis zu den Summen gestanden,
welche die Arbeiter für ihre Genossen auf-
gebracht hätten. Ja, die bürgerlichen Klassen hätten es
nicht einmal über sich gebracht, eine Zeit lang dem in der Theorie
vertretenen Prinzip zu Liebe von ihren Gewohnheiten abzulassen.
Es sei nirgends der Versuch zu erkennen gewesen, durch Bevor-
zugung der Biere bottottierter Brauereien diesen zu Hilfe zu
kommen. Man möge damit die Energie und Enthaltensart der
arbeitenden Klassen vergleichen.

Die Arbeiterschaft wird dankend auch über das ehrenvolle
Zeugnis eines Gegners quittiren und es als einen weiteren
Ansporn zum pflichtgemäßen Handeln in den ihr noch bevor-
stehenden Kämpfen betrachten.

Ist es möglich? Ueber die Behandlung von Unter-
suchungsgefangenen wird uns das folgende mitgeteilt:

Arge Mißstände herrschen in den Detentionsstellen, in welche
die Untersuchungsgefangenen vor ihrer Vorführung vor den er-
suchten Richter eingeschlossen werden, und in denen sie oft
stundenlang verbleiben müssen. Schon aus dem Korridor macht
sich oft ein unerträglicher Geruch wahrnehmbar, der nicht selten
das Publikum, welches sich in jener Gegend aufzuhalten hat, zu
Mißfallsäußerungen veranlaßt. Selbst die medizinischen Sach-
verständigen haben sich hiervon wiederholt überzeugen können.
Wir sind nun über den Ursprung jener miasmatischen Dünste durch
Klugenschein überzeugt worden. In den Zellen ist nämlich ein alter
Wäscheimer aufgestellt worden, welcher den Gefangenen als Bedürfnis-
anstalt dient. Ein Deckel befindet sich auf diesem ekelhaften
Gefäße nicht, und da der Inhalt desselben sehr oft schon in einem
Stadium der Fäulnis begriffen ist, so herrscht in dem engen
Raume oft eine Atmosphäre, welche einem Menschen mit nicht
völlig abgestumpften Nerven geradezu die Besinnung nimmt.
Wenn auch derartige Räume nicht gerade zum Aufenthalt für
Gentlemen bestimmt sind, so sollte doch wenigstens aus Gesund-
heitsrücksichten, falls der ästhetische Gesichtspunkt hier wirklich
außer acht gelassen werden soll, dem Zustande eine größere Beach-
tung geschenkt werden. Wir wissen nicht, ob man arme Gefangene
jemals in früheren Zeiten schlimmer behandelt hat, als es jetzt in der
„Mera der Sozialreform“ geschieht.

Ueber „ein recht trauriges Bild thierischen Elends“

läßt sich ein bürgerliches Blättchen in einer ausführlichen Mit-
theilung aus Friedrichshagen schreiben. Ein Pferd
führt Abends auf einem Waldwege, bricht ein Bein, muß aus-
gespannt werden und, da keine menschliche Hilfe in der Nähe ist,
im Schnee liegen bleiben. Die um Hilfe angegangene Köppler-
Polizei lehnt ab, da das Pferd nicht auf dem ihre Obhut unter-
stellten Gebiet liegt. „Das arme verurtheilte Thier“, sagt der
Bericht, „mußte die ganze raue Winternacht hindurch im Walde
liegen bleiben.“ Am andern Morgen kommt ein Gendarm
vorbei und will es tödten und fortgeschaffen lassen. Aber
ein vom Besizer gebotener Hofschlächter kommt ihm
zuvor und „erlöst“ das Pferd durch einen Gnadenblick
von seinen Qualen“. Gewiß, das ist wirklich recht traurig, und
man braucht nicht einmal Mitglied eines Thierschutz-Vereins zu
sein, um mit dem armen Vieh Mitleid zu haben. Aber ungefähr
ebenso hilflos sind in diesen Tagen wieder mehrere Arbeits- und
Ochsdarsteller, die im Freien nächtigen mußten, ungelkommen. Die
Berichte über diese traurigen Bilder menschlichen Elends
sind meist weniger ausführlich. Das hat auch seinen guten
Grund. Daß jemand ein Pferd auf der Straße liegen läßt, das
ist wirklich ein ungewöhnliches Ereignis, das allgemeines
Interesse erregt und daher eine ausführliche Darstellung
rechtfertigt. Pferde kosten Geld, darum will sie nie-
mand hilflos verenden lassen, wenn er nicht muß. Bei
Menschen dagegen liegt die Sache anders. Wenn ein Ochd-
lofer umkommt, so glaubt niemand davon einen Schaden zu
haben. Dem Arbeitgeber fehlt es nicht an Arbeitern, die sich
zu Tausenden für einen Hungerlohn anbieten, und die Gesell-
schaft hat nach Ansicht gewisser Leute sogar einen Nutzen davon,
wenn sie von solchen Elementen befreit wird. Darum läßt man
wohl auch öfter Menschen als Thiere ranke Winternächte hin-
durch auf der Straße liegen. Erfriert wieder mal einer, —
wie gesagt: es kostet nichts; und wenn es ein paarmal hinter
einander vorkommt, dann erregt es nicht einmal mehr soviel Auf-
sehen, als wenn ein Pferd freippt.

Die städtische Schuldeputation war bisher folgender-
maßen zusammengesetzt. Von den 32 Mitgliedern sind:
6 Magistratsvertreter (darunter 2 Stadtschulräthe), 5 Geistliche
(und zwar 4 evangelische, 1 katholische), 10 Stadtverordnete und
11 Bürgerdeputierte. Unter den Stadtverordneten und Bürger-
deputierten sind ihrem Berufe nach: 7 Kaufleute, Fabrikanten und
sonstige Gewerbetreibende, 5 Rentiers, 3 Mediziner und
Apotheker, 1 Jurist, 1 Philosoph, 1 Schriftsteller, 1 Vorsteher
eines naturwissenschaftlichen Instituts, 1 Vorsteher einer Privat-
schule, 1 Privatschul-Vorsteher a. D., 1 Ob Stadtschulrath und
Privatschul-Vorsteher geeigneter sind, die Schule zu vertreten, als
Lehrer, das ist mindestens fraglich. Die geeigneten wollen
bekanntlich die Geistlichen sein.

Der Stadthandhalts-Etat für Berlin pro 1895/96, wie
er nimmere gemäß § 66 der Städte-Ordnung vom 29. Januar
bis einschließlich dem 5. Februar in den Vormittagsstunden von
10—1 Uhr auf dem Rathhause zur Einsicht ausliegt, schließt in
der Einnahme und Ausgabe mit 91 739 026 M. Die Summen
vertheilen sich auf die einzelnen Kapitel wie folgt:

	Einnahmen M.	Ausgaben M.
1. Kammerlei	740 291	98 174
2. Städtische Werke	6 137 090	1 678 886
3. Steuern	48 024 800	499 200
4. Kapital und Schulden	13 994 829	17 008 100
5. Unterricht	2 620 237	16 276 672
6. Armenwesen	1 114 495	9 902 728
7. Kranken- wie Gesundheitspflege und Heimstätte für Gesehnde	1 412 112	5 685 862
8. Park- und Gartenanlagen	12 811	698 555
9. Bau	8 658 453	21 221 688
10. Verwaltungskosten	556 081	8 839 007
11. Polizei	598 900	5 453 451
12. Straßen-Beleuchtung, Reinigung und Vesprenung	169 776	2 783 018
13. Verschiedene Einnahmen und Aus- gaben	7 708 700	1 932 714
Summa 91 739 026		91 739 026

Die Ueberschüsse der städtischen Werke, soweit dieselben der
Stadt-Hauptkasse zu gute kommen, sind in Kapitel 12 mit ent-
halten. Der Etat pro 1894—95 schließt ab in Einnahme und
Ausgabe mit 85 811 451, der Etat pro 1895—96 überschreitet den-
selben daher um 5 927 574 M.

Ein interessanter Auszug aus dem Bericht der städti-
schen Feuer-Sozietät für das Jahr 1893/94 enthält die Gesamt-
ausgabe von 1 088 104,41 M. an Versicherungsgeldern. Die größte
Summe — 179 968 M. hat die frühere Schwarzloschowsky-Fabrik
erhalten; dann kommt der Brand in den Häusern Wellenalliance-
platz 15/16 und Wilhelmstr. 147 mit 100 000 M.; dann die
Papierfabrik von Hagedorn in der Marienstraße mit 89 505 M.

Die niedrigste Entschädigung erhielt der Tapezierer Schröder, Schellernmacherstr. 18, mit 2 M.

Die Unfallstation VIII wurde am 30. d. M. in Verbindung mit der Sanitätswache Nr. 6, Gruner Weg 17, eröffnet.

Kopenhagen und Berlin sollen Mitte März durch Telephon verbunden werden. Die Leitung wird über Hamburg geführt und dort eine Umschaltstation eingerichtet.

Von der Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre in Preußen. Wegen der Neubegründung des akademisch-sozialwissenschaftlichen Vereins war am 14. Dezember v. J. gegen den ablehnenden Bescheid des Rectors eine Eingabe an den akademischen Senat der Universität gerichtet worden. Am 26. Januar hat nun der Senat über diese Petition verhandelt, und über das Endergebnis theilte jetzt der Rector Herr Prof. Dr. Pfeiderer dem Vertreter der Petenten, Herrn Cand. phil. Ernst Schulze, Vorsitzenden der alten sozialwissenschaftlichen Studenten-Vereinigung, folgendes mitgetheilt: „Sie haben eine Petition eingereicht. Ich für meine Person muß bei der Nichtgenehmigung des akademisch-sozialwissenschaftlichen Vereins bleiben. Ich habe nunmehr die Petition dem Senat unterbreitet, und dieser hat erklärt, daß er in der Angelegenheit nicht zuständig sei; er spreche aber dem Rector, der in dieser Frage ausschließlich zu entscheiden habe, für sein Verhalten Billigung aus, da er, der Senat, auf Grund der vorliegenden Thatsachen ein ernstliches Wirken des neuen Vereins nicht erwarten könne. Es steht Ihnen nunmehr der Refus an das Ministerium offen.“

Heber den Umsturz fällt man jetzt von allen Seiten her. Ein Herr Albert Bahr, Kottbuserstr. 7, sandte uns ein Flugblatt zu, worin er außer anderen Kundgebungen für den 8. Februar ein ungewöhnlich starkes Wetter in Norddeutschland voraussagt. Bis zur Abenddämmerung wird schönes Wetter sein, dann wird dieses „strahlende Wetter“ hereinbrechen. Es sei eine Warnung für die Gottlosen und alle, die Gottes Gnadenwort verachten.

In einer recht unangenehmen Situation befanden sich die zahlreichen Personen, welche am Mittwoch ihre Angehörigen in der Frauenklinik, Artilleriestr. 14/15, besuchen wollten. Die Frau des Reichslandtags war nämlich in diesem Institute zur Befichtigung erschienen, und da ihr Besuch gerade in die Sprechzeit von 2 bis 4 Uhr fiel, so mußten die Angehörigen der Kranken draußen im Schneetreiben warten, bis die Dame um 3 Uhr das Haus verlassen hatte. Könnten Proletariatsfrauen in solchen Fällen nicht ein wenig rücksichtsvoller behandelt werden? Was wäre verbrochen worden, wenn man die Angehörigen der Kranken während des Besuchs der Fürstin Hohenlohe ruhig ins Haus hineingelassen hätte?

Vier Dinka-Neger aus Cassan's Panoptikum wurden dieser Tage der Anthropologischen Gesellschaft von Professor Birkow vorgestellt, zwei Männer, eine Frau und ein Knabe. Die Leute, die zu den nördlichsten Negerstämmen gehören, sind ungewöhnlich dunkel. Auffallend namentlich sind die schwarzen Lippen, deren Farbe sich nach innen fortsetzt. Selbst das Zahnfleisch ist dunkel. Von einem eigentlichen Schwarz kann freilich nicht die Rede sein; man findet immer einen gelben Grundton heraus, dazu eine rötliche Beimischung, die bei einzelnen ins Rottbraune, bei anderen ins Rottviolette spielt. Selbst das Haar ist nicht völlig schwarz, obgleich es so scheint. Unterm Mikroskope löst sich die Haarfarbe auch in Braun auf. Bemerkenswert ist ferner die äußerst gestreckte Figur, die Magerkeit und die ganz beträchtliche Kieferweite. Diese Eigenthümlichkeiten sind aber bei den Frauen weniger vorhanden. Die Männer sind bis 1867 Millimeter groß, die größte Frau mißt 1670 Millimeter. Die Kieferweite des einen vorgestellten Mannes, die trotz der schmalen Schultern die eines etwa gleich großen, aber ungleich breiteren Mitgliedes der Versammlung um eine reichliche Handlänge übertrifft, erinnert an den Gibbon; sie beträgt 210 Millimeter. Die vielerwähnte Kieferweite der Neger kommt bei diesen Männern zum vollen Ausdruck; die Kiefer sind aber bei ihrer geringen Entwicklung sehr fest. Die Füße sind sehr groß. Während man sonst 7 Fußlängen auf die Körperlänge rechnet, gehen bei diesen Negern nur 6,2 bis 6,5 Fußlängen auf die Körperlänge. An dem linken Fuße ist fast stets die zweite Zehe auffallend lang, was auf einen einseitigen Gebrauch dieses Fußes schließen läßt. Der Schädelform nach sind die Leute Dolichokephalen, sogar Hyperdolichokephalen.

160 000 M. hat nach einer Zusammenstellung des „Confectionair“ die Illumination der öffentlichen Gebäude und Geschäftshäuser am Sonntag gekostet. „Unsere Konfektions- und Modewaren-Geschäfte überragten durch den Glanz und Reichtum, den sie bei der Illumination entfalteten, alle anderen Veranstaltungsgleichen Art.“ So prahlt der „Confectionair“, gebadet in Loyalität. Daß die Konfektion und zum großen Theil auch die Modewarenbranche die anderen Industrien „übertragt“ in der Jammerelei der Löhne und der Schlechtigkeit der Arbeitsbedingungen, ist die Reverso der Medaille.

Die Parzellierung des früheren Kellerschen Hofjägers in der Hafenhalde hat bereits begonnen. Das Gelände liefert zwölf Bauplätze zu je 50 bis 60 Quadratrußen und wird die Summe von etwa 1 500 000 M. einbringen.

Der betrunkenen Blumentopf. Unter der Spitzmarke: Ein polizeiliches Eingreifen des Kaisers, geht durch die Blätter eine Notiz, worin es heißt: Am Kurfürstendamm bewegten sich zwei angetrunkenen Männer, deren einer einen Blumentopf in der Hand hielt. Dieser letztere (d. h. der Blumentopf) war derart betrunken, daß er sich nicht aufrecht erhalten konnte u. c. — Wo die patriotische Aufwallung anfängt, da hört Verschönerung auf.

In Sachen Biethen theilt der Bruder des Verurtheilten, Herr H. Biethen zu Berlin, den Elberfelder „N. Nachr.“ mit, daß ihm „von verschiedenen Seiten mehrfache Zuschriften zugegangen sind, welche hochwichtige Anstände enthalten und unbedingt zum Wiederaufnahme-Verfahren führen müssen.“ Hoffentlich befähigt sich diese Erwartung.

Aus dem benachbarten Kremmen wird über einen Ordnungshelden berichtet: Der Director und Verwalter eines hiesigen Bürgerhospitals hat sämtliche Fonds der Anstalt in angeblicher Höhe von 30 000 M. unterschlagen und damit das Weite gesucht. Die im Greisenalter stehenden Hospitaliten, welche bettelarm ihr Heim aufgeben mußten, werden jetzt von der Bürgerchaft unterhalten.

Selbstmord aus Nahrungsorgen. Ein Familienvater hat abermals infolge fortgesetzter Arbeitslosigkeit und dadurch bedingter Nahrungsorgen seinem Leben ein gewaltthames Ende gemacht. Derselbe, ein in Weidensee wohnender Arbeiter Friedrich, hatte gestern früh, nachdem er sich vergeblich nach Arbeit bemüht und nachdem Frau und Kinder sich einen Augenblick aus der Wohnung entfernt hatten, den Moment benützt, um sich am Fensterbrett zu erhängen.

Herliche Gegenläufe. Die Bourgeoisie giebt 160 000 M. an einem Tage für Illumination und Feuerwerk aus und Arbeiter nehmen sich verzweiflungsvoll das Leben, weil sie nicht wissen, woher sie in der Welt des Ueberflusses ein Stück Brot für sich und ihre Familie nehmen sollen. In der Aera der Sozialreform werden solche Gegenläufe bekanntlich durch — Umsturzparagraphe ausgeglichen.

Der Schneesturm des vorgestrigen Abends hat mancherlei Unfälle im Gefolge gehabt. Ein Wachmeister der berittenen Polizei war als Vorreiter vor dem Wagen des niederländischen Gesandten bis zum Schloß geritten und stürzte auf dem Schloßplatz mit dem Pferd so unglücklich, daß er einen Unterschenkelbruch erlitt. Nach Anlegung eines Nothverbandes wurde er mit requirirten Krankenwagen nach seiner Wohnung geschafft. — An der Ecke der Stadtbahn und des Schloßplatzes fiel eine junge

Dame so unglücklich zu Boden, daß sie in einer Brosche zu der nächstgelegenen Unfallstation geschafft werden mußte. Es wurde eine starke Kontusion und Verletzung des Fußgelenks constatirt.

Bezüglich der auf der „Elbe“ um das Leben gekommenen Berliner Passagiere wird berichtet, daß zu ihnen der Kaufmann Simon Schwarzer aus der Passauerstr. 39 gehört. Dieser hat wenige Tage vor seiner Abreise nach Bremen sein Leben bei der hiesigen Gesellschaft „Nordstern“ mit 16 000 M. versichert. Bei dem Abschluß der Unfallpolice äußerte er zu seiner Frau lächelnd: „Wenn mir etwas passiert, weist Du ja Bescheid.“ Der außer dem genannte Karl Ruckbaum ist ein 16jähriger Gymnasiast, der die Obersekunda des Heinrich-Gymnasiums besuchte und am Kronprinzen-Weg 7 bei seiner Tante, einem Fräulein Ebel, wohnte. Er sollte zu seiner Mutter nach Washington übersiedeln, um eine höhere amerikanische Schule zu besuchen. Ruckbaum stammt aus dem Elsaß und war ein äußerst beschäftigter Junge. — Der endlich noch genannte Baumann war Regisseur vom Loh-Theater in Breslau und befand sich auf einer Engagementsreise.

Mit Chankasi hat sich der 23jährige Bruno v. R., der Sohn eines vor Jahresfrist verstorbenen Hauptmanns v. R. am Dienstag Abend vergiftet. Er beging die That in dem von seiner Mutter betriebenen Drogengeschäft. Liebesgram soll die Ursache des Selbstmordes sein.

Der Einbrecher Franz Möser ist festgenommen worden. Er wurde von einem Polizeiergeanten in Pinneberg mit noch einem Genossen bei Verübung eines Einbruchs ertappt. Dem Komplizen ist es gelungen, zu entkommen. Möser bezeichnete ihn zunächst als einen Schiffer Gray, hat später aber zugegeben, daß es Richard Erpel gewesen ist.

In der Löwen'schen Fabrik in der Hollmannstraße ist am Montag Nachmittag ein Arbeiter seine schwer zu Schaden gekommen. Beim Probieren einer Universal-Schleifmaschine platzte die Schmirgelscheibe mit so furchtbarer Wucht, daß selbst die Schutzvorrichtung, mit der sie umgeben war, in Stücke ging. Von dem in den Arbeitsaal umhergeschleuderten Schmirgel flog ein Stück dem Arbeiter derart unglücklich an den Kopf, daß er sofort nach der Unfallstation in der Wilhelmstraße gebracht werden mußte. Es wurde an dem Unglücklichen ein doppelter Schädelbruch constatirt. Die Arbeiter schreiben das Unglück wesentlich dem Umstande zu, daß die Schutzumhüllung aus hartem Gußeisen und nicht aus weichem, schmiegbarem Guß hergestellt war; einzig dieses Metall wäre im Stande gewesen, dem furchtbaren Druck zu widerstehen. Als ein wahres Wunder muß es betrachtet werden, daß bei dem Unglück nicht mehr Arbeiter zu Schaden gekommen sind.

Das Opfer des Achtmillimeter-Geschosses. Der Arbeiter Friedrich Müller, der am Montag Abend von einem Posten am Pulverschuppen in Tegel erschossen wurde, war erst am Tage vorher, von Hallsenberg kommend, der Arbeiterkolonie zu Tegel überwiesen worden. Am Sonntag Abend hielt der dortige Geistliche Gottesdienst ab, wobei er auch auf die Feldzüge 1870/71 kam. Müller unterbrach den Geistlichen mit den Worten: „Das ist nicht wahr, ich bin selbst dabei gewesen.“ Er wurde festgehalten und zu einem Arzt geführt, der nach eingehender Untersuchung die Erklärung abgab, daß Müller geisteskrank sei. Es gelang ihm jedoch, dem Gewehrman, in das er gebracht worden war, zu entweichen, am sich nach dem Pulverschuppen zu begeben, wo er dann unserer Staatsraion zum Opfer fiel.

Folge der Kälte ist am Dienstag Abend gegen 10 Uhr der Droschkentreiber August Schulz aus der Köpenickerstraße 192 vom Bod gestürzt. Er hielt mit seinem Wagen erster Klasse auf einem Platz im Südosten, als das Pferd plötzlich anjog und den Sturz des auf dem Bod zusammengekauert Sitzenden herbeiführte. Schulz erlitt eine Stirnwunde und einen Bruch des Nasenbeines.

Ein entsetzlicher Unglücksfall ereignete sich dieser Tage auf der Nordbahn. Bei der Ausfahrt des sogenannten „Mildzuges“ aus Station Fürstenberg glitt der Schaffner Sommer, Vangerstraße hieselbst wohnhaft, vom Trittbrett aus und stürzte so unglücklich unter den Wagen, daß ihm von demselben beide Beine abgefahren wurden. Der entsetzliche Verfall wurde nach Anlegung eines Nothverbandes mit demselben Zuge nach hier überführt und einem hiesigen Krankenhaus überwiesen.

Witterungsübersicht vom 31. Januar 1895.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf d. Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12).	Wetter.	Temperatur (nach Celsius) = 40° F.
Eisenmünde . . .	770	D	3	halb bedeckt	-6
Hamburg . . .	768	D	2	halb bedeckt	-8
Berlin . . .	767	D	3	bedeckt	-8
Bielefeld . . .	762	D	1	wolkenlos	-10
München . . .	758	SO	1	bedeckt	-15
Wien . . .	762	NO	1	bedeckt	-14
Paparauda . . .	781	still	—	heiter	-14
Petersburg . . .	786	NO	1	heiter	-22
Cord . . .	774	OSO	3	wollig	+2
Algerien . . .	779	NO	3	wollig	-2
Paris . . .	763	N	3	bedeckt	-5

Wetter-Prognose für Freitag, 1. Februar 1895.

Zeitweise heiteres, vorherrschend wolliges Frostwetter mit leichten Schneefällen und frischen östlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Polizeibericht. Am 30. d. M. nachmittags wurde in der Alsterstraße ein Mann durch eine Drosche überfahren und bedeutend verletzt. — In der Gartenstraße, an der Eisenbahnbrücke, fiel ein Kutscher, dessen Pferde durchgegangen waren, von seinem Kutschenwagen, gerieth unter die Räder und wurde am Unterschenkel verletzt. — Abends stürzte im Lustgarten ein Polizeiwachmeister mit dem Pferde und erlitt einen Bruch des Unterschenkels. — An der Stadtbahn fiel eine Lehrerin infolge der Glätte hin und verletzte sich erheblich am Unterschenkel. — Im Laufe des Tages fanden fünf kleine Brände statt.

Kunst und Wissenschaft.

Neu-Byzantinische Bildung. Vom Berliner Theaterpublikum entwirft ein feinsinniger Mitarbeiter der „Damb. Nachrichten“ eine wenig erfreuliche, aber desto zutreffendere Schilderung, der wir folgendes entnehmen: „Für unseren Adel und die dem Hofe nahestehenden Kreise scheinen Literatur, Kunst und Theater nur noch Begriffe zu sein. Schlimmer bei nahe noch steht es um die Gelehrtenwelt. Eine chinesische Rauher erhebt sich zwischen ihr und der lebendigen Kunst der Zeit. Der Hof und die Hofkreise gehen in die königlichen Theater, wenigstens dann und wann — wenigstens wenn Kaiserbesuch bevorsteht oder wenn ein patriotisches Stück das Repertoire füllt, daß der Kaiser gelobt hat. Wagner's Opern sind noch immer am meisten besucht und als Rückschlag hat das Hain-Harmlose, wie Humperdinck's „Hänsel und Gretel“ letztjährig viel Publikum angezogen. Die Diplomatie hat in der Wintersaison mit der Geselligkeit mehr zu thun, als sich um Theater und Kunst zu kümmern, und die Offiziere geben meist nur dann in das Schauspielhaus, wenn den Regimentern Freibilletts zugewandt werden. Für die sogenannte gute Herrengesellschaft bieten die Spezialitäten-Theater mehr Interesse, als ein ernstes Drama ohne Trisotrofen.“

Verfammlungen.

Herr Heinrich Körner, Brangelstraße 87, ersucht uns, bekannt zu geben, daß er mit dem in der Sonntagsnummer genannten Streikbrecher Körner nicht identisch ist, der in der letzten Versammlung der Musik-Instrumentenarbeiter entsprechend gekennzeichnet wurde.

Die Arbeiter-Bildungsschule (Südost) hielt am 27. Januar eine Sonntagsversammlung ab. Das Referat hatte Herr Dr. Bernstein übernommen, der in einem recht interessanten Vortrag über „Erziehung und Unterricht“ sprach. In der Diskussion beantwortete ein Redner den Zusammenschluß des Frauen-Bildungsvereins mit der Arbeiter-Bildungsschule. Wir werden uns, so bemerkt Redner, nicht durch die jetzt übliche Handhabe, unter Aufsicht der Polizei zu sprechen, abschrecken lassen, da diese neue Polizeimaßregel nur auf Anregung des Polizeiministers erfolgt ist. In den weiteren Ausführungen wurde der Redner durch den Beamten gehindert, der ihn zur Feststellung seines Namens nach dem Polizeibureau bringen ließ. An der weiteren Diskussion theilnahmen sich die Mitglieder Brandes, Stulbe und Jöcher.

In Adlershof tagte am 28. Januar eine mäßig besuchte Volksversammlung, die sich mit der Umsturzvorlage befaßte. Reichstags-Abgeordneter H. Fischer hielt das Referat. In trefflicher Weise charakterisirte der Redner die hauptsächlichsten Bestimmungen der Umsturzvorlage. Seine bezüglich Ausführungen enthielten zugleich eine ähndende Kritik der ganzen sozialen und politischen Verhältnisse. Der Vortrag, welchen Redner mit einem Hinweis auf die Unbefähigkeit der Sozialdemokratie schloß, fand lebhaften Beifall. Hildebrandt vertrat in der Debatte die Ansicht, daß die deutsche Arbeiterbewegung ein Geseh im Sinne der besprochenen Vorlage ebenso überleben und zu nichte machen werde, wie seinerzeit die englische Arbeiterchaft die Repressivgesetze der englischen Regierung und wie später die deutschen Arbeiter das vom gleichen Geiste getragene Sozialistengesetz. Genosse Reichert stellte die herrschende wirtschaftliche Misere und Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiterklasse gegenüber den Bestrebungen zur Bekämpfung des „Umsturzes“. Den Schrei Tausender nach Brot wollte man erlösen mit Knebelgesetzen. Gegen Arbeitgeber, welche mit der Gesundheit und dem Leben ihrer Arbeiter spielen, welche nicht mal mit den lumpigsten Schutzvorrichtungen gefahrbringende Maschinen versehen ließen, gegen die möge man Strafen gesetzlich festlegen, wie sie die Umsturzvorlage androhe. Und statt gegen den Umsturz zu Felde zu ziehen, sollte man den gesetzlichen Achtstundentag einführen, damit vielen Arbeitslosen Arbeit werde. — In einer einstimmig angenommenen Resolution protestirte darauf die Versammlung entschieden dagegen, daß die Umsturzvorlage zum Geseh erhoben werde.

Vermischtes.

Der Sturm, der am Mittwoch auf hoher See ein so furchtbares Opfer gefordert hat, ist auch über den Continent mit großer Gewalt hereingebrochen. Von zahlreichen durch die Schneeverwehungen hervorgerufenen Verkehrshindernissen wird berichtet. Das Eisenbahn-Betriebsamt Schwanen in meldet: Infolge Schneeverwehungen ist der Personen- und Güterverkehr auf der Strecke Neustrelitz-Barnimünde bis auf weiteres gesperrt. — Desgleichen ist die Strecke Plathe-Kolberg infolge Schneeverwehungen gesperrt. — Das Eisenbahn-Betriebsamt Straßund macht bekannt: Vom 31. Januar werden infolge von Schneeverwehungen von Straßund bis auf weiteres keine Züge abgelassen. Strecke bei Milsow gesperrt. Die Strecken Straßund-Deummin und Straßund-Rostock sind seit gestern Abend wegen Schneeverwehungen voraussichtlich bis heute Nachmittag gesperrt.

Desgleichen sind in Schleswig-Holstein sämtliche Kleinbahnen durch den Schnee verweht worden. — Aus Lübeck wird vom Mittwoch berichtet: Seit heute Abend 8 Uhr herrscht hier bei starkem Nordostwind große Ueberfluthung der niedrigen gelegenen Stadttheile. Die Bewohner fliehen aus ihren Behausungen, die Kaufleute bergen mit zahlreichen Arbeitskräften die in den Hofen speichern lagernden Waaren. Allmählich ertönen Warnungsschiffe. An der Ostseite sind durch die Eispackung viele Verwüstungen angerichtet. — Aus Danzig liegt eine Meldung vor, wonach ein heftiger Schneesturm am Meere und in der Provinz vielen Schaden angerichtet hat. Die Eisenbahnstrecken Neustadt-Solp und Lautenburg-Soldau sind infolge von Schneeverwehungen gesperrt. Der Sturm beschädigte die Dächer des Rathhauses und der Barbarakirche. — Auch aus vielen Gegenden der Provinz Posen kommen Meldungen über Verkehrshindernisse infolge des heftigen Schneesturms. Von gestern Nachmittag bis heute früh sind 13 Eisenbahnzüge mit Verspätungen von 16 Minuten bis 6 Stunden 35 Minuten hier eingelaufen. Mit dem Freilaufen der Geleise ist eine große Anzahl Arbeiter beschäftigt. — Aus dem Gebiet der Nordsee sind folgende Meldungen eingetroffen: Wesel, 31. Januar. Die zweite Post aus London über Vlissingen vom 31. d. M. hat den Anschluß an Köln-Hamburg Zug 93 nicht erreicht. Grund: Sturm auf See. — Goch, 31. Januar. Die erste Post aus London über Vlissingen vom 30. Januar hat den Anschluß an Köln-Hamburg Zug 93 nicht erreicht. Grund: Sturm auf See. — Verbesthal, 31. Januar. Die dritte Post von London über Ofende vom 30. ist ausgeblieben. Grund: Sturm auf See. — Verbesthal, 31. Januar. Die zweite Post von London über Ofende vom 30. ist ausgeblieben. Dampferfahrt Dover-Ofende wegen Sturmes ausgefallen. — Wesel, 31. Januar. Die zweite Post aus London über Vlissingen vom 31. d. M. hat den Anschluß an Köln-Hamburg Zug 93 nicht erreicht. Grund: Sturm auf See.

Herman Gruson ist in der vergangenen Nacht nach kurzer Krankheit in Magdeburg gestorben. Gruson, einer der ersten Maschinenindustriellen Deutschlands, hat sich besonders um die Einführung des Hartgusses verdient gemacht. Am 13. März 1821 zu Magdeburg geboren, arbeitete er zunächst hier in Berlin bei Borsig als Volontär, dann studierte er, wie die „Voss. Ztg.“ berichtet, an der Berliner Universität Naturwissenschaften und Philosophie. Nachdem er eine Reihe von technischen Stellungen bekleidet hatte, gründete er in Budau eine Schiffswerft und 1868 die erste deutsche Hartgussfabrik mit Maschinenfabrik. Er wandte hier seine Arbeit besonders der Geschütztechnik zu. Hartgussgranaten und Hartguss-Panzerthürme, die von ihm hergestellt wurden, fanden überall günstige Beurtheilung. Vor einigen Jahren gingen die Gruson'schen Anlagen in Budau an Krupp in Essen über.

Aus Rom wird vom Mittwoch über ein Schiffsun- und Glück gemeldet:

In der letzten Nacht scheiterten in dem Hafen von Sicca drei kleine italienische Fahrzeuge und das russische Schiff „Selonia“ mit insgesamt 16 Personen infolge Unwetters. Sämtliche Personen wurden gerettet.

Eingefrorene Dampfer. Vier Dampfer, welche von Petersburg angelassen waren, sind 20 Kilometer von Reval entfernt im Treibeis festgeblieben, hoffen aber bei dem ersten günstigeren Wind wieder freizukommen.

Aus Konstantinopel wird vom 31. Januar berichtet: Wegen Beschädigung der Brücke über den Fluss Arda zwischen Aukapha und Adrianopel konnte in Folge von Hochwasser der am Mittwoch fällig gemessene Orient-Expreßzug nicht abgehen.

Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhand.

9. Sitzung vom 31. Januar, 11 Uhr.

Im Ministerrat: v. Hammerstein.

Das Haus setzt die zweite Beratung des Etats fort und war beim Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung: Gehalt des Ministers.

Abg. v. Niepenhausen (L): Die Debatte der letzten Tage hat das erhoffte Ergebnis gehabt, daß die Nothlage der Landwirtschaft von allen Parteien und von der Regierung anerkannt wird, nachdem der Livalttag vor zwei Jahren festgestellt hat, daß ein Unterschied zwischen großem und kleinem Grundbesitz nicht besteht. Man erwartet jetzt im Lande nicht Worte, sondern Thaten. Nur die hier im Hause nicht vertretene Partei der Sozialdemokraten will die Nothlage der Landwirtschaft nicht anerkennen, denn sie kämpft für die Befreiung des Privateigentums an Grund und Boden. Wenn Herr Richter davon sprach, daß die Nothlage eine internationale sei, dann hätte man sich doch umschauen sollen bei Zeiten, um in Gemeinschaft mit anderen Ländern vorzugehen zu wirken. In Frankreich war man sehr geneigt, uns die Hand zu bieten zu gemeinsamen Schritten, um die Landwirtschaft der alten Kulturländer vor dem Vantrott zu bewahren. — Deutschland liegt allerdings im Herzen Europas, Deutschland ist aber auch der mächtigste Staat; auf seinem Boden sind die wichtigsten Entscheidungen gefallen, deshalb muß Deutschland seine Landwirtschaft schützen, damit sie den ganzen Bedarf an Brotschichten selbst baut. Das kann aber nur geschehen, wenn eine gewisse Kontinuität aufrecht erhalten wird; denn der Landwirth muß immer mit längeren Perioden rechnen können. Wir dürfen den Getreidebau nicht einschränken; denn wir müssen die Menschen ernähren, damit der Staat tüchtige Soldaten hat. Zu den großen Mitteln gehört in erster Linie die Hebung der Getreidepreise, daß sie nicht unter die Produktionskosten sinken, und die Sicherung des landwirtschaftlichen Besitzes, und zwar sollte es Aufgabe der Regierung sein, Vorschläge zu machen, wir haben nur die Pflicht, sie zu prüfen und zu kritisieren. Die Verweisung auf die Selbsthilfe und auf die Anwendung besserer Intelligenz ist doch heutzutage nicht am Platze. Ich habe es bedauert, daß der Minister darüber klagt, daß die Erregung von den Führern ins Land getragen werde. Die Erregung ist im Lande eine viel größere als es hier zum Ausdruck kommt. Wir schüren nicht, wir suchen zu beruhigen. Wir sollen die Regierung unterstützen; eine Regierung, welche die richtige Vorsicht besitzt, braucht eine Unterstützung nicht. Der Landwirtschaftsminister faßt die Aufgabe seines Ressorts mit vollem Ernst auf; er wird sich auch den nöthigen Einfluß im Staatsministerium zu verschaffen wissen, damit nicht bloß nach Finanzrückichten regiert wird, sondern daß auch wirklich der Nothlage der Landwirtschaft abgeholfen wird durch Hebung der Zuckers- und Spiritussteuer-Gesetzes. Aber Eile ist nöthig, wenn bessere Tage für die Landwirtschaft kommen sollen. (Zustimmung rechts.)

Abg. Arendt (freikons.): Dem allgemeinen Einverständnis in bezug auf die Nothlage der Landwirtschaft steht nur noch eine einzige Säule gegenüber, die von verschwundener Pracht zeugt. (Heiterkeit.) Der Abgeordnete Richter, der immer noch nicht eingesehen hat, daß seine Wirtschaftspolitik nur dahin führt, daß seine Freunde immer mehr aus diesem Hause verschwinden. Die Freikünnigen vertreten veraltete Theorien, die nur in den ältesten Ausgaben wissenschaftlicher Bücher zu finden sind; sie sind eigentlich die wirtschaftlich reaktionäre Partei und wir sind die Fortschrittspartei. (Sehr richtig! rechts.) Daß die Regierung den landwirtschaftlichen Nothstand verschuldet hätte, ist wohl niemals behauptet worden, sondern nur, daß die bisherige Regierung den Grund der Nothlage nicht richtig erkannt hat, denn sonst hätte sie die Handelsverträge nicht abgeschlossen. (Sehr richtig! rechts.) Wären die Zölle nicht gebunden, so könnte durch Erhöhung der Getreidezölle die Nothlage etwas gehoben werden. Ich begrüße auch die kleinen und die kleinsten Mittel, welche helfen können, mit Freuden. Redner verweist darauf, daß der Sozialdemokrat Schippel zugegeben habe, daß die Doppelwährung der Landwirtschaft helfen würde; aber das dürfte eben im Interesse der sozialen Entwicklung nicht geschehen. Daß Deutschland allein die Frage nicht lösen kann, ist selbstverständlich. Wir müssen auch kein solches Vorgehen Deutschlands; überall macht sich auch das Streben nach der Doppelwährung immer mehr bemerkbar. Einstellen können wir unsere Agitation nicht.

Abg. v. Sehdebrand (L): Durch seine Rede hat Herr Richter bewiesen, daß der Vorwurf gegen die Freikünnigen berechtigt ist, daß sie die Interessen der Landwirtschaft nicht vertreten. Denn was bedeutet es sonst, daß er die kleinen gegen die großen Weiser ausspricht, daß er doch immer von der Liebesgabe spricht? (Sehr richtig! rechts.) Für solche Freunde wird sich die Landwirtschaft bedanken, das alles, was vorgeschlagen wird zu ihren Gunsten, rundweg ablehnen. Es ist schwer etwas zu finden, wodurch der Landwirtschaft schnell, dauernd und gründlich geholfen werden kann. Keine Viehzucht, kein Auenbau, kein Tobachbau kann der deutschen Landwirtschaft das ergehen, was ihr beim Getreidebau entgeht. (Sehr richtig! rechts.) Ohne Hebung der Getreidepreise ist die Nothlage der Landwirtschaft also nicht zu beseitigen.

Abg. Klose (Z): bedauert die Aufhebung der Staffellarie, wodurch die Landwirtschaft des Ostens schwer geschädigt sei und tritt für die Doppelwährung ein, sowie für eine Hebung der Zuckersteuer und des Branntweinsteuer-Gesetzes in dem Sinne, wie der Minister es angedeutet hat. Daß die Steuerreform der Landwirtschaft hauptsächlich zu gute komme, sei nicht richtig.

Abg. Schroeder (Pole) ist auf der Journalistentribüne, welcher er den Rücken zuwendet, nur schwer verständlich. Er spricht über die Nothlage der Landwirtschaft und befreit, daß die Steuerreform derselben abgeholfen habe. Redner empfiehlt die Bildung von Genossenschaften und die Unterstützung der Landwirtschaft dadurch, daß die Militärverwaltung und andere Verwaltungen direkt von den Landwirthen kaufen.

Minister von Hammerstein: Zwei Gründe haben mich vorgestern bewegen, eine nach der Ansicht vieler Herren weit-schweifende Rede zu halten. Der eine Grund war: die Ehrenpflicht zu erfüllen und zu zeigen, daß schon vor mir ein großer Eifer in der landwirtschaftlichen Verwaltung gemeldet hat. Die Dinge habe ich vorbereitet gefunden von meinem Amtsvorgänger. Ein zweiter Grund war, ich will es ganz offen einräumen, daß ich nicht dem Hause allein, sondern weiten Kreisen im Lande meine Anschauung darzulegen habe. Denn mir war mehrfach die Meinung entgegengetreten, daß die landwirtschaftliche Verwaltung ihre Aufgabe nicht erfülle. Da glaube ich ein klares Bild des Geschehenen geben zu müssen. Mit den Rednern von der Rechten bin ich vollständig einverstanden. Ich will aber den Unterschied präzisieren; ich habe zum Antrag Kanitz nur Stellung genommen, wie weit es mit den Handelsverträgen verträglich ist. Ich befreite dem Hause nicht das Recht, über so tief eingreifende Fragen, auch wenn sie zur

Reichskompetenz gehören, hier zu diskutieren, schon weil die preussische Staatsregierung informiert werden muß für ihre Bestimmungen im Bundesrath (Zustimmung), die Regierung ist aber gewillt, zu prüfen, welche sozialen und politischen Bedenken dem Antrage entgegenstehen, ob er ausführbar ist und ob auch das beabsichtigte Ziel erreicht wird. Denn die Regierung übernimmt doch eine andere Verantwortung für die Ausführung des Antrages als die Herren vom Parlamente. In der gegenwärtigen Zeit kann die Regierung keine materielle Entscheidung treffen und keine bindende Erklärung abgeben. Daher trifft die Behauptung des Herrn v. Puttkamer von dem anständigen Begräbnis nicht völlig zu. Wenn wirklich ein solches stattfinden sollte, so wird die Regierung nach der Beratung des Staatsrathes die Gründe darlegen, warum sie jenem Antrage nicht beitreten kann. Bezüglich der Zuckersteuer werde ich, soweit meine Einwirkung reicht, dahin zu wirken versuchen, daß noch diesem Reichstage ein Zuckersteuer-Gesetz vorgelegt wird. (Zustimmung.) Ueber die Silberfrage liegt die Entscheidung auch bei der Reichsregierung; aber auch sie kann nicht ohne Vorberatung an die Sache herantreten; aber alle Vorberatungen sind in vollem Gange (Hört! rechts) und man kommt vielleicht dazu, daß Deutschland die Initiative in dieser Frage ergreift. Bindende Erklärungen kann ich auch darüber nicht abgeben. Der Minister geht auf die Kanitzfrage ein. Das Rentengüter-Gesetz hat allerdings in einigen, nicht zahlreichen Fällen zu Uebelständen geführt. Die Fehler waren einschuldbar, weil beim Niedergang der Preise eine noch so sorgfältig aufgestellte Lage sich sehr bald als unzutreffend erwies. Die Generalkommissionen werden nach dieser Richtung hin beauftragt werden; denn es wäre ein Fehler, in eine Gegend, wo es an Menschen fehlt, ersatzunfähige Ansiedler einzusetzen. Auch die Zuckersteuerfrage, die so tief in die Verhältnisse Preussens eingreift, hat dieses Haus das Recht zu besprechen (Zustimmung rechts). Kein Mensch hat den Anspruch auf Preise für Nahrungsmittel, die unter die Produktionskosten heruntergehen. Grundsätzlich werde ich mich nie gegenüber dem Abg. Richter einigen über gewisse Fragen. Er will die wirtschaftlichen Verhältnisse in die Fesseln längst überlebter wirtschaftlicher Theorien legen; das ist bei den schnellen Umwälzungen der Welt nicht möglich; man muß den Bedürfnissen, die sich augenblicklich herausstellen, Rechnung tragen, soweit es möglich ist. (Zustimmung rechts.) Ich will Deutschland in bezug auf die landwirtschaftlichen Produkte unabhängig vom Auslande machen, Herr Richter giebt das nur für den Fleischbedarf als möglich zu, befreit die Möglichkeit aber für den Körnerbau. Zwischen meinen Anschauungen und denen des Herrn Richter über die Nothlage besteht ein himmelweiter Unterschied; die Nothlage für die Industrie hat einen vorübergehenden Charakter, während die Ursachen der landwirtschaftlichen Nothlage nicht vorübergehend sind.

Herr Richter hat in scherzhafter Weise die ernste Frage des Rückzuges besprochen. Mit dem Minister Lucius war ich fast in allen Fragen einverstanden, auch bezüglich des österreichischen Handelsvertrages. Mit Herrn v. Seyden stand ich ebenfalls auf demselben Boden, der Unterschied war nur der, daß Herr v. Seyden mit oder wider Willen die Handelspolitik mitgemacht hat. Solange wir das allgemeine Wahlrecht haben, nehme ich für jeden Stand und für jeden Beruf das Recht in Anspruch, einer Benachtheiligung seiner Interessen entgegenzuarbeiten und durch die Agitation Vertreter seiner Interessen in den Reichstag und Landtag zu schicken. Meinigstlich habe ich mir, daß solche Fragen in die weiten Kreise des Volkes getragen werden, für die dort kein Verständnis vorhanden sein kann. Damit habe ich im wesentlichen den Abgeordneten Richter abgehoben. (Heiterkeit rechts.) Herr Camp hat erklärt, er wisse nicht, was Selbsthilfe bedeute. Jedenfalls bedeutet sie nicht, daß die Wohlhabenden die minder Wohlhabenden unterstützen sollen; Selbsthilfe ist der Gegenjah zur Staatshilfe. Die Beschwerden des Herrn Gerold über die Militärverwaltung kann ich nicht als berechtigt anerkennen, der jetzige Kriegsminister ist ein Feind aller Bureaucratie. Herrn Arendt erwidere ich, daß es Unethisches giebt, welche verlangen, daß Deutschland allein vorgehen soll (Widerspruch des Abg. Arendt). Ich kenne solche Leute und nenne sie Erzheimatisten (Heiterkeit rechts).

Abg. Ring (L) weist darauf hin, daß die Umwandlung einer Tonne Roggen in eine Tonne Brot bei einigen städtischen Verwaltungen im Kreise Teltow sich auf 15 M. stellt; in anderen Städten stellt sich der Umwandlungspreis viel höher; in Breslau und Dortmund auf 50, in Dresden auf mehr als 70, in Frankfurt auf mehr als 90 Mark (Hört! rechts). Die Bäcker verdienen bei der hohen Konkurrenz nicht viel; den Hauptvorteil hat also die Börse und der Zwischenhandel.

Abg. Böhm (freik. Vg.): Herr Richter will nicht das wirtschaftliche Leben in theoretische Fesseln schlagen, das wollen die Schuljöhner und die Jährlinge. Wir handeln nicht nach Theorien, sondern stellen uns auf den sachlichen Boden. Mit manchen Vorschlägen des Ministers können wir einverstanden sein; wir wehren uns nur dagegen, daß Sonderinteressen begünstigt werden zum Schaden der Allgemeinheit. Ob die Produzenten sich durch den Antrag Kanitz bereichern oder nicht, ist nebensächlich. Man hat das Steigen der Grundrente ruhig hingenommen, aber das Sinken derselben will man sich nicht gefallen lassen. Damit verlieren die Agrarier die sittliche Berechtigung für ihr Privateigenthum. Den schwankenden Getreidepreisen kann man nicht einen dauernden hohen Preis gesetzlich entgegenstellen. Die Verzinsung des Kapitals ist noch mehr zurückgegangen als die Rente der Landwirtschaft. Deshalb hatte der Minister Recht, den Landwirthen Rath zuzusprechen. Von der Selbsthilfe liegt der Antrag Kanitz weit ab; der Minister hat sich gegen denselben schärfer ausgelassen, als Herr Richter es ausgefaßt hat.

Darauf wird die Debatte geschlossen. Das Ministergehalt wird genehmigt.

Am 4/4 Uhr wird die weitere Beratung des Etats bis Freitag 11 Uhr vertagt.

Heimarbeiter und Gewerbegericht.

Von beiderseitiger Seite wird uns in dieser wichtigen Frage geschrieben: Daß die Hausgewerbetreibenden das Schmerzenskind unserer vielgerühmten sozialen Gesetzgebung sind, ist allgemein bekannt; diese, unter der Ära der Arbeiterchutz-Gesetzgebung für vogelfrei erklärten Arbeiter sind schrankenlos der Unternehmervöllerei überliefert. Wo es sich nur irgendwie in einem Industriezweig vereinbaren läßt, benutzt der Unternehmer die hausindustrielle Betriebsform, weil diese ihm am meisten Vorteile bietet und ihn vor allem von den Scherezeilen der Sozialgesetzgebung befreit. Die Lage der in den schlechtesten Fabrikbetrieben beschäftigten Arbeiter erscheint trotz gegenüber der von Bourgeois-Nationalökonomien so viel gepriesenen idyllischen Freiheit der Hausindustriellen.

Die rechtlose Stellung dieser Arbeiter erscheint in greller Beleuchtung durch die gegenwärtig vor dem hiesigen Gewerbegericht gefällten Urtheile bezüglich der Kündigungsklage. Nach dem durch Landgerichtsurtheil vom 14. November 1894

entschieden ist, daß Heimarbeiter nicht zu den Arbeitern gehören, welche nach § 122 der Gewerbe-Ordnung auf eine gesetzliche Kündigung des Arbeitsverhältnisses Anspruch haben, werden alle Heimarbeiter mit ihrer Klage auf Kündigung von dem Gewerbegericht abgewiesen.

Es erscheint zunächst mit der Praxis des Gewerbegerichts nicht vereinbar, daß es dieser nach allen Richtungen hin aufhebenden Entscheidung so bedingungslos beitrifft. In einer Reihe von Urtheilen hat das Gewerbegericht unbefürwortet um die in anderen Instanzen gefällten Entscheidungen in Würdigung der tatsächlichen Verhältnisse entschieden. Wie die Sachen jetzt stehen, sind die Heimarbeiter der Willkür ihrer Unternehmer geradezu wehrlos überliefert.

Nehmen wir ein praktisches Beispiel aus der Schneiderbranche. Nach vielem vergeblichen Umherlaufen wird einem Arbeiter endlich von einem Geschäftsinhaber Arbeit in Aussicht gestellt. Aber der Herr fügt hinzu: Sie müssen sich einen Platz zum arbeiten suchen, denn eine Werkstätte unterhalte ich nicht. Gut! Der betreffende sucht sich eine sogenannte Plazbude und holt sich Arbeit. Zehn Prozent der Brutto-Einnahme — dieses ist der allgemein übliche Satz — zahlt er dem Plazmeister. Im übrigen ist er völlig der Disziplin seines Arbeitgebers unterworfen. Die Dauer der Arbeitszeit richtet sich nach den eingegangenen Aufträgen; ist viel Arbeit vorhanden, so muß Tag und Nacht gearbeitet werden. Wer in der Saison nicht lieferfähig ist, liegt hinterher sofort hinaus. Geht nun aber die Arbeit flau, so ist der Arbeiter allerdings an keine bestimmte Arbeitszeit gebunden, eben deswegen nicht, weil er keine Arbeit hat. Nun ist er aber womöglich in einer Woche bis zum Donnerstag Abend vergebens ins Geschäft gerannt, ohne Arbeit zu bekommen. Jetzt bekommt er einen eiligen Auftrag. Er muß, um seine Stellung zu halten, die ganze Nacht durcharbeiten, denn wenn er es nicht macht, so machen es andere bestimmt. Das ist die vielgerühmte Freiheit in der Praxis. Dazu kommt noch, daß der Arbeiter bei der Abnahme seiner Arbeiten alle möglichen Scherezeilen gewärtigen muß; die Fälle, wo er mit ein und demselben Stuck zwei bis drei mal nach Hause geschickt wird, gehören nicht zu den Seltenheiten. Und nun kommt man her und befreit den Unternehmer noch von der Kündigungsklage. Wozu führt dieses? Der Arbeiter geht in bestimmten Zwischenräumen in das Geschäft und trägt um Arbeit nach. „Es ist nichts für Sie da“, ist die lakonische Antwort. Er wartet wieder einige Tage und geht wieder hin. Derselbe Antwort. So wartet und wartet er weiter, bis ihm schließlich klar wird, daß man ihn überhaupt nicht mehr beschäftigen will. Nach den neuesten Entscheidungen des Gewerbegerichts hat er aber kein Anrecht auf Entschädigung für diese Hingeberei — weil er als Arbeitgeber gilt. Tausende von Heimarbeitern, die sich in der drückendsten wirtschaftlichen Lage befinden, sind hierdurch rechtlos gemacht. Nach den Bestimmungen des Ortsstatuts zu den Gewerbegerichts-Wahlen für Berlin gelten diejenigen Hausgewerbetreibenden, welche ihren Gewerbebetrieb nicht angemeldet haben, als Arbeitnehmer. Auf Grund dieser Bestimmungen ist eine Anzahl von Heimarbeitern in die Arbeitnehmer-Kategorie gewählt, und nehmen als solche an den Verhandlungen theil, in denen sie wieder als Arbeitgeber gestempelt werden. Liegt hierin nicht ein offenkundiger Widerspruch?

Gerichts-Beitrag.

Gewerbegericht.

Ich bin mir selbst der nächste, dachte Herr Koch, der Inhaber der Gratweil'schen Bierhallen, und da zog er in echt christlicher Weihnachtsstimmung am 1. Januar 1895 dem Küchenmädchen B. 7.70 M. von dem länglichen Monatslohn ab, weil dieselbe vom 20. bis 31. Dezember 1894 arbeitsunfähig war, und obgleich sich das Mädchen die Arbeitsunfähigkeit im Dienste des Herrn Koch zugezogen hatte. Fräulein B. hatte sich nämlich bei Ausübung ihres Berufes in der Restaurationsküche des Koch einen Arm und das Gesicht verbrüht. Eine Klage beim Gewerbegericht mußte mit Rücksicht darauf abgewiesen werden, daß die Klägerin bei der Lohnzahlung am 1. Januar ein Quittungsformular unterschrieben hatte, welches den Vermerk enthielt: „Endesunterzeichnete hat keine weiteren Ansprüche mehr u. s. w.“ Wie das leider immer noch häufig vorkommt, hatte die Klägerin beim Unterschreiben der Quittung diese nicht weiter angesehen, was natürlich nichts an der Bedeutung der Unterschrift ändert.

Wo die Bezahlung der Arbeitskraft nach Wochenlohn berechnet wird, dürfen dann keine Lohnabzüge gemacht werden, wenn sich die Zahl der Arbeitstage um sogenannte Feiertage — Ostern, Pfingsten, Weihnachten u. c. — verringert. Dieser Anschauung, der man allgemein in Arbeiterkreisen begegnet, die aber bisher vom Gewerbegericht nicht getheilt wurde, ist kürzlich die Kammer VI unter Referat Leo beigetreten. Einem Arbeiter, der u. a. von der Firma Lepin (Schokoladenfabrik) 6 M. als Entgelt für drei Weihnachtsfeiertage verlangte, weil er in Wochenlohn bei der Bezahlung gestanden hatte, wurden die 6 M. zugesprochen. Der Vorstehende führte dazu aus, soweit Wochenlohn vereinbart sei, müsse dieser als Pauschquantum betrachtet werden, das im ganzen zu zahlen und nicht tageweise.

Wieder ein Nixdorfer Sicherheitsbeamter. Mit dem Säbel an die falsche Adresse ist der Nachtwächter Ernst August Sutter in Nixdorf gerathen, der sich heute wegen Vergehens im Amte vor der ersten Strafkammer am Landgericht II zu verantworten hatte. Der Angeklagte ist in der Nacht zum 13. August v. J. von hinten an drei jungen Leute, den Drüder Lischer, den Weber Niesewer und den Zimmermann Warmbrunn, welche in der Jägerstraße nicht allzulaut sangen, herangegangen, hat seinen Säbel gezogen und hat beim Wankziehen den Warmbrunn mit der Klinge an der Oberlippe leicht verletzt und die anderen beiden haben je einen Fieb mit der flachen Klinge über den Rücken erhalten. Die jungen Leute ließen sich diese gänzlich unverschuldete Mißhandlung nicht gefallen, sie erstatteten Anzeige und Sutter wurde angeklagt. Der Angeklagte bestritt sein Zuthat der Anklage, er entschuldigte sich aber mit einer Personenverwechselung. Eine Stunde vorher hätte eine Gesellschaft junger Leute auf der Straße gestanden und die Marx-Feilasse gesungen. Er sei hingekrochen und habe Ruhe geboten, er sei aber mit „Aufsänge“, „Nacht!“ und anderen Schimpfwörtern traktiert worden. Da er den Schimpfer nicht feststellen konnte, habe er die Gesellschaft ziehen lassen. Mit derselben Gesellschaft habe er in derselben Nacht noch zwei solcher Personentreue gehabt. Er würde dieselbe sammt und sonders verhaftet haben, hätte er nicht einer bedeutenden Uebermacht gegenübergestanden. Dann habe er zum vierten Male singen gehört. In dem Glauben, daß dies Leute von derselben Gesellschaft seien, habe er jetzt absolut Ruhe schaffen wollen und in der Befürchtung, daß sie ihre vorher ausgesprochene Drohung, ihn zu verhaften, wahr machen würden, habe er sofort blank gezogen und mit der flachen Klinge eingehauen, um die vermeintlichen Erzbedanten einzuschüchtern. Es thue ihm leid, die Unrechten getroffen zu haben. Bei dem offenen Zugeschändung des Angeklagten ließ es der Gerichtshof bei 50 Mark Geldstrafe bewenden, obwohl der Staatsanwalt hundert Mark beantragt hatte.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (Zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

P. S. 300. Rein. — **29.** Nur wenn der Vater ein Ver-
schulden trifft. — **W. S. 567.** **N. R. 12.** Werden Sie
sich an die Invaliditätsanstalt, Klosterstr. 41. — **E. R.** Nur

wenn der Ueberlebende sein eigenes Vermögen einwirft. — 17—18. Nur die ihnen gehörigen Sachen können gepfändet werden. — W. Walter in Charlottenburg. Mein. — R. R. Klein. — G. D. Vom 24. Lebensjahre an. — M. 21. Kommen Sie in unsere Sprechstunde. — P. R. 100. Die Fragen sind nicht verbindlich. — M. P. Sie müssen den gegnerischen Anwalt bezahlen. Die Kosten dürfen richtig sein. — W. F. 100., D. 14. 80., Brangelstraße 120, 2. 25. Kommen Sie in unsere Sprechstunde. — 777. Ja.

Für die ausgesperrten Brauer gingen weiter ein: Offen- burg i. B. durch den Vertrauensmann, von den Bültinger Ge- nossen 10,70. Statklub Tourne, Brangelstr. 84 10,—. Partie nach Oranienburg, Münchener Brauhaus 2,65. Unter uns 4,25. Strafgelder einer freien Hilfs-Krankenkasse unter 100 4,50. Vom Vergnügen am 1. Weihnachtsfeiertag „Friede auf Erden“ bei Bültsen in Wldershof 50,—. Von den Arbeitern der Firma S. Marbus, Staligerstr. 10, 1,50. Ueberschuß von ringfreiem Bier, Spandauerstr. 30, 2. Hof, 27. Woche 4,10. Bier- projekte für die ausgesperrten Brauer von den Steinbrüdern

Staligerstr. 3,—. Arbeiter der Metallwaren-Fabr. Elisabeth- Ufer, 16. Rate, 5,30. Fachverein der Stellmacher 10,—. Gewerkschaftskartell in Rahitz durch Gfänger 25,50. Von den Wäbelpolierern der Equit'schen Wäbelsfabrik, Frankfurterstr. 25, 14. Rate 4,—. Ueberschuß von ringfreiem Bier, Spandauer- strasse 30, 2. Hof, 28. Woche 4,70. Summa 146,20 M. Bereits quittiert 2178,99 M.; in Summa 2325,19 M. Von den Brauereiarbeitern sind noch ca. 200 Mann zu unterstützen.

Für den Inhalt der Inserate über- nimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Freitag, den 1. Februar.
Opernhaus. Fra Diavolo.
Schauspielhaus. Die die Alten
sungen.
Deutsches Theater. Weh' dem, der
lügt.
Berliner Theater. Marienburg.
Gefängnis-Theater. Rode. Unter
vier Augen.
Neues Theater. Das liebe Geld.
Residenz-Theater. Bernand's Ehe-
kontrakt.
Theater Unter den Linden. Der
Probeluß.
Schiller-Theater. Der zerbrochene
Krug. Frauenkampf.
Fellcaution-Theater. Onkel Bräsig.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
Der Bettelstudent.
Central-Theater. O! diese Berliner.
Adolph Ernst-Theater. Ein fideles
Korps.
National-Theater. Die lebende
Brücke.
Alexanderplatz-Theater. Mutter-
segen.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-
Vorstellung.
American-Theater. Spezialitäten-
Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-
Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-
Vorstellung.

Neue freie Volksbühne.
3. Februar: Unsichtbare Ketten.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 182.
Sensationelle Novität!
Gastspiel der amerikanischen Gesellschaft
William Calder
(Direktion H. Verstraet u. W. M. Polini).
Die lebende Brücke.
(The span of life.)
Großes Sensationschauspiel mit Musik
in 4 Akten (11 Bildern). Nach dem
Englischen von Sutton Vane, überfetzt
von H. Schwab.
Regie: Max Samst.
Dirigent: Adolph Wiedesocke.
Raffensöffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.)
Wallner-Theaterstrasse.
Freitag, 1. Februar, abends 8 Uhr:
Der zerbrochene Krug. Frauen-
kampf.
Sonntag, 2. Februar, abends 8 Uhr:
Der zerbrochene Krug. Frauen-
kampf.
Sonntag, 3. Februar, nachm. 3 Uhr:
Des Meeres und der Liebe
Wellen. Abends 8 Uhr: Krieg
im Frieden.
Dichter-Abend im Bürgercafe des
Rathhauses, abends 7 1/2 Uhr:
Richard Heine-Abend.
Montag, 4. Februar, abends 8 Uhr:
Der zerbrochene Krug. Frauen-
kampf.
Dienstag, 5. Februar, abends 8 Uhr:
Der zerbrochene Krug. Frauen-
kampf.

Central-Theater

Alte Jakobstraße Nr. 30.
Emil Thomas als Gast.
Anna Blöcker. Josefina Dora.
Vorletzte Woche!
Zum 152. Male:
O, diese Berliner!
Große Posse mit Gesang und Tanz
in 6 Bildern von Julius Freund.
Musik von Julius Gindshofer.
Anfang 1/28 Uhr.
Morgen: O, diese Berliner!

Adolph Ernst-Theater

Anstreiten der Grotesktänzerin
Miss Rose Batchelor
vom Prince of Wales-Theater in London.
Zum 37. Male:
Ein fideles Corps.
Große Gesangsposse mit Tanz. Nach
dem englischen „A Gaiety Girl“ von
Jonas Sidney, frei bearbeitet von
Edward Jacobson und Jean Stern.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Infolge des großen An-
drangs bleibt die Kasse von Vor-
mittags 10 Uhr ununterbrochen
geöffnet.

Parodie-Theater

Oranien-Strasse 52 (am Moritzpl.).
Tannhäuser.
Zum letzten Male:
Die Weber.
Im Fluge durch die Welt.
Morgen: Tannhäuser. L'homme
masqué. Heimath.

Kaufmann's Variété.

Das vollständig
neue
Februar-Programm!
Naucke ist trotzdem die
größte Zugkraft!
Naucke der populärste
Mann Berlins!
Naucke ist das Tages-Ge-
spräch Berlins!
Naucke heisst?
Noch immer anverkauft!
Die absolute Neuheit ist?
Pinte-Quente Watt
ein Räthsel?

Ben-

Unter den Linden 21.
Jeden Sonntag
Nachmittag
Orientalische Ali-
Familienvorstellg.
zu halb. Preisen.
Zauber und Bey's
Wunder.
Täglich Anfang 1/8 Uhr.

Feen-Palast

Furgr. 22, neben der Börse.
Jeden Tag:
Große
Künstler-Vorstellung
Riesen-Programm!
Ab 1. Februar:
Aufstreiten durchweg neuer
Kunstkräfte.
Am 2. Februar:
Grosser
Bühnen-Maskenball.

Castan's Panoptikum.

Noch nie dagewesen!
Die Tiefen des dunkeln Erdheils:
Die Dinka,
40 Männer, Frauen u. Kinder.
Das scheckige Mädchen Mariotta.
Weihnachts-Ausstellung

Circus Renz

Carlstrasse.
Freitag, 1. Februar, abends 7 1/2 Uhr:
Große Komiker-Vorstellung.
Humor! Witz! Laune!
Aufstreiten sämtlicher Klowns und des
„August“ Mr. Lavater Leo in ihren
wirkungsreichen Entrees.
Grosser Ringkampf
zwischen den Klowns Gebrüder Villand.
Außerdem: Aufstreiten sämtl. Spezia-
litäten, Damen u. Herren. Vorführen
und Reiten der bestdressirten Freiheits-,
Spring- und Schulpferde.
Zum Schluß der Vorstellung:
Tjo Ni En.
Sensationelle Tänze, unt. and.:
Original! Les grolots vivants, jeu
des barbichons etc. Original!
Neue Kunst-Einlagen.
Sonabend, 2. Febr.: 3. Wieder-
holung der Parade-Vorstellung.
Gala-Fest-Akt. Auf-
auf, zur frühlichen Jagd!
Sonntag, 3. Februar: Zwei Vor-
stellungen. Nachmittags 4 Uhr (er-
mäßigte Preise): Die lustigen Heidel-
berger. Abends 7 1/2 Uhr: Tjo Ni En.
Fr. Renz, Kommissionsrath.

Urania

Anstalt für volksthümliche
Naturkunde.
Am Landes-Ausstellungspark
(Lehrter Bahnhof).
Geöffnet von 5—10 Uhr.
Täglich Vorstellung im wissenschaft-
lichen Theater.
Näheres die Anschlagzettel.

Passage-Panopticum.

Neu! Neu!
Prof. Frdr. Schwing's
Wandernde
Lichtbilder.
II.
Das Lied
von der Glocke
in 15 lebenden Bildern
mit transparentem
Hintergrund.
Musik von Romberg.
Der Meister: Rob. Biberti
vom Kgl. Opernhaus in Berlin.

Achtung, Vergolder!

Gelder für die freilebenden Hamburger
Kollegen sind laut Beschluß der letzten
Fällungs-Versammlung nicht mehr an
E. Schmidt, Mustauerstr. 37, sondern an
Richard Mehring,
Mantuffelstr. 109, vorn 1 Tr.,
zu senden.
J. A. W. Schorre,
Gerhardstr. 6.

Berl. Krankenunterstützungs- u. Begräbnis-Verein f. Frauen und Mädchen.

Sonntag, den 3. Februar 1895,
nachmittags 4 Uhr:
General-Versammlung
in Köllig's Lokal, Neue Friedrichstr. 44.
Tagesordnung:
1. Jahresbericht pro 1894. 2. Ge-
schäftsbericht. 3. Wahl des gesammten
Vorstandes u. der Revisoren. 4. Vereins-
angelegenheiten. 117/2
Das Erscheinen sämtl. Mitglieder
erforderlich. — Mitgliedsbuch legitimirt.
Nach der Versammlung:
Gesell. Abendunterhaltung.
J. A. Friedr. Freudenreich, Vorf.,
Berlin S., Wilmannstr. 18, I.

Zentral-Kranken- u. Sterbefälle der Tischler u. f. w.

Derliche Verwaltung Berlin E.
Sonntag, den 3. Februar 1895,
vormittags 10 Uhr,
im Lokale des Herrn Wille,
Fochstr. 32a:
Mitgliederversammlung.
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1894.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimirt.
24706] Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- u. Sterbefälle der Tischler u. f. w.

Derliche Verwaltung Berlin E.
Sonntag, den 3. Februar 1895,
vormittags 10 Uhr,
im Lokale des Herrn Wille,
Fochstr. 32a:
Mitgliederversammlung.
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1894.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimirt.
24706] Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- u. Sterbefälle der Tischler u. f. w.

Derliche Verwaltung Berlin E.
Sonntag, den 3. Februar 1895,
vormittags 10 Uhr,
im Lokale des Herrn Wille,
Fochstr. 32a:
Mitgliederversammlung.
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1894.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimirt.
24706] Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- u. Sterbefälle der Tischler u. f. w.

Derliche Verwaltung Berlin E.
Sonntag, den 3. Februar 1895,
vormittags 10 Uhr,
im Lokale des Herrn Wille,
Fochstr. 32a:
Mitgliederversammlung.
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1894.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimirt.
24706] Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- u. Sterbefälle der Tischler u. f. w.

Derliche Verwaltung Berlin E.
Sonntag, den 3. Februar 1895,
vormittags 10 Uhr,
im Lokale des Herrn Wille,
Fochstr. 32a:
Mitgliederversammlung.
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1894.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimirt.
24706] Die Ortsverwaltung.

Charlottenburg.

Central-Krankenkasse d. Maurer
u. s. w. Grundstein zur Einigkeit.
Sonntag, den 3. Febr. Vorm. 9 1/2 Uhr
i. Bismardshöhe, Wilmersd., Str. 89,
Ausserordentliche
Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: 1. Berichterstattung
der in der letzten Versammlung ge-
wählten Kommission. 2. Neuwahl der
Bevollmächtigten und des Kassiers.
3. Abrechnung vom Marktenball und
Verschiedenes. — Um rege Betheiligung
erlaubt
Der Vorstand.

Verband der Sattler und Tapezierer.

Versammlungen
am Sonnabend, den 2. Februar, abends 8 1/2 Uhr.
Centrum bei Herrn Wionocke, Alte Jakobstr. 83. Tagesordnung: 1. Vor-
trag des Kollegen Pösch aus Königsberg. 2. Diskussion. 3. Ver-
chiedenes.
Norden bei Herrn Krüger, Fennstr. 5. Tagesordnung: 1. Fortsetzung des
Vortrages von Kollegen Riedel. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltungen.
214/16

Tischler-Verein.

Sonnabend, 2. Februar, abends 9 Uhr, Melchiorstr. 15:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
Vortrag des Herrn Dr. Herzfeld. — Vereinsangelegenheiten.
Ausgabe der Billets zu dem am 9. Februar in Sanssouci stattfindenden
Maskenball.
Der Vorstand.

Verband der Glaser

u. verwandter Berufsgenossen Deutschlands.
(Zahlstelle Berlin.)
Sonntag, den 3. Februar, vormittags 10 Uhr, in den
Arminhallen, Kommandantenstr. 20:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Anträge zum Verbandstag. 3. Ver-
chiedenes. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verein.

Verwaltung Berlin Centrum.
Sonntag, den 3. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen,
Kommandantenstrasse 20:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten. 4. Ver-
chiedenes.
Gäste willkommen. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.
In der letzten gemeinschaftlichen Mitglieder-Versammlung vom
26. Januar ist ein Schirm stiefeln gegeben; der Eigentümer kann denselben
bei Haback, Langestr. 89, 3 Tr., in Empfang nehmen.
D. O.

Achtung, Maurer!

Sonntag, den 3. Februar, vormittags 10 Uhr, in den
„Arminhallen“, Kommandantenstr. 20:
Grosse öffentliche Maurer-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zum 9. deutschen Maurerkongress event. Wahl der
Delegierten zu demselben. 2. Gewerkschaftliches.
Kollegen! Da die auf der Tagesordnung des Kongresses stehenden
Punkte, wie Agitation, Streiks, Unfallversicherungsgesetz und Unfallverbütung,
gesetliche Sicherstellung des Arbeitslohnes der Bauhandwerker u. f. w. für
jeden Arbeiter von weittragender Bedeutung sind, hat jeder Maurer in der
Versammlung zu erscheinen.
Die Vertrauensmänner.
Aug. Vogel. Karl Panzer. 188/90

Verein der Bau-Anschläger

Berlins und Umgegend.
General-Versammlung
am Sonntag, den 3. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Buske,
Grenadier-Strasse Nr. 33.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Verwendung der Vereinsgelder und
Wahl von Krankensammlern. 3. Antrag des Kollegen G. Bergau. 4. Ver-
chiedenes und Fragelasten.
Der Vorstand.
84/16

Zentralverband d. Maurer Deutschl.

Zahlstelle I Berlin (Putzer).
Unser diesjähriger
Maskenball
findet am Donnerstag, den 7. Februar, in Keller's Festsaal,
Pöppelstr. 29, statt. — Die Kollegen und Freunde werden ersucht, recht
zahlreich daran theilzunehmen. Billets sind in allen Zahlstellen und bei den
Mitgliedern der örtlichen Verwaltung zu haben.
190/12

Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei
Meyer, Gölzinger- und Lühnerstrassen-
Ecke: Nachabend für den [280/12]
109. Stadt-Bezirk.

Roh-Tabak.

Die billigsten Preise.
Herberzeugung macht wahr.
Filiale F. Leopold,
Vertreter: S. Gröbel,
Grunnenstrasse 11.

Verband der Sattler und Tapezierer.

Versammlungen
am Sonnabend, den 2. Februar, abends 8 1/2 Uhr.
Centrum bei Herrn Wionocke, Alte Jakobstr. 83. Tagesordnung: 1. Vor-
trag des Kollegen Pösch aus Königsberg. 2. Diskussion. 3. Ver-
chiedenes.
Norden bei Herrn Krüger, Fennstr. 5. Tagesordnung: 1. Fortsetzung des
Vortrages von Kollegen Riedel. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltungen.
214/16

Tischler-Verein.

Sonnabend, 2. Februar, abends 9 Uhr, Melchiorstr. 15:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
Vortrag des Herrn Dr. Herzfeld. — Vereinsangelegenheiten.
Ausgabe der Billets zu dem am 9. Februar in Sanssouci stattfindenden
Maskenball.
Der Vorstand.

Verband der Glaser

u. verwandter Berufsgenossen Deutschlands.
(Zahlstelle Berlin.)
Sonntag, den 3. Februar, vormittags 10 Uhr, in den
Arminhallen, Kommandantenstr. 20:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Anträge zum Verbandstag. 3. Ver-
chiedenes. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verein.

Verwaltung Berlin Centrum.
Sonntag, den 3. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen,
Kommandantenstrasse 20:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten. 4. Ver-
chiedenes.
Gäste willkommen. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.
In der letzten gemeinschaftlichen Mitglieder-Versammlung vom
26. Januar ist ein Schirm stiefeln gegeben; der Eigentümer kann denselben
bei Haback, Langestr. 89, 3 Tr., in Empfang nehmen.
D. O.

Achtung, Maurer!

Sonntag, den 3. Februar, vormittags 10 Uhr, in den
„Arminhallen“, Kommandantenstr. 20:
Grosse öffentliche Maurer-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Stellungnahme zum 9. deutschen Maurerkongress event. Wahl der
Delegierten zu demselben. 2. Gewerkschaftliches.
Kollegen! Da die auf der Tagesordnung des Kongresses stehenden
Punkte, wie Agitation, Streiks, Unfallversicherungsgesetz und Unfallverbütung,
gesetliche Sicherstellung des Arbeitslohnes der Bauhandwerker u. f. w. für
jeden Arbeiter von weittragender Bedeutung sind, hat jeder Maurer in der
Versammlung zu erscheinen.
Die Vertrauensmänner.
Aug. Vogel. Karl Panzer. 188/90

Verein der Bau-Anschläger

Berlins und Umgegend.
General-Versammlung
am Sonntag, den 3. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Buske,
Grenadier-Strasse Nr. 33.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Verwendung der Vereinsgelder und
Wahl von Krankensammlern. 3. Antrag des Kollegen G. Bergau. 4. Ver-
chiedenes und Fragelasten.
Der Vorstand.
84/16

Zentralverband d. Maurer Deutschl.

Zahlstelle I Berlin (Putzer).
Unser diesjähriger
Maskenball
findet am Donnerstag, den 7. Februar, in Keller's Festsaal,
Pöppelstr. 29, statt. — Die Kollegen und Freunde werden ersucht, recht
zahlreich daran theilzunehmen. Billets sind in allen Zahlstellen und bei den
Mitgliedern der örtlichen Verwaltung zu haben.
190/12

Künstl. Zähne 2 M. Vollst. schmerzlos. Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Reparatur.
solort. Tholizahlung. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 8-7 Uhr. (2145b)

Die Deutsche Gasglühlicht Aktiengesellschaft

(Patent-Auer) C. Berlin, Molkenmarkt 5,

hat gegen eine Anzahl hiesiger Firmen — Aktiengesellschaft Butzke, — Aktiengesellschaft Stobwasser, — C. Kramme, Hoflieferant, — Erste Deutsche Gasglühlicht-Industrie, Trendel — Firma Benas, Vertreterin der Neuen Deutschen Gasglühlicht-Compagnie, Aschner & Co. System Dr. Blücher, — Firma Billeit, Vertreterin von Gautsch, und andere mehr, sowie gegen mehrere auswärtige Firmen Klage wegen Patentverletzung eingereicht.

In der Klagesache gegen die Vertreterin der Neuen Deutschen Gasglühlicht-Compagnie ist auf Antrag der Deutschen Gasglühlicht Aktiengesellschaft, Molkenmarkt 5, im Wege der einstweiligen Verfügung der **Beklagten bei Vermeidung einer fiskalischen Strafe von 1000 Mark für jeden Fall der Zuwiderhandlung untersagt**, für die Dauer des Prozesses solche Bunsenbrenner für **Gasglühlicht-Beleuchtung** gewerbsmässig herzustellen, feilzuhalten, in **Verkehr zu bringen oder zu gebrauchen**, bei denen ein fester Körper ganz oder zum theil in oder oberhalb der Brennermündung zu dem Zwecke angeordnet ist, um Explosionen in der Flamme oberhalb der Brennermündung und damit das Geräusch der Flamme zu beseitigen und bei denen um den festen Körper eine Kapsel angeordnet ist, über welche das untere Ende des schlauchförmigen Glühkörpers zu dem Zwecke gezogen wird, um die richtige Lage desselben zur heissesten Zone der Flamme zu sichern.

Die Deutsche Gasglühlicht Aktiengesellschaft wird nunmehr auch gegen diejenigen Abnehmer nachgemachter Brenner und Glühkörper mit Klage vorgehen, welche dieselben gewerbsmässig in ihren Läden, Werkstätten, Wohnungen etc. gebrauchen.

Neu! Für nur Mt. 6.— (Fabrikpreis) vers. 1 brillante, extra solid gebaute Konzert-Zug-Harmonika mit 10 Tasten, 2 Registerzügen, 2 doppelten Bässen, vollständig ff. Mittelbass u. Zuhälter, ff. Ausstatt., starke, breite, unzerbrechliche, Tonzungen, schöne, volle, doppelchörige Orgelmusik, groß u. weit ausziehbarer Bassen Doppelbass, jede Falte ist mit Stahlbeschlag versehen, wodurch Beschädigung unmöglich. Wirklich groß, aus bestem Material gearbeitetes Pracht-Instrument. (keine sog. Export-oder Marktwaare). Jeder Käufer erhält auch eine neue praktische Schule zum Selbsterlernen umsonst, wonach gleich die schönsten Lieder, Tänze, Märsche, Choräle etc. gespielt werden können. Umtausch gestattet. Garantieschein wird beigelegt.

O. C. F. Miether,
Hannov. Harmonika- u. Musikinstr.-Fabrik in Hannover B. Semmerstr. 5.
NB. Allen werthen Bestellern gebe noch 1 H. Musikinstr. umsonst, nur damit sie sich von der Güte u. Preiswürdigkeit meiner Fabrikate überzeugen sollen. D. O.

Gelegenheitskauf

für Brautleute: Im Möbelspeicher Neue Königsstr. 59, vorn L., sollen über 100 Wirtschaftseinrichtungen, farge Zeit verließen gewesene u. neue Möbel spottbillig verkauft werden. Ganze Einrichtungen 100, 150, 200—1000 M. Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Kleiderständer 15, Küchenständer, Kommoden 12, Sophas 15 M., Bettstellen mit Sprungfeder-Matratzen 18, Aufbaum-Kleiderständer 30, Stühle 3 M., hochseine Muschelseiderständer 40, Plüschgarnituren 60 M., Herrenschreibtische, Damenschreibtische 30, Cylinderbureau, Schreibsekretäre 15 M., Garderobenschränke, Paneele, Sophas 75, Buffets, Truhen 65 M., Betten, Couliantische, alles spottbillig. Auch einzelne Gegenstände werden zu Engrospreisen verkauft. Empfehle allen Herrschaften, mein größtes Möbellager Berlins zu besichtigen u. sich von den Raum und billigen Preisen zu überzeugen. Gefauste Möbel können bis April kostenfrei stehen bleiben und werden durch eigene Gespanne transportiert und aufgestellt.

Halb und Halb.
Mampe mit Pomeranzen
Feinste Likörmischung
Champagnerflasche Mark 1,25
Carl Mampe
Berlin, Veteranenstr. 24.
Überall zu haben!

Spezial-Geschäft für Mehl und Hülsenfrüchte, sämtliche Kolonial- und Badwaaren, Vogelfutter.
A. Gauert, N., Oderbergerstrasse 7.

Rum
anerkannt gut, Literflasche à 1,10, 1,60, 2,10, bei 5 Flaschen à 10 Pf. billiger.
Echt Stonsdorfer Likör à Liter 1,20, 5 Liter 5,50, 10 Liter 10,—.
Ingber-Likör, magenstärkend, Literflasche à 1,10, 1,60, 2,—.
Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeersaft, vorzügl., Literflasche à 1,30.
Ungarwein, med. süß, 1/2 Ausbruch à Literflasche M. 2,10. 823M
Eugen Neumann & Co., Belle-Allianceplatz 6a, Neue Friedrichstr. 81, Oranienstr. 8, Genthinerstr. 29. **Potsdam, Waisenstr. 27.**

Täglich, auch Sonntags Vorm. von 7—9 Uhr:
Verkauf von geflohtem Rind- u. Schweinefleisch
à 30—40 Pf. per Pfd.
Rückenfett à 45 Pf. per Pfd.
Verwaltung der Kochanstalt Central-Viehhof.

Empfehle
25 Stk. Cigarren 1 M., 100 von 3,50 M. an, eig. Fabrikat, rein amerik. Tabak.
Rippen à Pfd. 35 Pf., 2 Pfd. 65 Pf.
C. Wolsdorf,
Wasserthor-Strasse Nr. 20.
Klagen, Eingaben, Unfallsachen, Patzger, Steglitzerstr. 65

Rohrtabak.
Grösste Auswahl! Billigste Preise!
Lager in Formen, Bockfäcens.
Heinrich Franck,
Nr. 185, Brunnensstrasse Nr. 185.

Bruchbandagen
aller Art (eigenes Fabrikat), sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege empfiehlt
J. Ch. Pollmann, Straße 30.
Lieferant für Orts- u. Hilfs-Krankenk.

Presskohlen. Marie 4 1/2, II 5,—, Prima 8 M. Muerbach, Greißwalderstr. 54, gegenüber der Gas-Anstalt.

Zahn-Klinik. Preise event. Theilzahl.
Frau Olga Jacobson, Invalidenstr. 145.

In **Roh-Tabaken** und **Utensilien** für Cigarren-Fabrikanten
!! billigster Einkauf !!
W. Hermann Müller
Berlin
Alexanderstr. 22.
Strang reelle Bedienung.
Creditgewährung nach Uebereinkunft!!
Ein Jeder mache den Versuch.

Bureau für Unfall-Prozesse
von Dr. jur. Richard Lehmann, Lützowstr. 102, I. — Sprechstunde: morgens 8—1/2 Uhr, abends 6—8 U.
Eleg. Maskengarderobe v. 1,50 M. an.
Elzel-Beck, Alexanderstr. 94, 1 Tr.

Milchfäbrik. Kannen, Satten, Maße, Pumpen, Kühlapparate, Buttermaschinen, Butterkneten, Drehtrollen.
Jordan, Al. Marxstr. 28.
Von heute ab verkaufe ich sämtl. Fleisch u. Wurstwaren bed. bill.
C. Koppasch, Ewinenänderstr. 44.

Butter! Butter!
Feinste Tafelbutter Pfd. nur 100
Fr. Molkereibutter . . . 80
Molkereibutter . . . 60
Fetter Schweizerkäse . . . 60
Feine Sardellen . . . 80
empfehlen
A. Plewka, Gröste Butterhandlung Berlin 16 Weberstr. 16.

Alte Stiefel, gr. Ausw. Best. u. Reparatur, reell u. bill.
Kunze, Reichenbergerstr. 178. [24716]

Masken verleiht bill. **Ferd. Henke,** Dennewitzstr. 1. 24626

Oswald Grauer
121, Oranienstr. 121.
Zimmer für Vereine mit Piano, 40—50 Personen fassend.
→ Kegelbahn. ←

Achtung!
Zahnerlag, auch Theilzahl, wöchentl. 1 Mark. Guckel, Kaufher Platz 2, Elbfeststr. 12.

Ich warne hiermit einen jeden, besonders Herrn Lemberg, meinem Sohne Alex. Vachsin auf meinen Namen zu borgen, indem ich für nichts auskomme.
Aug. Vachsin, Weddingstr. 7.

Restauration
umhändebare billig zu verkaufen. Zu erfragen Buttmannstr. 17.

Kalbfleisch, Reule 40 bis 50 Pf., Brust 35—45 Pf., Fett Kalb 55—65 Pf. täglich. Auguststr. 50a.

Drehpianos, Reule 40 bis 50 Pf., Brust 35—45 Pf., Fett Kalb 55—65 Pf. täglich. Auguststr. 50a.

Wegen ganz besonders günstiger Abschlüsse der besten Molkereien und der ganz unbedeutenden Unkosten des Geschäftes bin ich in der Lage, den werthen Kunden zu offeriren: 1582L

Feine Tischbutter
Pfd. 0,90—1,00 Mk.
Denkbar feinste Tafelbutter Pfd. 1,10—1,20 Mk.
Bei Entnahme von 5 Pfd. sende frei ins Haus.

J. Maeding.
Erstes und größtes Geschäft der Markthalle 8, (Andreasstr.) Stand 115—118.
2. Geschäft: Straußbergerstraße 4.
3. Geschäft: Memelerstraße 52.

Friseurin empfiehlt sich in und außer dem Hause
Mantuffel-Str. 110a
2 anst. Herren sind. bef. Schlafst. bei Frau Zünnebier, Naunynstr. 74, 4 Tr.

Arbeitsmarkt.

Achtung, Tischler!
Zugang u. d. Büchsenmöbel-Fabrik von **Oskar Springer,** Generalstraße 8, Weiskensee, ist unbedingt fern zu halten. 143/15 Die Kontrollkommission.

Musikinstrumenten-Arbeiter-Streik!
Die Kollegen der Piano-Fabrik von **Görs & Kallmann** haben infolge Mahnungen und Lohnforderungen die Arbeit niedergelegt. Inzug ist strengstens fernzuhalten. Gleichzeitig ist für die Branche Zusammenseher der Piano-Fabrik **Kunze & Sohn, Blumenstr. 70,** infolge Mahnung laut öffentlicher Versammlung vom 18. Januar et. die Sperrung verhängt worden. 198/13 Die Lohnkommission.

Buchbindergehilfen erlernen das Buchbinden u. finden lohn. Beschäftigung b. Kraft u. Jacobi, Marienburgerstr. 9.

Brauerei Pichelsdorf
Telephon: Amt Spandau Nr. 13. Telephon: Berlin Amt VI Nr. 1116.
empfiehlt ihre aus bestem Malz und Hopfen hergestellten Biere. 18438
Lagerbier, hell,
Exportbier, dunkel,
Markgrafen-Bräu nach Münchener Art.
Boulaanteste Preise. Niederlage: Berlin, Königin-Augustastr. 1, am Gasenplatz, Ringbahnbogen 1—8. Prompteste Bedienung.